bbz
Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN

März / April 2024

Ukraine und Russland
Furchen eines Krieges

KIJUSO
Kita-Alltag digital gestalten

SCHULE
Pflichtgespräche ohne Zeitausgleich

TENDENZEN
Cannabiskonsum wird legal

KOLUMNE

Krach machen und meditieren

von Pablo Postigo Olsson

Täglich müssen sich Lehrkräfte entscheiden: Erholung oder die bessere Unterrichtsvorbereitung? Zum Streik gehen oder unterrichten? Die Zeiten sind nicht leicht und Ambivalenzen muss man erstmal aushalten können. Denn die Impulse in uns divergieren oft: unermüdlich anpacken, bereit sein, denn die Aufgabe erfordert es; oder laut werden, Krach machen und für sich selbst und uns alle solidarisch einstehen, da es ja niemand für uns tut?

Die Klagen der Pädagog*innen sind berechtigt und nicht etwa »Jammern auf hohem Niveau«, denn Schule zehrt härter an der Substanz als andere Arbeitsorte. Wir wissen alle von den Überlastungen des Bildungssystems und ihren verheerenden Auswirkungen. Diese haben ihren Ursprung nicht etwa in unserem Handeln, sondern in der Vernachlässigung der Bildung durch die Politik über die letzten Jahrzehnte. Und auch darin, dass die Gesellschaft nicht dagegen aufbegehrt hat.

Sich entscheiden müssen – zwischen Feierabend und Elterngespräch, zwischen Runterkommen und Gedankenkarussell. Vielleicht war das mit der Achtsamkeit doch kein so schlechter Vorschlag von der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission. Denn für den sozial nicht geförderten Mini-Spagat braucht es zwischen Tür und Angel immer wieder das Ritual der stumpfen Einübung von kognitiver Dissonanz. »Meine Klasse ist mir wichtig, aber ich mache jetzt trotzdem Feierabend«. So…? Nein: »Meine Klasse ist mir wichtig und gerade deswegen mache ich jetzt erst recht Feierabend«. Schon viel besser! Hmmmmmmmmmm… ■

Pablo Postigo Olsson,
Lehrkraft an einem Gymnasium

CARTOON: BETTINA SCHIPPING

Periode als Klassenfrage

Warum Menstruationsartikel in Schulen frei zugänglich sein sollten

FOTO: PRIVAT

Johanna Zerbe, Lehrerin an der Grundschule im Hofgarten

Zwei von drei Menschen, die in Schulen arbeiten, nutzen die Toilettentür mit der Figur, die so etwas wie ein Kleid trägt. Viele von ihnen betreten das WC dann und wann nicht nur, um endlich mal ihre Blase zu leeren, sondern auch um sich um ihre Periode zu kümmern. Wieso sollte man(n) sich mit diesem Thema auseinandersetzen? Ist im Jahr 2024 nicht längst alles dazu gesagt? Ist Schule nicht eigentlich ein aufgeklärter Ort?

Was wäre das doch toll! Menstruierende könnten in dieser gedachten Welt mit einer Sorge weniger erziehen oder unterrichten. Sie hätten nicht nur die notwendige Pausenzeit, sondern auch eine Box vor ihrer Nase, aus der sie einfach so, gratis und unkompliziert, einen Tampon, eine Binde oder Reinigungstücher ziehen könnten. Unglaublich, aber wahr: An einigen Orten ist aus diesem Phantasiegedanken bereits Realität geworden. So setzte im Jahr 2021 Schottland als erstes Land durch, dass kostenlose Menstruationsartikel in jeder Bildungseinrichtung zur Verfügung stehen. Auch in manchen Berliner Bezirksämtern hängt bereits ein Hoffnungsschimmer an der Wand: grau und unscheinbar, etwas kühl und doch herzerwärmend, der Periodenartikelspender.

»Frechheit, meine Steuergelder!« höre ich manche meckern. Doch es gibt gute Gründe dafür. In einer Umfrage von PLAN International und WASH United gaben 23 Prozent der Menstruierenden in Deutschland an, dass die monatliche Beschaffung von Periodenartikeln eine finanzielle Belastung ist. 15 Prozent versuchen, so wenig Artikel wie nötig zu verwenden. Jede zehnte Person zögert den Wechsel von Periodenartikeln hinaus, was zu einem erhöhten Infektionsrisiko führt.

Die 16- bis 25-Jährigen würden sich besser versorgen, wenn Produkte kostenlos zur Verfügung stünden. Einige müssten sich gar nicht erst vor der Schule drücken, weil sie wissen, dass ihre selbstgebauten Periodenartikel keinen ganzen Tag durchhalten. Schulen könnten diese Sorge zumindest teilweise abfedern. Die Betroffenen könnten sich auf den Unterricht konzentrieren, statt darüber zu grübeln, aus welchen Taschentüchern sie sich Binden bauen. Bei einer plötzlich auftretenden Blutung – das passiert vor allem in den ersten Zyklen bei Kindern und Jugendlichen – müssten diese nicht andere um Hilfe bitten, sondern könnten selbstbestimmt Produkte aus dem Spender nutzen.

Auch Beschäftigte würden von Periodenspendern profitieren. Sie böten ihnen Zeitersparnis und weniger Aufwand. Flitzt eine Lehrkraft mal wieder von A nach B durchs Schulhaus, so hat sie nicht unbedingt Menstruationsartikel dabei. Statt wieder zurück zu ihrem Rucksack zu laufen, bräuchte sie nur zur Toilette zu gehen, et voilà!

Kostenlose Periodenartikel wären zugleich Erleichterung, Aufklärungsmittel und Schritt zur Gleichberechtigung. Menstruation würde endlich sichtbarer gemacht und als etwas Normales gesehen werden. Gerade Schulen müssten mit ihrem Bildungsauftrag diesen Schritt gehen. Jetzt brauchen wir nur noch Menschen, die sich dafür stark machen und Personen, die verstehen, dass dieses Problem des Bildungssystems schnell gelöst werden könnte.

30 SCHULE An Grundschulen müssen jetzt regelmäßig lernprozessbegleitende Gespräche der Pädagog*innen mit den Eltern geführt werden. Die Vereinigung der Berliner Schulleitungen in der GEW unterstützt diese Maßnahme, fordert aber eine zeitliche Entlastung dafür ein.

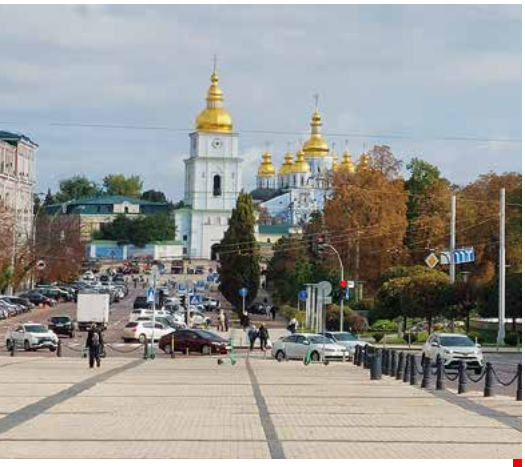
48 TENDENZEN
Der Konsum von Cannabis wird bald legal, ein entsprechendes Gesetz tritt voraussichtlich im April in Kraft. Auch wenn dies Pädagog*innen vor neue Herausforderungen stellen wird, gibt es einige Argumente, die dafür sprechen. Florian Osuch erläutert die Hintergründe und entkräftet Befürchtungen.

26 KIJUSO
Sylvia Werner und Swantje Frohriep bringen die digitale Transformation in ihren Kitas voran. Von interaktiven Sprachwänden bis zur Zusammenarbeit im Team – sie teilen ihre Erfahrungen und Visionen für eine sinnvolle und verantwortungsbewusste Nutzung digitaler Tools in der frühkindlichen Bildung.

TITELBILD: MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT DER UKRAINE OBEN LINKS: ADOBE STOCK/MEDIAPHOTOS; OBEN RECHTS: HERMANN NEHLS; UNTEN LINKS: ADOBE STOCK/SHAHJAHANGDB, GENERIERT MIT KI; UNTEN RECHTS: IMAGO IMAGES/PHILIP REYNAERS

INHALT

Kolumne | Standpunkt | kurz & bündig |
Impressum | Leser*innenforum 2-7 | 51



8 TITEL Zwei Jahre nach dem 24. Februar 2022 hat die mediale Aufmerksamkeit für die Ukraine nachgelassen, nicht aber die Bedrohung ihrer Existenz. Wir spüren den Furchen in den Zivilgesellschaften der Ukraine und Russlands nach, wie auch Ansätzen für Solidarität und Widerstand.

TITEL

Über Krieg sprechen *Christoph Wälz* 8
Gewerkschaftliche Solidarität in Kriegszeiten *M. Finnern / C. Ludwig* 10
Interview: Bildung unter Beschuss *Christoph Wälz* 11
Frauen im Widerstand gegen den Krieg *Sasha Talaver* 14
Interview: Russische Schulen unter Kriegsbedingungen *Christoph Wälz* 15
Für gewerkschaftlichen Austausch ins Kriegsgebiet *Hermann Nehls* 18
Ambivalenzen aushalten *Renate Hürtgen* 20
Waffen töten – Verhandlungen nicht *B. Majd Amin / L.Nareyek / L. Schwarz* 21
Ukrainer*innen in Berlin *Nicola Kub* 22
Schüler*innenaustausch trotz Krieg *Janina Bähre* 25

KIJUSO

Interview: Hinter den Kulissen der digitalen Pädagogik *Antje Jessa* 26

SCHULE

Lernprozessbegleitende Gespräche *Nuri Kiefer* 30
Personalrat setzt sich für Ausgleich ein *Nele Althoff* 31
Der Nahostkonflikt in der Schule *Rosa Fava* 32
Rechte Anfeindungen auf Klassenfahrten *K. Kachelrieß und weitere* 34
Interview: Sichere Orte für Geflüchtete schaffen *Jessika Tsubakita* 36
Über »Gendern« im Gespräch bleiben *C.-H. Schälicke / T. Breidenich* 38

GEWERKSCHAFT

Komm zur Demo am 8. März *Sprecherinnenrat der GEW BERLIN* 40
Zeitzeug*innen für Interviews gesucht *Jan-Henrik Friedrichs* 41
Recht auf politischen Streik *Anke Buhmann* 42
Nachruf: Folker Schmidt *bbz-Redaktion / Abteilung Wissenschaft* 43
Nachruf: Armin Gutt *Ulrike Proske-Krieg / Christian Meyer* 44
Nachruf: Inge Bernsdorf *G. Kutt / E. Richert / H. Engelmann / T. Thieme und weitere* 44
Nachruf: Klaus Büscher *Katja Metzig / Ilse Schaad* 45

RECHT & TARIF

Bericht vom Personalrätekongress *Ralf Schäfer / Anne Albers / Sara Ziegler* 46
Wahlen zu den Beschäftigtenvertretungen 2024 47

TENDENZEN

ABC – Alkohol, Benzos und Cannabis *Florian Osuch* 48
Zwischen Selbst- und Fremdbestimmung *Paulin Jorek* 50

SERVICE

Theater | Bücher | Materialien | Aktivitäten 53

Am 9. Dezember 2023 versammelten sich 350 Menschen am Holocaust-Mahnmal, um rote Rosen zum Gedenken an die ermordeten jüdischen Menschen auf den Stelen abzulegen. Diese Aktion wurde von dem GEW-Mitglied und ehemaligen Gesamtschullehrer Eckhard Rieke initiiert. Die Teilnehmenden setzten ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus in unserer Gesellschaft, das auch bei der Kundgebung "Nie wieder ist jetzt" am folgenden Tag wahrgenommen wurde. In seiner Rede thematisierte Rieke unter anderem die weitreichende Geschichte des Antisemitismus des christlichen Europas und die Bedeutung des Denkmals für die ermordeten Juden*Jüdinnen und sagte: »Wir überschütten die grauen Stelen mit roten Rosen. Sie sollen leuchten an diesem trüben Tag. Sie sollen die Ermordeten ehren, wir wollen an sie erinnern und wir wollen uns den Lebenden zuwenden. Juden sind in unserem Land willkommen. Sie sind gleich wie alle anderen. Sie sollen hier in Frieden und in der Zuversicht leben, dass der Staat und wir sie schützen.« Es waren weit mehr als 3.000 Rosen, die niedergelegt wurden. Jede Stele, die man einsehen konnte, bedeckte mindestens eine Rose. FOTO: PRIVAT

Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs dringend notwendig

Die GEW BERLIN hat in einer Anhörung im Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses die Politik aufgefordert, die Lehramtsausbildung und den Lehrberuf attraktiver zu gestalten. Landesvorsitzende Martina Regulin betonte, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um den Lehrkräftebedarf langfristig zu decken. Sie warnte vor Illusionen bezüglich der Ein-Fach-Lehrkräfte: Die Ausbildung in nur einem Fach ist kein Allheilmittel für den Lehrkräftemangel und es muss verhindert werden, dass die Lehrkräfte dauerhaft schlechter bezahlt werden. Dabei unterstrich sie auch die Notwendigkeit besserer Arbeitsbedingungen in Schulen. Die GEW schlägt eine intensive Begleitung der Lehramtsstudierenden von Anfang an und eine stärkere Integration der Praxiserfahrungen ins Studium vor. Zudem muss die Senatswissenschaftsverwaltung strukturelle Änderungen, wie die Reduzierung der Lehrverpflichtung an Universitäten, vorantreiben. Außerdem fordert die GEW BERLIN ein einphasiges und duales Masterstudium im Lehramt berufsbildende Schulen, um Meister*innen, Techniker*innen, Erzieher*innen und andere Absolvent*innen mit einer Ausbildung für den Lehrkräfteberuf zu gewinnen.

GEW BERLIN begrüßt die Einführung eines 11. Pflichtschuljahres

Berlin ist das einzige Bundesland ohne 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag nach der allgemeinbildenden Schulpflicht. Ab dem Schuljahr 2024/25 soll das 11. Pflichtschuljahr für Zehntklässler*innen ohne konkrete Perspektive kommen. Die GEW BERLIN begrüßt die Einführung eines 11. Pflichtschuljahres. Bereits in diesem Schuljahr besuchen weit über 8.000 Schüler*innen Lehrgänge der Berufsvorbereitung, IBA und Willkommensklassen an den berufsbildenden Schulen Berlins. Eine bloße Orientierung der Schüler*innen auf das duale Ausbildungssystem, die Verwertbarkeit für eine Ausbildung und den Arbeitsmarkt lehnt die GEW jedoch ab. Für die anvisierte Zielgruppe ist es notwendig, das 11. Pflichtschuljahr in einem Bildungsgang der berufsbildenden Schulen zu verorten, da diese die Ausrichtung auf die Beruflichkeit am besten leisten können. Daher darf die Wiederholung einer Klassenstufe der Sekundarstufe I in der Allgemeinbildung das 11. Pflichtschuljahr nicht ersetzen. Die Ziel- und Entwicklungsberatung von Schüler*innen und Eltern muss immer vor dem Hintergrund der Kompetenzen, Bedürfnisse und Interessen der Schüler*innen erfolgen. Eine bloße Beratung hin zur Aufnahme einer dualen Ausbildung ist nicht zielführend. Berufspraktische Erfahrungen unterstützen Schüler*innen dabei, zukünftigen Herausforderungen standzuhalten und fundierte, tragfähige Lebensentscheidungen zu fällen. Demnach müssen individuelle, flexible Bildungswege mit umfangreichen berufspraktischen Erfahrungen ermöglicht werden. Eine Unterscheidung zur Berufsorientierung in der Allgemeinbildung und zur Berufsausbildungsvorbereitung in IBA muss gewährleistet sein. Die Stärkung der Beruflichkeit muss in diesem Bildungsgang beim 11. Pflichtschuljahr Priorität haben.

GRAFIK: GEW BERLIN

Proteste gegen Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe

Mitte Januar kam die Hiobsbotschaft. Bis zu 95 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk Mitte sollten geschlossen werden. Das wäre fast ein Kollaps der offenen Angebote für Kinder und Familien in Mitte. Grund sind die pauschalen Minderausgaben im neuen Doppelhaushalt des Senats. Da die Sozialhaushalte in den Bezirken oft die größten Töpfe sind, wird hier das meiste »Einsparpotenzial« gesehen. Schnell gab es Proteste, der Jugendhilfeausschuss sprach sich gegen die Kürzungen aus. Am Ende konnte zumindest die Schließung der bedrohten Einrichtungen verhindert werden. Trotzdem wird versteckt gekürzt. So sollen Sachkosten eingespart werden. Das trifft Honorare für Extra-Angebote, zum Beispiel einen Theaterkurs in einem Jugendzentrum. Dringend benötigte Neubauten stehen auch auf der Kippe. Viele Bezirke stehen vor der Aufgabe einzusparen, wollen aber noch die Zahlen für die neuen Steuereinnahmen abwarten, die im Sommer bekannt werden. Dann könnte es ernst werden. Die Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW BERLIN veranstaltet monatliche Online-Vernetzungsangebote, um Infos über drohende Kürzungen zu sammeln und mögliche Gegenmaßnahmen zu koordinieren. Für Infos könnt ihr die Abteilung KiJuSo (abt-kijuso@gew-berlin.de) anschreiben.

Jobsharing bald möglich: Schulleitung im Tandem

Die Bildungsverwaltung hat angekündigt, eine langjährige GEW-Forderung umzusetzen: Kolleg*innen, die eine Schule im Tandem leiten wollen, können sich ab sofort im Rahmen eines Pilotprojekts bewerben. Die GEW und die Frauenvertreterinnen haben sich hierfür lange eingesetzt, um den Anteil von Frauen an Führungspositionen in der Schule zu erhöhen. Die Senatsverwaltung reagiert damit auf die vielen unbesetzten Stellen, für die sich bisher niemand beworben hat. 40 Berliner Schulen haben aktuell keine Leitung. Viele Detailfragen sind jedoch offen: Wie werden die Kolleg*innen besoldet? Wieviel Flexibilität soll das Modell den Tandem-Schulleiter*innen bieten? Die Frauenvertreterinnen und Personalräte gehen diesen Fragen derzeit nach. In Kürze wird die GEW BERLIN genauer zu diesen Fragen informieren können.

AfD und GEW stehen sich diametral entgegen

Der Gewerkschaftstag der GEW hat schon 2017 folgenden Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst: »Die AfD wird nie politischer Partner der GEW werden. Ein öffentliches Eintreten für die AfD und ihre Programmatik ist ein Verhalten, das der GEW-Satzung entgegensteht und die Gewerkschaft schädigt.« Wir als GEW legen in unserer gewerkschaftlichen Arbeit seit jeher einen Themenschwerpunkt auf »Aktiv gegen Rechts«, indem wir mit regelmäßigen Redebeiträgen bei Demonstrationen und Kundgebungen Präsenz zeigen, Veranstaltungen und Seminare zu aktuellen politischen Entwicklungen organisieren, Handreichungen zum Beispiel zum Umgang mit rassistischen und rechten Anfeindungen auf Klassenfahrten entwickeln und durch Bündnisse Antisemitismus und Rassismus bekämpfen.

Feministischer Aufruf gegen Rechts

Das Netzwerk »Feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte« hat im Februar einen Aufruf »gegen die AfD in Wissenschaft, Bildung und Alltag« veröffentlicht. Über 180 Wissenschaftler*innen, Politische Bildner*innen und andere Einzelpersonen sowie Institutionen und Gruppen haben sich der Initiative angeschlossen, die feministische und emanzipatorische Anliegen bedroht sieht: »Es werden Forschungsprojekte durch Anfragen der AfD infrage gestellt und diskreditiert, es wird das finanzielle Aus von Bildungs- und Beratungsinstitutionen gefordert und in den Parlamenten werden Frauen und queere Personen angefeindet und diffamiert.« Weiter schreibt die Initiative: »Wir wollen und können nicht dabei zusehen, wie wichtige, jahrzehntelange Errungenschaften für Gleichberechtigung und Emanzipation, für queere Selbstbestimmung und demokratische Mitwirkung durch rechte Parteien in den Parlamenten rückgängig gemacht werden. Wir wollen nicht dabei zusehen, wie Gender-Lehrstühle an Hochschulen gestrichen, sexualisierte Gewalt bagatellisiert oder menschenfeindliche Positionen in den Medien zur Tagesordnung werden.« Insbesondere Bildungseinrichtungen und Beratungsprojekte seien ganz konkret betroffen und stünden vor dem Aus, wenn die AfD in die Regierungsverantwortung kommt. *Quelle: https://fempinetzwerk.wordpress.com*

ÜBRIGENS

Gegen Rechts gingen am 21. Januar Hunderttausende auf die Straße. Endlich. Zehn Jahre, nachdem Burak Bektaş erschossen wurde, sechs Jahre nach dem Brandanschlag auf Ferat Koçak.

Ein zaghafter Lichtblick, vier Jahre nach dem Tod von Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

Weiß zu sein, die Angst nicht dauernd spüren zu müssen, ist ein Privileg, elf Tage nach Enthüllungen über Deportationspläne und drei Tage nachdem der Bundestag das »Rückführungsverbesserungsgesetz« beschlossen hat. chw

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die *bbz* veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen. Alle GEW-Mitglieder sind eingeladen, Beiträge einzureichen. Schreibt an *bbz@gew-berlin.de* und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS

Juli/August: 13. Mai

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht sind sie nicht als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint zweimonatlich (6 Ausgaben). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Christoph Wälz (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Josef Hofman, Antje Jessa, Caroline Muñoz del Rio, Jeannine Schätzle, Ralf Schiweck, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat), Emilia Stemmler (Studentische Mitarbeiterin)
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Anzeigen: bleifrei Medien + Kommunikation, info@bleifrei-berlin.de, Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 16 vom 1.10.2021
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

ISSN 0944-3207 / 77. (92.) Jahrgang 03-04 / 2024: 30.100

Über Krieg sprechen

von Christoph Wälz

Zwei Jahre sind seit der russischen Invasion in die Ukraine vergangen und fünf Monate seit dem Anschlag der Hamas auf Israel. Es scheint schwieriger geworden zu sein, Geschehnisse in Worte zu fassen und miteinander über Krieg ins Gespräch zu kommen. Diese Erfahrung machen wir in pädagogischen Beziehungen, bei gewerkschaftlicher Positionsfindung und im internationalen Austausch.

Eine der ersten Maßnahmen der russischen Regierung nach dem 24. Februar 2022 war das Verbot, den Krieg als solchen zu benennen. Eine »militärische Sonderoperation« solle durchgeführt, die Ukraine »entmilitarisiert« und »entnazifiziert« werden. Krieg ist Frieden: Neusprech wie in George Orwells Roman »1984«. Wer noch »Njet vojne« – nein zum Krieg – skandierte, dem drohten von nun an jahrelange Haftstrafen für die »Diskreditierung der russischen Armee«.

Was passiert in Gaza? Eine »Operation Israels«, schreibt die Bundesregierung. In der Januar-*bbz* bestand ich auf »Krieg«. Es sei aber ein »bewaffneter Konflikt«, wurde ich kritisiert, da die Hamas kein anerkannter staatlicher Akteur sei. Das Ringen um wissenschaftliche Korrektheit und Werturteile, die sich in Sprache ausdrücken, geraten in Konflikt miteinander. Selbstverteidigung, Völkermord, Antisemitismus – manchen scheint es opportun, lieber zu schweigen, als sich in verbale Minenfelder zu begeben.

In der *bbz* wurde die gewerkschaftliche Debatte zum Ukraine-Krieg bisher nur im Leser*innenforum ausgetragen. Zu weit auseinander hatten die Positionen der Redaktion und der Autor*innen eines Artikels der AG Frieden gelegen. Zu weit auseinander, um noch ein gemeinsames Verständnis zu teilen, was überhaupt die Fakten sind, auf deren Grundlage wir kontrovers diskutieren.

Diese Straße in Butscha erlangte am 31. März 2022 traurige Berühmtheit. Bilder von erschossenen Zivilist*innen gingen um die Welt.

Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt den Flur einer Schule in Lwiw nach einem russischen Angriff im Dezember 2023. Das Foto wurde uns vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Ukraine überlassen. Die Fotos der Bildstrecke zum Titelthema haben uns zwei Berliner Aktivisten zur Verfügung gestellt. Sie reisten unabhängig voneinander in die Ukraine, um Kontakte zu politischen und gewerkschaftlichen Aktivist*innen zu knüpfen. Jan Ole Arps war im Mai und November 2022 in Lwiw und Kyjiw. Er schrieb darüber Reportagen für die linke Zeitung »analyse & kritik«. Hermann Nehls reiste im Oktober 2023 für die Initiative »Gewerkschaftliche Solidarität – humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften« nach Kyjiw und Krywyj Rih (*siehe Seite 18*). Wir danken allen dreien herzlich.

Wir versuchen in dieser Ausgabe, uns der Herausforderung neu zu stellen. Bildung und Gewerkschaft nach zwei Jahren des größten Krieges in Europa seit 1945 – dazu wollen wir nicht schweigen. Wir beginnen mit Fragen an die Betroffenen, an Mitglieder unserer Partnergewerkschaften in der Ukraine und Russland. Was hat der Krieg mit dem Bildungswesen gemacht? Welche Spielräume lässt er denen, die versuchen, Bildung entgegen aller Gewalt und Unterdrückung aufrechtzuerhalten? Wir müssen die Meinung unserer Kolleg*innen nicht teilen. Aber ihre Perspektive auf Augenhöhe wahrzunehmen, ist Voraussetzung dafür, die Debatte zumindest nicht nur diesseits des deutschen Tellerrands zu führen.

Wir geben verschiedenen Erfahrungen und Positionen Raum – den Feminist*innen, die sich in Russland gegen das Grauen stellen; deutschen Gewerkschafter*innen, die ins Kriegsgebiet gereist sind, um mit unseren Kolleg*innen vor Ort zu sprechen; den Stimmen, die für Waffenlieferungen an die Ukraine eintreten und denen, die für bedingungslose Verhandlungen sind; den Menschen, die in Berlin eine Zuflucht suchen mussten; und denen, die in der pädagogischen Arbeit neue Brücken bauen. Wir hoffen, dass diese Ausgabe dazu beiträgt, Worte zu finden und sich auseinanderzusetzen.

Die Online-Variante dieses Artikels ist ergänzt durch eine kommentierte Link-Sammlung zum Themenfeld Krieg und Friedensbildung.

Christoph Wälz,
verantwortlicher Redakteur
der bbz

FOTO: JAN OLE ARPS

Gewerkschaftliche Solidarität in Zeiten des Krieges

Die GEW setzt ihr Engagement für die Kolleg*innen in der Ukraine sowie für verfolgte Gewerkschafter*innen in Russland und Belarus fort

von Maike Finnern und Carmen Ludwig

Trotz der riesigen Zerstörungen halten Lehrkräfte in der Ukraine den Unterricht aufrecht – teilweise online. »Unsere Lehrkräfte unterrichten auch aus Kellern, Bunkern, U-Bahn-Stationen und zerstörten Wohnungen«, berichtet die ukrainischen Bildungsgewerkschaft TUESWU, mit der die GEW im engen Austausch steht (*siehe Interview ab Seite 11*).

Ukraine: Ferien vom Krieg

Nach Kriegsbeginn sammelte die GEW Spenden über den Heinrich-Rodenstein-Fonds. So konnten wir die humanitäre Arbeit von TUESWU vor Ort bislang mit 35.000 Euro unterstützen. Die Spenden helfen auch dabei, geflüchteten Kolleg*innen aus der Ukraine das Ankommen in Deutschland zu erleichtern. Dazu gehört zum Beispiel die finanzielle Unterstützung bei der Anerkennung von Qualifikationen oder der Ausstattung mit technischen Geräten wie Laptops, damit die Kolleg*innen ihre Arbeit fortsetzen können.

»Die GEW unterstützt verfolgte Kolleg*innen, die wegen ihres Engagements aus Russland flüchten müssen. «

In Kooperation mit TUESWU und der Jugendorganisation »Die Falken« konnte die GEW über 30 Jugendlichen aus der Ukraine »Ferien vom Krieg« ermöglichen. Drei Zeltlager wurden bereits in Berlin (2022), Franken und auf Föhr (2023) für die Kinder von Gewerkschaftsmitgliedern aus der Ukraine durchgeführt. Mit den Jugendlichen werden gemeinsame Freizeitaktivitäten organisiert, wozu in Berlin auch ein Besuch im Bundestag gehörte.

In einem Schreiben an die GEW bedankte sich der TUESWU-Vorsitzende, Georgiy Trukhanov für die solidarische Unterstützung in den schwierigen Zeiten des Krieges, »in der die Kinder jeden Tag Fliegeralarm und Explosionen hören.« Die Zeltlager leisteten einen Beitrag zu deren Gesundheit. »Während ihres Aufenthalts in den Sommercamps hatten unsere Kinder die Möglichkeit, den Alltagssorgen zu entfliehen.« Die gemeinsamen Camps sollen auch zukünftig fortgeführt werden.

Russland: Verfolgung von Kriegsgegner*innen

»Wir fordern einen umgehenden Waffenstillstand, einen Rückzug der russischen Truppen und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen, der Gewerkschaften, der Lehrenden und Pädagog*innen, Kinder, Schüler*innen und Studierenden in der Ukraine«, heißt es in einer Resolution des GEW-Gewerkschaftstags 2022.

Und weiter: »Wir sind solidarisch mit den Menschen in Russland und Belarus, die den Mut aufbringen, offen gegen den Krieg zu protestieren oder sich als Lehrkräfte und Wissenschaftler*innen der Propaganda einer ›militärischen Sonderoperation‹ widersetzen.« In Russland hatten zu Kriegsbeginn mehr als 5.000 Lehrkräfte eine Petition gegen den Krieg unterzeichnet. Die GEW unterstützt verfolgte Kolleg*innen, die wegen ihres Engagements aus Russland flüchten müssen. Sie steht zudem im Austausch mit der unabhängigen Gewerkschaft Uchitel', die für die Rechte der Lehrkräfte in Russland eintritt.

Belarus: Haftstrafen für Gewerkschafter*innen

In Belarus wurden die unabhängigen Gewerkschaften 2022 zerschlagen, weil sie sich für die Rechte der Beschäftigten, für Demokratie und gegen den Krieg engagiert hatten. Viele führende Gewerkschaftsvertreter*innen wurden bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Gemeinsam mit dem DGB, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Exilorganisation Salidarnast setzt sich die GEW weiterhin für ihre Freilassung ein.

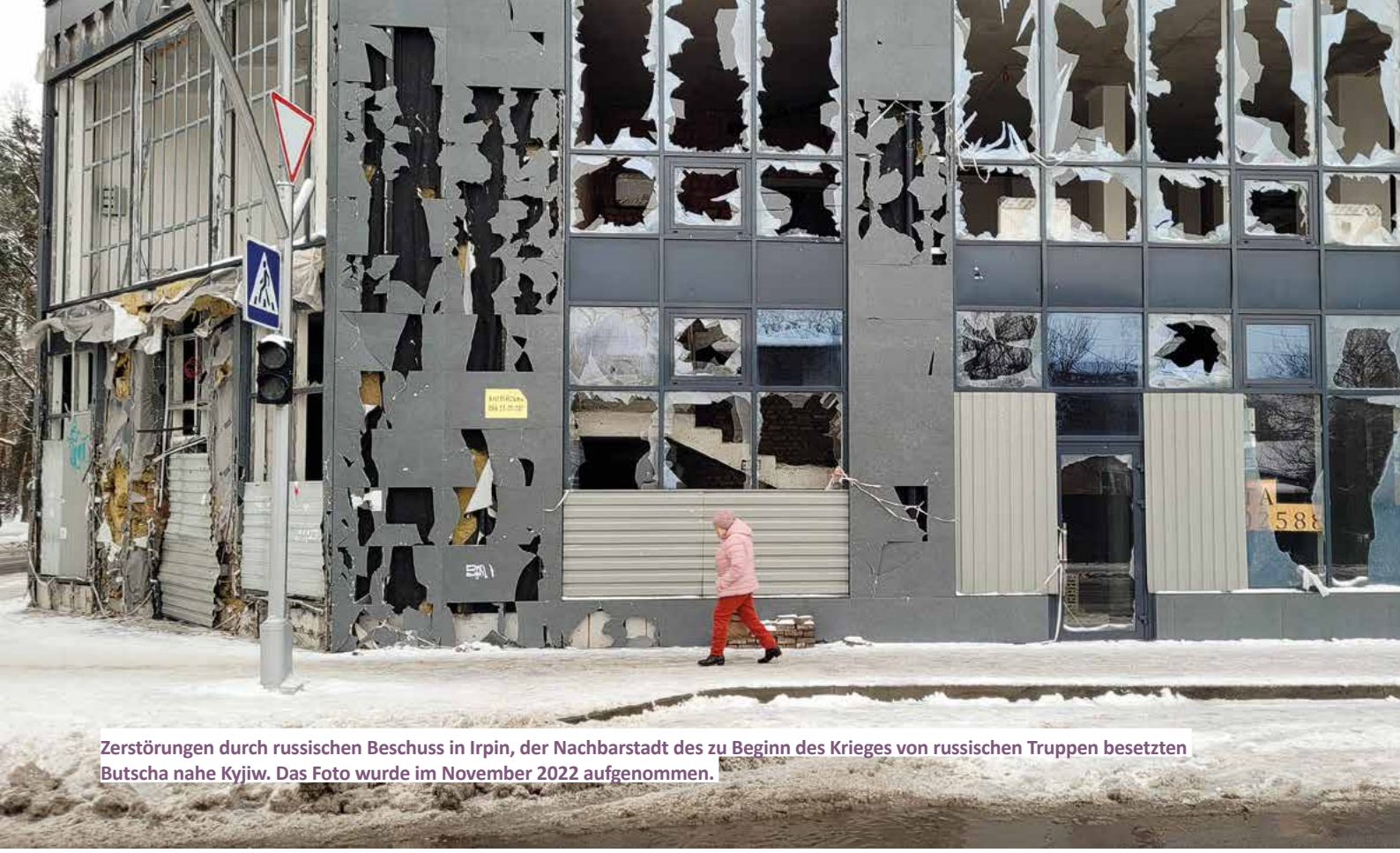
Der Austausch und die gewerkschaftliche Solidarität mit unseren Kolleg*innen in der Ukraine sowie mit den in Russland und Belarus verfolgten Gewerkschafter*innen bleiben auch zukünftig eine wichtige Aufgabe, die über eine Spende an den Heinrich-Rodenstein-Fonds unterstützt werden kann.

Maike Finnern, Vorsitzende der GEW,
Carmen Ludwig, Referentin Internationales der GEW

*Seit 1981 steht der Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW für praktische internationale Solidarität mit verfolgten Gewerkschafter*innen und für humanitäre Hilfe für Kolleg*innen in Not: www.gew.de/heinrich-rodenstein-fonds*

GEW-Seite Internationales www.gew.de/internationales

Themenseite »Geflüchtet aus der Ukraine« www.gew.de/ukraine



Zerstörungen durch russischen Beschuss in Irpin, der Nachbarstadt des zu Beginn des Krieges von russischen Truppen besetzten Butscha nahe Kyjiw. Das Foto wurde im November 2022 aufgenommen.

FOTO: JAN OLE ARPS

Bildung unter Beschuss

Kateryna Maliuta-Osaulova von der Gewerkschaft der in Bildung und Wissenschaft Beschäftigten der Ukraine (TUESWU) berichtet, wie sich das Bildungssystem verändert hat

Das Interview führte Christoph Wälz

bbz: Welche Auswirkungen hat die russische Invasion auf das Bildungswesen in der Ukraine?

Kateryna Maliuta-Osaulova: Der Krieg in der Ukraine hat verheerende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Es gibt niemanden in der Ukraine, der die schrecklichen Folgen nicht zu spüren bekommen hat. Der Bildungsbereich ist mit anderen am stärksten betroffen. Nach offiziellen Angaben wurden 3.428 Bildungseinrichtungen beschädigt und 365 vollständig zerstört. Mehr als 800 Schulen befinden sich in den vorübergehend besetzten Gebieten.

Bisher starben über 500 Kinder, über 1.600 wurden verletzt. Diese Zahlen sind noch nicht endgültig. Es wird daran gearbeitet, sie in den umkämpften Gebieten, in den vorübergehend besetzten und den befreiten Gebieten zu ermitteln. Eine der schmerzlichsten Folgen dieses Krieges ist, dass er negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der ukrainischen Schüler*innen und Studierenden hat. Sie haben Traumata erlebt, die durch ständigen Luftalarm und Angriffe verursacht wurden.

Erschreckend sind auch Berichte über gefolterte Kinder und die Deportation von 19.500 ukrainischen Kindern nach Russland. Bislang wurden nur 500 zurückgebracht. Die Entführung der Kinder ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht, was durch die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs bestätigt wurde.

Mehr als ein Viertel des ukrainischen Territoriums ist von den Russen vermint. Nach der Befreiung besetzter Gebiete ist es unmöglich, sofort in Bildungseinrichtungen und Häuser zurückzukehren. Dort sind Entminung und Wiederaufbau erforderlich. Selbst mit Hilfe ausländischer Expert*innen werden wir mehr als zehn Jahre brauchen, um alle Gebiete zu räumen.

Eine Schule in Lwiw nach einem russischen Angriff im Dezember 2023

»Eine der schmerzlichsten Folgen dieses Krieges ist, dass er negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der ukrainischen Schüler*innen und Studierenden hat.«

Ist es unter diesen Bedingungen überhaupt möglich, Bildung aufrechtzuerhalten?

Maliuta-Osaulova: Bildung findet vor allem dank der außerordentlichen Anstrengungen aller Ukrainer*innen statt. Pädagog*innen unterrichten die Schüler*innen in Luftschutzkellern, U-Bahn-Stationen und an anderen Orten. Eltern und Kinder suchen nach Möglichkeiten, im Ausland am Online-Unterricht teilzunehmen, oder auch in der Ukraine, während sie in Schutzräumen ausharren.

Wie sehen die Bedingungen in den umkämpften und vorübergehend besetzten Regionen aus?

Maliuta-Osaulova: Dort, wo Kämpfe stattfinden, gibt es keine Voraussetzungen, die Arbeit in den Bildungseinrichtungen aufzunehmen. Mehr als 70 Prozent der am Bildungsprozess Beteiligten wurden aus des umkämpften Regionen evakuiert. Wenn sich die Lage in diesen Regionen stabilisiert, wird die Entscheidung über die Arbeitsweise der Schulen von den örtlichen Militärverwaltungen getroffen.

Wir haben keinen Kontakt zu Pädagog*innen in den vorübergehend besetzten Gebieten. Das würde das Leben dieser Menschen gefährden, da die gesamte Kommunikation über Telefone und Internet von Russland kontrolliert wird.

Was passiert in den Schulen unter Besatzung?

Maliuta-Osaulova: Die Besatzungsbehörden zwingen die Lehrkräfte, nach russischen Standards zu arbeiten. Sie werden mit Folter, Verhaftung und Abschiebung nach Russland bedroht, wenn sie sich weigern, mit den Besatzer*innen zusammenzuarbeiten. Eltern, die ihre Kinder nicht zur Schule gehen lassen, wird gedroht, sie in Internate zu bringen.

Die ukrainische Sprache ist in Bildungseinrichtungen verboten. Auch ukrainische Literatur sowie die Geschichte der Ukraine sind von der Liste der Schulfächer ausgeschlossen. Die Lehrkräfte werden gezwungen, alle Fächer auf Russisch zu unterrichten. Ukrainischsprachige Lehrbücher und Bücher ukrainischer Schriftsteller*innen und Dichter*innen wurden vollständig aus den Bibliotheken der Bildungseinrichtungen entfernt.

Lehrkräfte in der Besatzungszone werden gezwungen, Unterrichtsstunden durchzuführen, in denen die russische Invasion gerechtfertigt wird. Es gab bereits Fälle von Verfolgung von Lehrkräften wegen ihrer pro-ukrainischen Haltung, ihrer Weigerung, mit den Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten, und ihrer Weigerung, nach russischen Lehrplänen zu unterrichten.

*Viele Lehrkräfte, Schüler*innen, Studierende und Wissenschaftler*innen haben das Land verlassen. Welche Folgen hat das für das Bildungssystem?*

Maliuta-Osaulova: Einige unserer Lehrkräfte, die im Ausland sind, arbeiten immer noch online und werden vom ukrainischen Staat bezahlt. Wenn wir Hilfeersuchen aus dem Ausland erhalten, bitten wir unsere Kolleg*innen in diesen Ländern, ihnen zu helfen.

Viele Lehrkräfte, die ins Ausland gegangen sind, bleiben dort und wechseln den Arbeitsplatz. Die Ukraine braucht hoch motivierte, gut bezahlte Lehrkräfte, die unsere Kinder trotz dieser schwierigen Umstände weiter unterrichten. Und die Lehrkräfte brauchen wettbewerbsfähige Gehälter und sichere Arbeitsbedingungen. Je länger dieser Krieg andauert, desto unwahrscheinlicher wird es, dass sie in die Ukraine zurückkehren. Ähnlich verhält es sich mit Studierenden und Jugendlichen. In ihren Aufenthaltsländern besuchen junge Menschen Schulen und Universitäten, sie werden eine hochwertige Ausbildung und die Stabilität erhalten, die sie für die Gestaltung ihrer Zukunft brauchen.

Wenn wir wollen, dass die Ukraine sich entwickelt und eine Zukunft hat, müssen diese Menschen in die Ukraine zurückkehren. Wir brauchen die junge Generation, um unser Land nach dem Krieg wieder aufzubauen.

Welche Rolle spielt eure Gewerkschaft im ukrainischen Bildungssystem?

Maliuta-Osaulova: Die Gewerkschaft TUESWU ist die wichtigste Organisation der Beschäftigten im Bildungswesen und der Studierenden in der Ukraine. Sie ist eine der größten Mitgliedsorganisationen des Gewerkschaftsbundes der Ukraine. Sie organisiert Lehrkräfte an Schulen, Beschäftigte von Kinderbetreuungseinrichtungen, Erzieher*innen, Professor*innen und Dozent*innen von Hochschulen sowie Verwaltungs- und Hilfspersonal von Bildungseinrichtungen, Studierende und Rentner*innen. Im Januar 2023 hatte die TUESWU 22.300 Betriebsgruppen mit mehr als eine Million Mitglieder.

FOTO: MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT DER UKRAINE

Die TUESWU kämpft für die Verbesserung des Lebensstandards der Beschäftigten, für höhere Löhne, ein angemessenes Arbeitsumfeld und den sozialen Schutz von Studierenden. Wir analysieren Gesetzesentwürfe, die sich auf die Rechte und Interessen unserer Mitglieder auswirken, und übermitteln Vorschläge an die staatlichen Behörden.

Wie hat sich eure Arbeit seit Beginn des Krieges verändert?

Maliuta-Osaulova: Wir leisten finanzielle Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Bildungsinternationale, von Gewerkschaften aus anderen Ländern sowie aus eigenen Mitteln für verwundete Mitglieder und die Familien getöteter Pädagog*innen sowie für diejenigen, die ihre Häuser verloren haben. Binnenflüchtlinge, die Gewerkschaftsmitglieder sind, erhalten ebenfalls finanzielle Unterstützung.

Dank der internationalen Solidarität führt unsere Gewerkschaft zahlreiche weitere Aktivitäten durch. So wurden 50 Generatoren für 12 Bildungseinrichtungen im westlichen Landesteil bereitgestellt. Derzeit wird ein Projekt zur Einrichtung eines Schutzraums in einer Schule in Kyjiw durchgeführt. Außerdem organisieren wir Sommercamps für ukrainische Kinder in Deutschland und Litauen, um den durch den Krieg verursachten Stress zu reduzieren.

Auch unter den Bedingungen des Kriegsrechts setzen wir unsere Aktivitäten in den Bereichen, in denen dies die Sicherheitslage zulässt, fort und kombinieren sie mit der humanitären Arbeit von Freiwilligen. Anfragen nach Unterstützung und Beratung haben zugenommen. Die Vertreibung von Pädagog*innen im ganzen Land, neue Lebens- und Arbeitsbedingungen und alle Arten von mobiler Arbeit – auch für diejenigen, die gezwungen waren, ins Ausland zu gehen – führen zu vielen Problemen.

In einigen Regionen haben sich die Gewerkschaftsbüros zu Drehscheiben für die Sammlung und Verteilung von humanitärer Hilfe und psychologischer Unterstützung entwickelt. Schulen, Kindergärten und Turnhallen wurden für die vorübergehende Unterbringung von Menschen aus dem Kriegsgebiet oder von Menschen, deren Häuser durch Bomben zerstört wurden, bereitgestellt.

Wie ist die Haltung der Gewerkschaft zu dem Widerstand gegen die Invasion?

Maliuta-Osaulova: Die Gewerkschaft ist allen aufrichtig dankbar, die den Staat verteidigen, sich freiwillig melden und helfen, die im diplomatischen Bereich arbeiten, Leben retten, Kommunikation herstellen, neue Generationen unterrichten und erziehen, die Welt über unseren Kampf und die Kriegsverbrechen gegen die ukrainische Bevölkerung informieren und für einen Sieg arbeiten.

Ein wichtiger Aspekt der aktuellen Aktivitäten ist die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen sowie der internationalen Bildungsgemeinschaft, um über den Krieg zu informieren, Unterstützung zu leisten, den Druck auf das Aggressorland zu erhöhen und alle Mittel zur Deeskalation der Situation und zur Beendigung der Kämpfe einzusetzen.

*Wie haben sich die Rechte der Arbeitnehmer*innen entwickelt?*

Maliuta-Osaulova: Mit der Verhängung des Kriegsrechts zu Beginn des Krieges wurden die Arbeitsrechte eingeschränkt. Es hat daraufhin viele Änderungen in der Gesetzgebung gegeben. Zum Beispiel wurde die Arbeitszeit auf 60 Stunden verlängert, vor allem in Einrichtungen der kritischen Infrastruktur oder für Beschäftigte, die mit den Folgen von Bombardierungen zu tun haben. Arbeitsbefreiung an gesetzlichen Feiertagen wurde gestrichen. Die Dauer des Urlaubs ist für alle reduziert worden. Arbeitgeber*innen können Arbeitnehmer*innen jetzt, außer bei Schwangerschaft und Mutterschaftsurlaub, auch während des Urlaubs entlassen, etwa wegen des Verlusts des Arbeitsplatzes infolge eines Bombenangriffs. Gleichzeitig können Arbeitnehmer*innen jedoch ihren Arbeitsvertrag sofort kündigen, wenn sich ihr Arbeitsplatz in einem Kampfgebiet befindet. Die Änderungen bedeuten für Arbeitnehmer*innen erhebliche Kürzungen, fehlende Lohngarantien und unsichere Arbeitsplätze.

»Wir haben keinen Kontakt zu Pädagog*innen in den vorübergehend besetzten Gebieten; das würde das Leben dieser Menschen gefährden, da die gesamte Kommunikation über Telefone und Internet von Russland kontrolliert wird.«

*Was können Bildungsgewerkschaften international tun, um Kolleg*innen in der Ukraine zu unterstützen?*

Maliuta-Osaulova: Jede humanitäre, finanzielle oder moralische Unterstützung unserer Mitglieder ist willkommen. Die Ukrainer*innen sind darauf angewiesen, dass die Welt aus allen möglichen Quellen das wahre Bild der brutalen russischen Aggression, des Völkermords und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfährt und die Kosten dieses Krieges für die Ukraine versteht, damit alle bewussten Menschen im Ausland die ukrainischen Forderungen für Frieden unterstützen.

Das Interview wurde auf Englisch geführt und ins Deutsche übersetzt.
Stand der Informationen: 10/2023
Weitere Informationen und Statistiken: https://saveschools.in.ua/en
Website der TUESWU: https://pon.org.ua/info-english

Christoph Wälz,
verantwortlicher Redakteur der bbz

FOTO: PRIVAT

Eine Aktivistin bekundet vor einem Gebäude der Präsidialverwaltung im Dezember 2023: »Unsere Behörden haben mein Leben zur Hölle gemacht, seit vor 15 Monaten Zivilisten an die Front geschickt wurden. Wir fordern eine Demobilisierung!«

Frauen im Widerstand gegen den Krieg

Trotz der Repressionen gegen die russische Antikriegsbewegung finden vor allem Frauen immer wieder neue Wege, sich für Frieden zu organisieren

von Sasha Talaver

In Russland verschärft sich die konservative Rhetorik in Bezug auf Geschlechterrollen: es gibt ein Verbot von »LGBTIQ+ Propaganda«, Einschränkungen des Rechts auf Abtreibung und einen Orden für Mütter von zehn oder mehr Kindern.

In den ersten Tagen nach der Invasion in die Ukraine entstand der »Feministische Antikriegs-Widerstand«. Er vereinte Tausende von Aktivist*innen in Dutzenden Städten und veranstaltete Aktionen, um auf die Ereignisse aufmerksam zu machen: das Niederlegen von Blumen an Denkmälern, Flashmobs als »Frauen in Schwarz«, Mahnwachen als Einzelpersonen, was die einzige legale Protestform in Russland ist, das Aufstellen von Kreuzen mit Namen der in Mariupol Getöteten, das Verteilen von Flugblättern. Heute wird die Bewegung vom Justizministerium als »ausländischer Agent« eingestuft, existiert aber weiter.

Aufgrund der Repressionen müssen Aktivist*innen neue Formen des Widerstands finden und erfinden. So gibt es geheime Treffen unter dem Vorwand, zu nähen oder einen Film zu schauen, Versammlungen vor politischen Gerichtsprozessen, Abende, an denen gemeinsam Briefe an politische Gefangene geschrieben werden, sowie psychologische Unterstützung für Aktivist*innen.

»In den ersten Tagen nach der Invasion in die Ukraine entstand der ›Feministische Antikriegs-Widerstand‹, er vereinte Tausende von Aktivist*innen in Dutzenden Städten.«

Breit getragen – feministisch ausgerichtet

Dies ist nicht die einzige Frauenbewegung, die sich gegen den Krieg wendet. Seit dem Afghanistankrieg 1979-89 gibt es ein Netzwerk von Komitees der Soldatenmütter. In ihrer jahrzehntelangen Arbeit haben die Komitees unterschiedliche Positionen vertreten. Einige haben sich konsequent gegen alle von Russland geführten Kriege ausgesprochen.

Die im Herbst 2022 angekündigte Mobilmachung hat im ganzen Land erneute Proteste ausgelöst, bei denen mehrheitlich Frauen inhaftiert wurden. In der ostsibirischen Stadt Jakutsk versammelten sich über 400 Frauen zu einer Antikriegskundgebung in Form des traditionellen jakutischen Tanzes. In Dagestan, einer der ärmsten Teilrepubliken der nationalen Minderheiten, war die Beteiligung der Frauen bemerkenswert.

Auf der Protestwelle wurde der »Rat der Ehefrauen und Mütter« ins Leben gerufen, deren Teilnehmer*innen sich nicht direkt gegen den Krieg wandten, sondern die Achtung der Rechte der Wehrpflichtigen und Mobilisierten, den Austausch von Gefangenen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen forderten. Auch diese Bewegung wurde als »ausländischer Agent« eingestuft, woraufhin sie aufhörte zu existieren.

Rückkehr nach Hause

Im November 2023 entstand eine weitere Frauenbewegung – »Der Weg nach Hause«, die die Rückkehr der Mobilisierten fordert. Diese scheinbar harmlose Forderung würde zu einer zweiten Mobilmachung führen, die aber von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Die Bewegung wird über einen Telegram-Kanal und ein Netzwerk lokaler Chats organisiert. Die Aktivist*innen haben versucht, Demonstrationen anzumelden, aber nirgendwo eine Genehmigung erhalten. Ihr Telegram-Kanal wurde mit dem Hinweis »Fälschung« versehen. Aber das hält sie nicht auf – sie organisieren weiter Mahnwachen und legen Blumen vor Denkmälern nieder. Ihr Erkennungszeichen sind weiße Kopfbedeckungen, die auf die argentinische Mütterbewegung verweisen. Eine Umfrage zeigt, dass bereits fast die Hälfte der Befragten die Bewegung unterstützt.

Insgesamt befürworten deutlich mehr Frauen als Männer Friedensverhandlungen. Dies lässt sich wahrscheinlich damit erklären, dass Frauen in der patriarchal geprägten russischen Gesellschaft den größten Teil der unbezahlten Sorgearbeit leisten und daher wissen, wie kostbar das menschliche Leben ist, das durch einen Krieg so leicht vernichtet werden kann.

Veranstaltung der GEW BERLIN mit Sasha Talaver:

Sasha Talaver, Promovierende, Feministischer Antikriegs-Widerstand

FOTO: TELEGRAMKANAL VON »DER WEG NACH HAUSE«, T.ME/PYTY_DOMOY

Gegenüber der Sophienkathedrale in Kyjiw hängt im November 2022 ein Plakat mit dem Schriftzug: »Mariupol – Eure Heldentat rettet die Ukraine«. Darum gruppiert sind die Namen der Einheiten, die Mariupol verteidigten, darunter auch das Asow-Regiment.

FOTO: JAN OLE ARPS

Russische Schulen unter Kriegsbedingungen

Igor Smirnow* hat als Lehrer in Russland gearbeitet und sich am Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft beteiligt. Wegen seines Engagements gegen den Krieg befindet er sich seit Herbst 2022 im deutschen Exil

Das Interview führte Christoph Wälz

bbz: Wie hat der Krieg das Schulleben in Russland verändert?

Igor Smirnow: In den ersten Monaten nach der Invasion in die Ukraine gab es für Schulen keine nennenswerten Veränderungen. Einige Lehrkräfte, die offen eine Antikriegshaltung vertraten, bekamen Schwierigkeiten, aber nicht wegen ihrer Arbeit an der Schule, sondern wegen politischer Aktivitäten.

Im späten Frühjahr 2022 begannen hochrangige Beamt*innen und Abgeordnete über die Notwendigkeit einer systematischen ideologischen Arbeit in Schulen zu sprechen. Im Sommer wurde beschlossen, dass ab dem Schuljahr 2022/23 wöchentliche »Unterrichtsstunden über wichtige Dinge« gehalten werden sollen, in denen das Kriegsgeschehen propagandistisch begleitet wird. Außerdem soll jede Woche die Nationalhymne gespielt und die Flagge gehisst werden.

Auf lokaler Ebene wurde dies ergänzt, zum Beispiel durch das Schreiben von Briefen an Soldaten oder die Herstellung von Tarnnetzen in Arbeitslehre. In letzter Zeit werden immer mehr Menschen, die an der Front gekämpft haben, auch solche mit Vorstrafen, eingeladen, in Schulen zu unterrichten. Einige ehemalige Soldaten wurden bereits fest angestellt.

Die Veränderungen im Schulleben, Beschränkungen der Meinungsfreiheit und die zunehmende Rolle der Propaganda haben zu einer Abwanderung von Lehrkräften ins Ausland geführt, besonders an Schulen mit einem besonderen pädagogischen Programm, zum Beispiel für Hochbegabte.

Werden auch praktische Militärübungen im Unterricht durchgeführt?

Smirnow: Bisher haben Schüler*innen der Oberstufe in dem Fach »Grundlagen der Lebenssicherheit« elementare Kenntnisse über den Militärdienst erhalten. Weitergehende militärische Basisschulungen wurden nur auf regionaler oder schulischer Ebene eingeführt. Eine zentrale Regelung dazu soll ab September 2024 gelten, aber es gibt bisher weder Lehrbücher dafür, noch ausgebildete Lehrkräfte.

Welche Handlungsoptionen haben kritische Lehrkräfte im Umgang mit der Propaganda?

Smirnow: Für die »Stunden über wichtige Dinge« gibt es zentral bereitgestellte Themenpläne, Präsentationen und Materialien. Und dann hängt alles von der Schulleitung ab. Viele liberale Schulleiter*innen sagen den Kolleg*innen, dass sie das offizielle Thema

Lesetipp

Der Moskauer Lehrer Maksim Iwanow hat für die bbz im Dezember 2023 einen Artikel »über Propaganda, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Lehre« geschrieben.*

www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/ueber-propaganda-meinungsfreiheit-und-die-freiheit-der-lehre

Der Platz vor der Kyjiwer Sophienkathedrale im November 2022

»Die Veränderungen im Schulleben, Beschränkungen der Meinungsfreiheit und die zunehmende Rolle der Propaganda haben zu einer Abwanderung von Lehrkräften ins Ausland geführt.«

ins Klassenbuch schreiben sollen, aber worüber sie wirklich mit den Kindern sprechen, sei nicht wichtig. Es gibt viele Kolleg*innen, die diese Stunden nutzen, um über Ökologie oder über andere wichtige Themen zu sprechen.

In der Schule, in der ich gearbeitet habe, hat der Schulleiter im Kollegium offen Stellung bezogen: »Es tut mir leid, dass wir diesen Blödsinn machen sollen. Lasst uns eine Arbeitsgruppe bilden, die genau nachliest, was die Vorgaben sind und was wirklich von Externen überprüft werden könnte. Sie wird einige Hinweise für die anderen und Anpassungen der Materialien vorbereiten. Aber wenn es wichtige Punkte gibt, sind wir als staatliche Schule verpflichtet, sie zu befolgen. Sonst werden wir geschlossen.«

Das ist sicherlich kein typisches Beispiel.

Smirnow: Nein, unsere Schule ist eine Besonderheit. In ihrem Umfeld herrscht eine sehr demokratische Atmosphäre. Wenn wir anfangen würden, im Unterricht Propaganda zu betreiben, würde die Hälfte der Lehrkräfte die Schule verlassen, und dasselbe gilt für die Schüler*innen und Eltern. Die würden lieber auf eine Privatschule oder ins Ausland gehen. In unserer Schule ist auch eine der ersten Betriebsgruppen unserer Gewerkschaft entstanden.

»Das Putin-Regime kann zwar ein Stadion mit Leuten füllen, die Fahnen schwenken, aber es gibt nur sehr begrenzt eine soziale Basisbewegung.«

In der Mehrheit der Schulen im Land ist das ganz anders. Es gibt dort auch Fälle, in denen Schüler*innen, Eltern oder auch Kolleg*innen Lehrkräfte denunzieren und Berichte an den Sicherheitsdienst schreiben.

Wie laufen Propagandastunden ab, wenn der Schulleiter diese befürwortet?

Smirnow: Er kann auch seinen Stellvertreter in den Unterricht schicken, um zu kontrollieren, was passiert, und dann musst du jede Folie der Präsentation zeigen. Deine einzige Chance ist es dann, es ohne emotionale Beteiligung zu machen. Wenn du eine gute Lehrkraft bist, fällt dir das leicht. Die Schüler*innen werden bemerken, ob du wirklich hinter der Propaganda stehst.

Wir haben Lehrkräften mit methodischen Leitfäden, Aufgaben und Texten geholfen, sodass sie immer noch ins Klassenbuch schreiben können »Das Problem des Separatismus«, aber sie können über echte Probleme sprechen. Dazu gehören auch alternative Materialien mit historischen Beispielen von anderen Kriegen, die Lehrkräfte nutzen können, um über die Folgen von Kriegen zu sprechen.

Was ist aus deiner Sicht die Motivation für den Krieg?

Smirnow: Ich denke, dass dieser Krieg vor allem wahltaktische Gründe hat. Wenn etwas funktioniert, dann rührt man es nicht an, und für Putin ist klar, dass Krieg für ihn funktioniert. Er ist in der Innen- und Wirtschaftspolitik sehr schwach, aber er ist gut darin, einen Krieg für die Wahlpolitik zu nutzen.

Damit hat seine Karriere begonnen. Es war der zweite Tschetschenienkrieg ab 1999, als er sagte: »Jelzin konnte das Problem mit Tschetschenien nicht lösen. Ich werde es schnell machen und für Ordnung sorgen.« Es war ein blutiger Krieg, aber Putin hat ihn gewonnen und seine Umfragewerte waren sehr hoch, es war ein gangbarer Weg für ihn.

Das hat einige Jahre lang funktioniert, aber im Jahr 2011 gab es große Proteste gegen Wahlfälschungen und Probleme im Gesundheits- und Bildungsbudget. Die Menschen begannen, Fragen zu stellen. Sie hatten schon lange keine Lohnerhöhungen mehr bekommen und es war bereits Putins dritte Amtszeit.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2014 die Krim annektiert. Der »Krim-Konsens« in der russischen Gesellschaft machte Putin wirklich zu einer Art nationalem Führer über alle sozialen Unterschiede hinweg, denn es ging nun um den historischen Weg des Landes, um die Krim als Teil des historischen Russlands. Putins Zustimmungswerte lagen extrem hoch, bei 80 Prozent.

FOTO: JAN OLE ARPS

Außerdem hat er einen Konfliktherd im Osten der Ukraine geschaffen, um den ukrainischen Staat unter Kontrolle zu bringen. Russland hatte bereits während der Jelzin-Periode in Moldawien eine ähnliche Taktik verfolgt und später auch in Georgien solch einen »eingefrorenen Konflikt« geschaffen.

Wie charakterisierst du das derzeitige Regime?

Smirnow: Wir haben jetzt eine Regierung, die an dieselben Ideen glaubt, wie sie vom historischen Faschismus vertreten wurden: dass der Krieg ein Instrument der Politik ist, dass wir einen besonderen historischen Weg in der Geschichte gehen, dass wir die traditionellen Werte bewahren, dass wir die internationale Ordnung ändern und gegen die ungerechte Dominanz der USA antreten. Diese Ideologie beinhaltet auch, dass die Ukrainer*innen keine eigene Ethnie, sondern eigentlich Russ*innen seien, die aber der westlichen Propaganda anhängen. Es ist nicht einfach, diesen Faschismus mit ein paar Worten zu beschreiben, aber das sind einige Ideen, die im politischen Diskurs dominieren.

»Die Schüler*innen werden bemerken, ob du wirklich hinter der Propaganda stehst.«

Was wir jedoch nicht haben, ist eine mobilisierte Gesellschaft. Im deutschen Nationalsozialismus war die Gesellschaft sehr mobilisiert, es gab eine aktive Unterstützung aus der Bevölkerung. Das Putin-Regime kann zwar ein Stadion mit Leuten füllen, die Fahnen schwenken, aber es gibt nur sehr begrenzt eine soziale Basisbewegung. Sie können nicht plötzlich für politische Ziele mobilisieren, nachdem sie 30 Jahre lang auf Vereinzelung gesetzt haben.

Wie zeigt sich diese Ideologie im Bildungswesen?

Smirnow: Es gibt ein neues Lehrbuch der russischen Geschichte, das im Sommer 2023 veröffentlicht wurde und in Schulen verwendet werden soll. Der Autor ist einer der Berater des Präsidenten, der frühere Minister Medinski. Ein Text, der die neueste Geschichte darstellt, rechtfertigt Krieg im Allgemeinen, nicht nur diesen Krieg gegen die Ukraine. Krieg sei nicht nur, wie in der konservativen Realpolitik, ein Instrument, um militärisch das zu tun, was wir wirtschaftlich nicht schaffen, sondern ein normaler Teil unserer Politik. Und wenn es notwendig ist, dann sollten wir für immer Krieg führen.

Wie wird der Krieg unter Gewerkschaftsmitgliedern diskutiert?

Smirnow: Unter den Mitgliedern der unabhängigen Gewerkschaften in der KTR gibt es unterschiedliche Positionen. Das sind schließlich keine politischen Gruppen, sondern eine Vertretung der arbeitenden Menschen. Aber es gibt dort überwiegend eine Haltung gegen den Krieg, sowohl an der Basis als auch in Führungsgremien. In der FNPR ist die Situation eine völlig andere. Dessen Führer*innen unterstützen den Krieg ausdrücklich. Die Bildungsinternationale hat die Mitgliedsrechte der russischen Bildungsgewerkschaft in der FNPR wegen ihrer Kriegsunterstützung suspendiert. Auch die meisten Aktivist*innen der FNPR-Gewerkschaften sind für den Krieg.

Bei den nicht aktiven Mitgliedern ist das schwieriger zu sagen. Wie kann man eine Position messen, wenn es verboten ist, über das Thema zu diskutieren? Es gibt Instrumente, wie man das in einer autoritären Gesellschaft machen kann. Dabei wird zum Beispiel gefragt: »Wenn der Präsident beschließt, diesen Krieg fortzusetzen, werden Sie ihn unterstützen oder nicht?« Das nimmt den Leuten die Verantwortung für die Antwort ab. Dem unabhängigen soziologischen Forschungsbüro Russian Field zufolge unterstützen bei dieser Frage insgesamt 70 Prozent der Menschen die Entscheidung des Präsidenten, den Krieg entweder fortzusetzen oder zu beenden. Das sind natürlich unterschiedliche Gruppen, 40 Prozent unterstützt jede Entscheidung des Präsidenten.

Das ist eine gute Erklärung dafür, was in der Gesellschaft passiert. Die Mehrheit ist unpolitisch und will keine Verantwortung übernehmen. Die wollen nur ihre eigene Familie und ihre eigenen Geschäfte: »macht was ihr wollt und lasst uns in Ruhe«.

Es gibt jeweils 20 Prozent auf beiden Seiten, die politisiert sind. Aber die eine Seite hat die Macht des Staates und die andere Seite ist im Gefängnis, im Ausland oder ohne jede Möglichkeit, sich zu organisieren. Denn Organisationen werden immer dann zerstört, wenn sie einflussreich werden. Vielleicht sind nur die Gewerkschaften eine Ausnahme, weil ihre Tätigkeit nicht als politisch, sondern als wirtschaftlich gilt. Da wird in Russland eine künstliche Trennung vorgenommen.

Waren die Gewerkschaften zu Beginn des Krieges Teil der öffentlichen Proteste?

Smirnow: Die KTR hat auf ihrer Website eine Erklärung gegen den Krieg veröffentlicht. Sie befindet sich dort immer noch. Die unabhängige Lehrkräftegewerkschaft hat keine eigene Erklärung veröffentlicht, sondern versucht, die Lehrkräfte zu organisieren, die eine Antikriegsposition haben. Eine Erklärung als »Lehrkräfte gegen den Krieg« wurde von 5.000 Kolleg*innen unterstützt. Als Organisationen waren die unabhängigen Gewerkschaften nie Teil der Proteste, aber viele Mitglieder beteiligten sich als individuelle Aktivist*innen. Gewerkschaftsmitglieder können auch verdeckt tätig sein, Geld für politische Gefangene sammeln oder Menschen unterstützen, die vor dem Krieg geflohen sind. ■

Das Interview wurde im August bis Dezember 2023 geführt, stark gekürzt, teilweise aus dem Englischen und teilweise aus dem Russischen übersetzt.
**Der Name des Kollegen wurde geändert. Seine gewerkschaftliche Funktion ist der Redaktion bekannt.*

Christoph Wälz,
verantwortlicher Redakteur der bbz

FNPR
Die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands ist die Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften. Sie steht der Regierung nahe. https://fnpr.ru/eng/

KTR
Die Konföderation der Arbeit Russlands ist ein kleinerer Dachverband, der aber unabhängiger und konfliktbereiter als die FNPR agiert. https://t.ktr.su/en/

Erklärung der »Lehrkräfte gegen den Krieg«, 3/2022

Kyjiw im November 2022

Für gewerkschaftlichen Austausch ins Kriegsgebiet

In der Ukraine behaupten sich Gewerkschaften und soziale Initiativen unter Kriegsbedingungen. Humanitäre Hilfe und praktische Solidarität aus den deutschen Gewerkschaften machen vor Ort einen Unterschied

von Hermann Nehls

Eine Gruppe von vier Gewerkschafter*innen aus Deutschland und der Schweiz reiste im Oktober 2023 in die Ukraine. Bei Treffen mit verschiedenen Gewerkschaften und sozialen Initiativen ging es darum, so viel Informationen wie möglich zur Lage der Beschäftigten zu bekommen, Kontakte aufzubauen und Spenden zu übergeben. Die Reise wurde organisiert von der gewerkschaftsübergreifenden Initiative »Solidarität mit den Gewerkschaften in der Ukraine – Humanitäre Hilfe« und finanziell gefördert von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt.

»Die Löhne sind so niedrig, dass Lehrtätigkeit schon vor dem Krieg nur von Frauen ausgeübt wurde, deren Männer einen besser bezahlten Job haben.«

Eines der ersten Treffen fand mit der Gewerkschaft der in Bildung und Wissenschaft Beschäftigten der Ukraine statt. Die TUESWU ist die größte Branchengewerkschaft des Dachverbands FPU. Wir trafen uns im Gewerkschaftshaus am Majdan in Kyjiw, das während der Orangenen Revolution und dem Euromaidan die Zentrale der Oppositionsbewegung war. Im Februar 2014 wurde es von Getreuen der Regierung Janukowitsch angegriffen und in Brand gesteckt. Bis 2018 wurde es wieder aufgebaut und modernisiert.

Hindernisse für Bildung

Die Bildungsgewerkschaft ist schon vom Habitus her noch old style: Der schon ältere Präsident führt den Vorsitz und das Wort, sekundiert von Stellvertreter*innen und Sekretär*innen. Sie sind etwas erstaunt, wen sie da vor sich haben und was unser Anliegen ist: Wir wollen in Deutschland jenseits der Diskussion um Waffenlieferungen und geopolitische Fragen dafür werben, auf unterer Ebene praktische Solidarität mit den Gewerkschaften in der Ukraine zu üben und in den Austausch mit ihnen treten.

In einem Video werden uns die Zerstörungen gezeigt, die der Krieg an Bildungseinrichtungen aller Art, vom Kindergarten bis zur Hochschule, angerichtet hat, materiell wie personell. Viele Bildungseinrichtungen sind zerstört, Lehrkräfte und Studierende in den Westen gegangen. Die meisten Pädagog*innen brauchen psychologische Unterstützung. Es fehlen Schutzräume gegen Bombenangriffe an Schulen und Universitäten. Die Löhne sind so niedrig, dass Lehrtätigkeit schon vor dem Krieg nur von Frauen ausgeübt wurde, deren Männer einen besser bezahlten Job haben. Die meisten Männer weigern sich, für so wenig Geld zu arbeiten. Die Gewerkschaft fordert, dass die Löhne so weit angehoben werden, dass Lehrkräfte nicht mehr ins Ausland abwandern beziehungsweise wieder zurückkommen.

Berufliche Bildung in staatlicher Hand

Das Bildungssystem weist ein ausgedehntes Netz an berufsbildenden schulischen Einrichtungen auf. Es ist in drei Stufen unterteilt – berufliche Grundbildung, darüber hinausgehende berufliche Basisbildung mit vertieftem technischen Wissen und der Kompetenz zur Ausübung komplexerer operativer Tätigkeiten und schließlich die höhere berufliche Bildung, die in drei bis vier Jahren an spezialisierten Colleges und Fachschulen erworben wird. Seit 2015 wird die Berufsbildung auf der zweiten Stufe zusätz-

FOTO: JAN OLE ARPS

lich als duale Ausbildung angeboten. Was der Bildungsgewerkschaft wichtig ist: Bisher ist die berufliche Bildung Teil des öffentlichen Bildungswesens. Beratungsfirmen aus den USA sind nun dabei, hier einen Paradigmenwechsel vorzunehmen und die berufliche Bildung allein privatwirtschaftlichen Interessen zu unterwerfen. Dies muss verhindert werden.

Man gibt sich nicht die Klinke in die Hand in Kyjiw. Der letzte Besuch bei der Bildungsgewerkschaft war im Mai 2023. Damals kam eine Delegation des Europäischen Gewerkschaftsbunds vorbei. Ein Jahr vorher hatte die Lehrkräftegewerkschaft aus den USA vorbeigeschaut. Das war's auch schon. TUESWU wünscht sich einen stärkeren Austausch über Lehr- und Lernkonzepte mit der GEW und gegenseitige Besuche.

Der Austausch mit ukrainischen Gewerkschafter*innen musste bei einem Besuch eines Stahlwerks in Krywyj Rih in den Luftschutzkeller verlegt werden.

FOTO: HERMANN NEHLS

Unabhängige Initiativen finden Zulauf

In der Ukraine haben sich vor dem Krieg zahlreiche lokale Initiativen von Beschäftigten gebildet. Sie entstanden aus lokalen Konflikten, bei denen sich Beschäftigte von staatsnahen Gewerkschaften im Stich gelassen fühlten. Wir hatten beispielsweise Kontakt mit einer unabhängigen Gruppe der Eisenbahner*innen, die uns berichtete, dass sie Beratungsstrukturen für arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen aufbauen wollen.

Besonders beeindruckt hat uns die Initiative #BeLikeNina, die 2019 im Gesundheitsbereich entstanden ist. Die Krankenpflegerin Nina Koslowska hatte im November 2019 dazu aufgerufen, auf die Straße zu gehen. »Eines nachts kam ich nach Hause von der Arbeit, öffnete Facebook und schrieb mir alles von der Seele: unter welchen Bedingungen wir arbeiten, was unsere Löhne sind«, erzählt sie. Innerhalb von 24 Stunden wurde der Aufruf 24.000 mal verbreitet. Nina rief zu einer Protestwelle auf, aber viele hatten Angst, selber öffentlich zu protestieren oder Kritisches zu schreiben, sie fürchteten Abmahnungen. Zum Teil wussten sie auch nicht, dass sie auch Rechte haben und dass die Gewerkschaft dazu da ist, diese Rechte zu schützen. Die Angst galt es zu überwinden.

Im Dezember 2019 stellten sich Krankenpfleger*innen in ihrer Berufskleidung mit einem Transparent vor das ukrainische Parlament. Bei dieser ersten Aktion machten 100 Personen mit, auch Ärzt*innen und Studierende schlossen sich an. Sie trugen Gesichtsmasken mit der Aufschrift »Wir sind keine Sklaven«. Das Transparent war mit blutroter, zerfließender Schrift bemalt. Für die Öffentlichkeit war das ein Schock, unerhört. Danach wurde beschlossen, die Facebook-Gruppe »Sei wie Nina« zu gründen. Die Initiative fand Nachahmer*innen in vielen ukrainischen Städten und so organisierte sie Aktionen am gleichen Tag und zur gleichen Zeit. Der Verein zählt jetzt 80.000 Mitglieder. Der nächste Schritt ist die Gründung einer Allukrainischen Gewerkschaft der Gesundheitsarbeiter*innen.

Neue Perspektiven durch internationale Kooperation

Beim Treffen mit dem Jugendverband der FPU wurde berichtet, dass die niedrigen Löhne eines der größten Probleme für junge Menschen in der Ukraine sind. Viele wollen die Ukraine deshalb verlassen und nach Polen gehen. Es sei schwer sie zu überzeugen, dass sie zurückkommen sollen. Großes Interesse besteht an anderen gewerkschaftlichen Konzepten wie Organizing. »Früher oder später werden wir in der EU sein, deshalb ist es gut, früh zu lernen, wie die Dinge laufen«, sagte die Vorsitzende des Jugendverbandes.

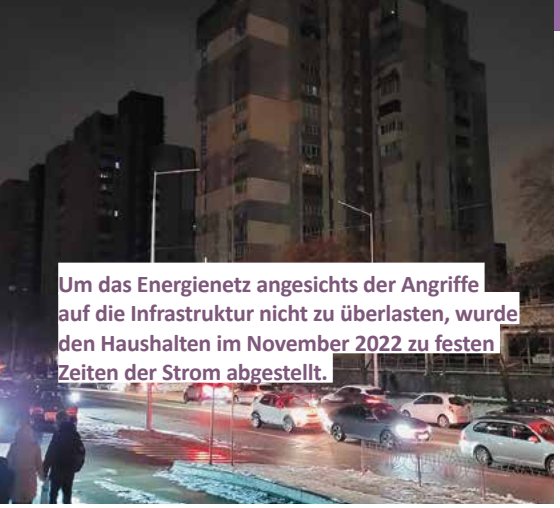
»Wir wollen in Deutschland jenseits der Diskussion um Waffenlieferungen und geopolitische Fragen dafür werben, auf unterer Ebene praktische Solidarität mit den Gewerkschaften in der Ukraine zu üben und in den Austausch mit ihnen treten.«

Egal ob FPU, unabhängige Eisenbahner*innengewerkschaft oder Initiativen im Gesundheitsbereich: Man will raus aus dem sowjetischen Mief und beim Wiederaufbau mitreden können. Wie andere osteuropäische Länder vor ihnen erhoffen sich die Menschen von einem Beitritt zur EU einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung mit höheren Löhnen, besserem Arbeitsschutz, geregelten Arbeitsbeziehungen, Rechtsstaatlichkeit, einem funktionierenden Sozialstaat – und wirtschaftlicher Hilfe.

Allerdings sind die politischen und wirtschaftlichen Umstände heute sehr viel andere als Anfang der 90er Jahre. Zu Recht sind viele der Auffassung, dass die Soldaten an der Front und Beschäftigte die größte Last des Krieges tragen, während die Reichen sich ins Ausland absetzen. Wir tun gut daran, uns auf eine große Stärke der Gewerkschafts- und Arbeiter*innenbewegung zu besinnen. Sie heißt internationale Solidarität.

gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de/

Hermann Nehls, ehemaliger Gewerkschaftssekretär beim DGB-Bundesvorstand und an zahlreichen Projekten auf EU-Ebene beteiligt



Um das Energienetz angesichts der Angriffe auf die Infrastruktur nicht zu überlasten, wurde den Haushalten im November 2022 zu festen Zeiten der Strom abgestellt.

Ambivalenzen aushalten

Ein Plädoyer für die militärische Unterstützung der Ukrainer*innen im Kampf gegen den russischen Aggressor

von Renate Hürtgen

Den Kampf von Menschen um ihre Unabhängigkeit, gegen Versklavung oder für Befreiung, auch mit militärischen Mitteln zu unterstützen, gehört zu einer meiner politischen Grundhaltungen. Hätte ich in den 1960er Jahren gewusst, dass China und die Sowjetunion an Nordvietnam Waffen liefern, ich hätte es als einen Akt der Solidarität begrüßt. Als sich Deutschland im Jahr 1999 militärisch in den Krieg einmischte, der nach dem Zerfall Jugoslawiens ausgebrochen war, habe ich die Soldaten dazu aufgerufen, in ihren Kasernen zu bleiben. Der Staatsanwalt hat mich und andere des Aufrufs zum Desertieren angeklagt. Im Februar 2022, nach dem Einfall Russlands in die Ukraine, habe ich mich wiederum dafür entschieden, dass der Verteidigungskampf der ukrainischen Bevölkerung mit allen, auch mit militärischen Mitteln, unterstützt werden muss. Warum?

»Erst die Begegnung mit Ukrainer*innen hat mir das ganze Ausmaß bewusst gemacht.«

Emanzipation aus Abhängigkeit

Anders als für meine westdeutschen Kolleg*innen hat mir meine politische Sozialisation in der DDR den Vorteil verschafft, mich sofort in die Lage der Ukrainer*innen versetzen zu können. Meine politische Haltung war immer davon bestimmt gewesen, sich aus der imperialen Abhängigkeit von der Sowjetunion zu befreien und einen eigenständigen Weg ohne diktatorische Herrschaftsverhältnisse einzuschlagen. Doch erst als die geschwächte Kolonialmacht keine Panzer mehr schicken konnte, eröffnete sich für die Ostblockstaaten und einige Sowjetrepubliken diese Möglichkeit. Mit dem erklärten Kriegsziel, die Ukraine zu russischem Gebiet zu erklären, sollte sich für die Ukrainer*innen dieses Fenster wieder schließen.

Weiterhin kam mir zugute, dass ich mich schon lange vor dem 24. Februar 2022 mit der aktuellen russischen Situation beschäftigt hatte. Ich wusste, auch durch persönliche Begegnungen, von der systematischen Unterdrückung der Zivilgesellschaft, von der Gefahr, die Aktivist*innen durch nationalistische und faschistische Kräfte droht. Mit Entsetzen habe ich nach dem Überfall begriffen, dass Putins Russland sich inzwischen zu einer der reaktionärsten Mächte mit einem aggressiven Anspruch auf Territorien anderer Staaten entwickelt hatte. Aber erst die Begegnung mit Ukrainer*innen, namentlich jenen, die in sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen aktiv sind, hat mir das ganze Ausmaß, das der Ukraine droht, bewusstgemacht. Mit der Eroberung wäre die Vernichtung alles Ukrainischen, einschließlich der gerade erst im Entstehen begriffenen zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Strukturen, verbunden. Wie lässt sich gegen eine solche Perspektive anders als mit militärischen Mitteln zur Wehr setzen?

Solidarisierung trotz Widersprüchen

Diese Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Sie steht im Widerspruch zu meiner Ablehnung einer Politik der Aufrüstung, zu meiner kritischen Haltung gegenüber der Regierung Selenski und der Politik der EU. Ich halte diese Widersprüche aus, ich gebe nicht der Versuchung nach, mich in die Phrasen vom »Klassenkampf« oder vom »Frieden, sofort!« zu flüchten, die schon darum illusorisch ist, weil Putin seine Kriegsziele bisher nicht aufgegeben hat. Ich habe mich dafür entschieden, an der Seite der Ukrainer*innen und meiner politischen Freund*innen zu stehen. Ich hätte es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren können, hinzunehmen, dass die ukrainischen Gewerkschafter*innen, die sozialen und politischen Gruppen, die wir solidarisch unterstützen, unter russischer Ägide nicht mehr existierten.

Es wird immer schwerer, in diesem und in anderen Kriegen eine Position zu finden. Ein möglicher Kompass, den wir für unsere Orientierung anlegen können, sind die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien des Völkerrechts. Sie gelten global, sie gelten für die USA, sie gelten auch für Russland. ■

Lesetipp der Autorin
Fossile Industrie, Rüstung, Geheimdienst – über den russischen Neo-Imperialismus. Bernd Gehrke, 6/2022

Renate Hürtgen, GEW-Mitglied, AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West

FOTO: JAN OLE ARPS

Waffen töten – Verhandlungen nicht

Ein Plädoyer für die Einstellung von Waffenlieferungen und für Verhandlungen ohne Vorbedingungen

Straße im Kyjiwer Bezirk Berezniaky am Ostufer des Flusses Dnipro

von Barbara Majd Amin, Lore Nareyek und Lothar Schwarz

Kein Krieg ist zu verstehen ohne seine Ursachen, seine Vorgeschichte. Eine wichtige Rolle spielten im Ukrainekrieg unter anderem die Ausdehnung der NATO an die russischen Grenzen und die Aufkündigung der meisten Abrüstungsvereinbarungen. Seit 2014 gibt es einen blutigen Bürgerkrieg in der Ostukraine um ihre Perspektive. Hier fehlt der Platz, ausführlicher darauf einzugehen. Die deutsche Politik und fast alle Medien blenden diesen Kontext aus und haben einfache Antworten: es sei »Putins Krieg«, nur »Putinversteher*innen« stellten Fragen. Jetzt sei »Russland zu ruinieren«, so Annalena Baerbock.

Raus aus der militärischen Sackgasse

Im März/April 2022 gab es Friedensverhandlungen, die unter anderem einen Waffenstillstand, Neutralität, Blockfreiheit und Atomwaffenverzicht der Ukraine vorsahen. Führende NATO-Staaten intervenierten und verhinderten die Unterzeichnung. So geht der Krieg weiter, mit vielleicht schon 200.000 Toten, Millionen Flüchtlingen, zerstörten Städten. Keine Seite kommt militärisch voran. Es kann zur Ausweitung des Krieges kommen, sogar zum Atomkrieg. Weitere Hundertausende von Soldaten sollen mobilisiert werden. Tag für Tag sterben Soldaten und Zivilist*innen.

Waffenlieferungen an die Ukraine verlängern nur das Kriegselend. Wofür kämpft denn die ukrainische Armee heute? Für die Rückgewinnung der Krim und der Ostukraine, deren überwiegend russischsprachige Bevölkerung nicht in eine Ukraine zurück will, in der die Benutzung und Vertretung der russischen Sprache und Kultur gesetzlich unter Strafe gestellt wurde? Und in der zum Beispiel die Täter des Brandanschlags auf das Gewerkschaftshaus in Odessa von 2014 mit 48 Toten bis heute nicht verfolgt werden? Kämpft die Ukraine für unsere Freiheit, wie uns immer wieder versichert wird? Wie verträgt sich das mit dem Verbot jeglicher politisch-oppositioneller und den starken Einschränkungen gewerkschaftlicher Aktivität dort?

Es ist höchste Zeit für Diplomatie, für einen Waffenstillstand, für das Ende der Waffenlieferungen, für Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Nur so kann das Sterben beendet, eine politische Lösung gefunden werden. Verhandlungsvorschläge und -angebote gibt es, zum Beispiel aus Brasilien, dem Vatikan, Südafrika, China; im Herbst 2022 legten die ehemaligen Militärs, Diplomat*innen und Politiker*innen Funke, Teltschick, Brandt und Kujat einen detaillierten Verhandlungsplan vor. Keine dieser Chancen wurde bisher ergriffen.

Folgen für Deutschland

Und was bedeutet die Politik der Bundesregierung für Deutschland? Minister Pistorius fordert: »Wir müssen kriegstüchtig werden.«

Das bedeutet:

eine extreme Aufrüstung und damit Kürzungen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge und im Bildungsbereich und somit auch steigende Armut.

Eine weitere Militarisierung der Gesellschaft und die Einschränkung der Meinungsfreiheit werden die Folgen sein.

Freie Bahn für Bundeswehrwerbung in Kita, Schule und Uni.

Infolge der Sanktionspolitik gegenüber Russland steigen Energie- und Lebenshaltungskosten.

Perspektivlosigkeit und die Angst vor dem Absturz verleiten nicht wenige, rechten Demagog*innen zu verfallen.

Die negativen Auswirkungen merken wir alle. Aber nicht jede*r: die Aktien von Rheinmetall stiegen von 80 Euro vor dem Krieg auf über 280 Euro im Dezember 2023. Die GEW BERLIN sollte sich im Sinne des Paragrafen 1 des Berliner Schulgesetzes weiter aktiv für Frieden und Völkerverständigung engagieren und den Plänen entgegentreten, Deutschland wieder zu einer weltweit agierenden Militärmacht zu machen.

Barbara Majd Amin, Lore Nareyek und Lothar Schwarz für die AG Friedenserziehung und Friedenspolitik in der GEW BERLIN

»Waffenlieferungen an die Ukraine verlängern nur das Kriegselend.«

Lesetipp der Autor*innen
Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges. Bundesausschuss Friedensratschlag, 6/2022

FOTO: JAN OLE ARPS

Ukrainer*innen in Berlin

Ukrainische Lehrkräfte, Schüler*innen in Willkommensklassen, Erwachsene auf dem Weg der beruflichen Integration – wir haben mit Geflüchteten und Pädagog*innen gesprochen

von Nicola Kub

Der letzte Schultag vor den Weihnachtsferien war an der Helene-Lange-Schule in Steglitz ein besonderer Tag: Ella K. hat mit und für ukrainische Schüler*innen eine Weihnachtsfeier organisiert. In der Aula der Schule haben sich ungefähr 90 ukrainische Schüler*innen und ihre Lehrkräfte versammelt. Voller Stolz tragen die Darsteller*innen des Krippenspiels traditionelle Kostüme, die Mädchen haben liebevoll ihre Haare in geflochtenen Frisuren hergerichtet und mit Schmuck ihrer Heimat verziert. Es ist ein festlicher Anblick und man spürt die Freude der Jugendlichen. Eingebettet in das Krippenspiel sind ukrainische Weihnachtslieder.

»Ukrainische Schüler*innen haben durch den Krieg einen Kontrollverlust erlebt, sie hatten keinen Einfluss auf das Geschehen und wurden nach Deutschland mitgenommen. Hier besteht weiterhin Unsicherheit über die Perspektive der Familie.«

Ella K. ist Biologie- und Chemielehrerin aus der Ukraine. Sie lebt seit drei Jahren in Berlin und unterrichtet seit eineinhalb Jahren an der Helene-Lange-Schule. Im Anschluss an die Aufführung führt sie ein Quiz zu ukrainischen Weihnachtsbräuchen und -gerichten durch. Es fällt auf, dass die Jugendlichen mit sehr unterschiedlicher kultureller Prägung und Wissen nach Berlin gekommen sind. Sie stammen aus verschiedenen Regionen, manche sind mit Russisch als Muttersprache aufgewachsen.

Begegnungsschule

Ella K. zeigt großes Einfühlungsvermögen: »Wir haben viele Herausforderungen, es ist zum einen die Fluchterfahrung, dazu kommt noch Corona. Vor Ausbruch des Krieges hatten die Kinder zwei Jahre lang keine richtige Schule. Emotionale und familiäre Probleme und besonders der fehlende Vater sind immer präsent.« Auch die Doppelbelastung durch den Online-Unterricht an ihren Schulen in der Ukraine ist für die Schüler*innen eine Herausforderung.

Die Helene-Lange-Schule ist im Verbund mit der Kreuzberger Aziz-Nesin-Grundschule von der Senatsbildungsverwaltung als Deutsch-Ukrainische Begegnungsschule eingerichtet worden. Der Schulleiter Harald Leppler berichtet, dass an der Schule schon vor dem Krieg drei Lehrkräfte aus der Ukraine und eine Lehrkraft aus Russland im Regelbetrieb tätig waren. Dies sei zu Beginn des Krieges eine große Hilfe bei der Integration ukrainischer Schüler*innen gewesen. Leppler konnte noch sechs weitere ukrainische Lehrkräfte einstellen. Neben den Regelklassen besuchen die Helene-Lange-Schule aktuell 90 Schüler*innen aus der Ukraine. Sie werden in sechs Klassen unterrichtet, verteilt auf die Jahrgänge 7 bis 10. Unterricht findet je nach Fach auf Ukrainisch, Deutsch oder bilingual statt. Das Modell der Begegnungsschule wird gut angenommen: »Die ukrainischen Familien und Lehrkräfte sind der Senatsverwaltung sehr dankbar für die Einrichtung der ukrainischen Begegnungsschule«, meint Ella K.

Herausforderungen für geflüchtete Schüler*innen

Die überwiegende Zahl der geflüchteten Schüler*innen könne sich die Schule jedoch nicht aussuchen, berichtet Claudia Lichnofsky. Sie ist Lehrerin an einer ISS im Bezirk Mitte und hat auch Erfahrung in verschiedenen Willkommensklassen in Berlin, auch mit ukrainischen Schüler*innen. Lichnofsky weist darauf hin, dass Schüler*innen ab 12 Jahren einer Willkommensklasse mit freien Plätzen an einer Schule ihres Wohnbezirkes zugewiesen werden. »Problematisch ist dann der Übergang in eine Regelklasse, weil die Plätze an weiterführenden Schulen belegt sind. Freie Plätze gibt es meist nur an nicht sehr nachgefragten Schulen«, meint Lichnofsky. »Dabei sind Schulen in den Innenstadtbezirken für ukrainische Schüler*innen sehr ungewohnt.«

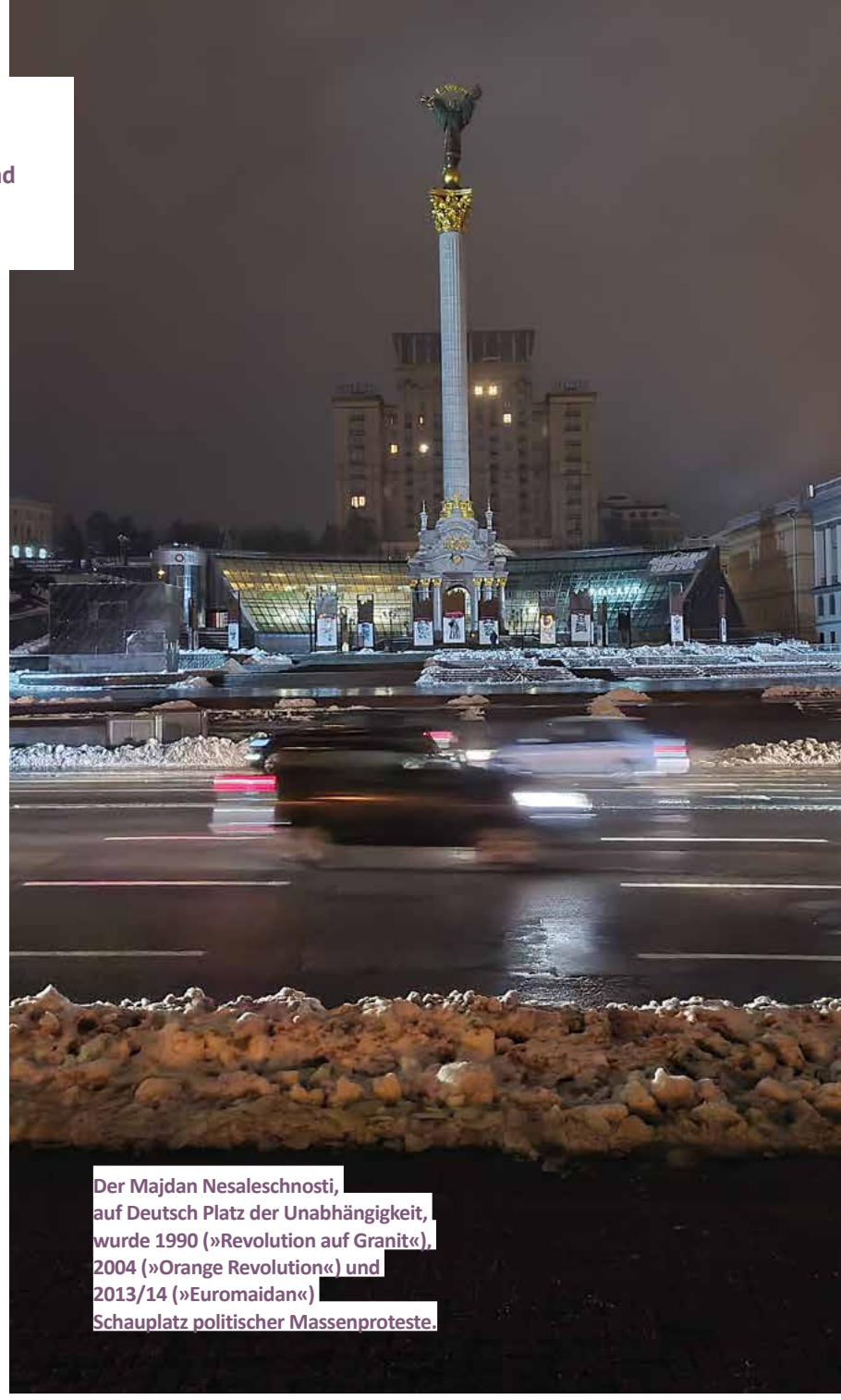
Solche Differenzerfahrungen ließen sich auch damit erklären, dass die Ukraine keine Einwanderungsgesellschaft sei, erklärt Alina Maschke, die als Expertin für das Konzept Healing Classrooms (HC, siehe Seite 36) beim International Rescue Committee (IRC) Deutschland arbeitet. Die deutsche Gesellschaft sei im Vergleich heterogener, dies erfordere Geduld in

»Emotionale und familiäre Probleme und besonders der fehlende Vater sind immer präsent.«

der pädagogischen Arbeit mit neu angekommenen ukrainischen Schüler*innen. Maschke ist selber ukrainische Muttersprachlerin und hat Deutsch als Zweitsprache erlernt.

Maschke beschreibt, dass ukrainische Schüler*innen durch den Krieg einen Kontrollverlust erlebt haben, sie hatten keinen Einfluss auf das Geschehen und wurden nach Deutschland mitgenommen. Hier bestehe weiterhin Unsicherheit über die Perspektive der Familie. Viele hätten auf eine schnelle Rückkehr in ihre Heimat gehofft und wären zunächst wenig motiviert gewesen, Deutsch zu lernen. Die Familien seien zerrissen, oft kämpfe der Vater an der Front. Einige Kinder und Jugendliche verweigerten sogar den Unterricht, da sie eine Teilnahme als Verrat am Vater empfänden.

»Der HC-Ansatz unterstützt die Schulen bei der gemeinsamen Entwicklung mit den Lehrkräften, den Schüler*innen ein Umfeld zu bieten, in dem sie in ihren sozial-emotionalen Kompetenzen gefördert werden«, so Maschke. »So gewinnen Kinder und Jugendliche ihr Selbstvertrauen wieder zurück, lernen mit eigenem inneren Stresserleben umzugehen und entwickeln einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft.«



Der Majdan Nesaleschnosti, auf Deutsch Platz der Unabhängigkeit, wurde 1990 (»Revolution auf Granit«), 2004 (»Orange Revolution«) und 2013/14 (»Euromaidan«) Schauplatz politischer Massenproteste.

FOTO: JAN OLE ARPS

Zerrissene Familien

Jessika Tsubakita hat im Schuljahr 2022/23 an Grundschulen in Zehlendorf unterrichtet, in denen ukrainische Schüler*innen direkt in den Regelunterricht integriert wurden und zusätzlichen Förderunterricht in Deutsch als Zweitsprache erhielten. Auf sie wirkten viele dieser Schüler*innen, als wären sie »gar nicht richtig hier« und »irgendwie auf dem Sprung«. Sie habe sich deshalb bemüht, den Kindern im Schulalltag Räume zu bieten, in denen sie sich entspannen und sicher fühlen könnten. »Sie müssen merken, dass sie Teil der Schulgemeinschaft sind. Dafür muss von der deutschen Seite aus auch etwas kommen, gerade wenn die Schüler*innen nicht so offensiv mit der Herausforderung Schule umgehen.« Tsubakita rät deshalb zu intensiver Kommunikation mit den Schüler*innen.

Im Unterrichtsstoff der Regelklasse seien ukrainische Schüler*innen den Berliner Schüler*innen oft voraus, beobachtet Lichnofsky. Manche würden berichten, dass sie den Stoff in Mathematik schon zwei Jahre zuvor behandelt hätten. Für ältere Schüler*innen, die in der Ukraine bereits einen ersten Schulabschluss nach der 9. Klasse erlangt haben, sei es außerdem nicht sehr attraktiv, im Berliner Schulsystem den Schulbesuch fortzuführen, denn sie bekämen ihren Abschluss in Berlin nur als Berufsbildungsreife anerkannt. Sie müssten zunächst Deutsch lernen, dann mindestens die 10. Klasse besuchen und an den Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss teilnehmen, um dann nach weiteren drei Jahren vielleicht das Abitur zu bestehen. In der Ukraine wird das Abitur bereits nach 11 Schuljahren erreicht. Somit sei es verständlich, dass Jugendliche in vielen Fällen anstrebten, lieber als externe*r Schüler*in den ukrainischen Abschluss zu erlangen, meint Lichnofsky. Deshalb würden viele Jugendliche ihre Priorität auf die Online-Angebote ihrer ukrainischen Schule legen, und nicht auf das Erlernen der deutschen Sprache.

»Viele Möglichkeiten bleiben auch noch ungenutzt«, findet Tsubakita. So würden Hilfestellungen durch Integrationslotsen nur wenig nachgefragt. Eltern von ukrainischen Schüler*innen sollten verstärkt die im Schulgesetz neu verankerte Möglichkeit einfordern, ergänzenden Unterricht in der Erstsprache an der Schule anzubieten.

Geflüchtete in der Erwachsenenbildung

Auch für geflüchtete Erwachsene hat sich das Leben von einem Tag auf den anderen verändert. Ihr Familienleben, ihre Arbeit, ihr Zuhause, alles mussten sie zurücklassen.

Zerstörte Heimat. Von Halyna Halstian, ukrainische Künstlerin in Berlin

Veronika L. ist Journalistin und Redakteurin aus Odessa, sie hat dort zwei Diplome erworben. Sie ist gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrem Kind, das kurz vor Kriegsbeginn geboren wurde, im März 2022 nach Berlin geflohen. Ihre Mutter hatte bereits eine Bekannte in Berlin, somit hatten sie eine Anlaufstelle.

»Sie müssen merken, dass sie Teil der Schulgemeinschaft sind – dafür muss von der deutschen Seite aus auch etwas kommen, gerade wenn die Schüler*innen nicht so offensiv mit der Herausforderung Schule umgehen.«

Veronika L. nimmt an einem Deutschkurs an vier Tagen mit jeweils vier Stunden teil. »Wir kriegen mit, dass es an Kita-Plätzen mangelt und wollen niemandem einen Platz wegnehmen. Mama kann auf das Kind aufpassen, während ich im Kurs bin.« Bei ihrer beruflichen Integration hat Veronika L. eine gute Beratung im Jobcenter auf Deutsch und Englisch erlebt, mit ihr wurde darüber gesprochen, welche beruflichen Perspektiven nach Abschluss des Deutschkurses für sie möglich wären. Veronika L. strebt zunächst einen Job als Graphic Designerin an, weil in diesem Bereich die sprachlichen Anforderungen mit dem Niveau B2 geringer sind. Für Journalist*innen wird das Niveau C2 verlangt. Perspektivisch wünscht sie sich eine Arbeit in der Werbung oder wieder als Journalistin.

Maria N. ist im März 2022 mit ihrem damals einjährigen Sohn allein nach Berlin geflüchtet. Der erste Zug brachte sie nach Polen, sie hatte große Angst, dass der Krieg sich auch noch auf andere Länder ausbreitet und überlegte sogar, nach Kanada zu fliehen. Ihr Weg führte nach Berlin, hier fühlt sie sich sicher. »Ich hatte großes Glück, ein Mann, der für einige Monate im Ausland arbeitete, stellte mir seine Wohnung zur Verfügung. Eine Nachbarin half mir bei Behördengängen und vollbrachte das Wunder, einen Kitaplatz für meinen Sohn zu finden. Somit konnte ich einen Sprachkurs beginnen.«

Maria N. spricht für ihre kurze Zeit in Berlin ein bemerkenswert sicheres Deutsch. Sie hat Diplome in Kunstdesign und Lehramt Kunst. In der Ukraine hat sie an einer privaten Kunstschule unterrichtet, war außerdem in einer Galerie als Künstlerin tätig und hat die Restauration von Bildern, aber auch eigene Ölmalerei betrieben. Ihr Diplom wird in Deutschland anerkannt. Um jedoch als Lehrerin arbeiten zu können, muss sie einen Sprachnachweis erbringen, als freischaffende Künstlerin ist dies nicht erforderlich. Perspektivisch möchte Maria N. als Lehrerin arbeiten. »Im Moment sehe ich meine Zukunft in Berlin, ich weiß nicht, was in ein paar Jahren ist.« Maria N. ist stets in Sorge um ihre Eltern und ihren Mann in der Ukraine. Sie will für ihr Kind stark sein, damit es ihm gut geht.

Perspektive für den ukrainischen Schulabschluss

Für die Schüler*innen der Helene-Lange-Schule scheint sich unterdessen eine zusätzliche Möglichkeit zu entwickeln. Schulleiter Leppler berichtet, dass seine Schule sich in der Vorstufe eines Schulversuchs befindet. Der von Ella K. und anderen Lehrkräften erteilte ukrainischsprachige Geschichtsunterricht soll für den ukrainischen Schulabschluss anerkannt werden. Perspektivisch seien sowohl der deutsche als auch der ukrainische Abschluss an der Helene-Lange-Schule geplant. Vielleicht eröffnen sich damit auch noch mehr Möglichkeiten, qualifizierte ukrainische Lehrkräfte zügig an Schulen anzustellen.

Die Interviews führten Nicola Kub und Christoph Wälz. Die Namen der ukrainischen Interviewpartnerinnen wurden auf deren Wunsch anonymisiert.

Nicola Kub, Lehrerin

GEMÄLDE: HALYNA HALSTIAN

Schüler*innenaustausch trotz Krieg

Mehr als hundert ukrainisch-polnisch-deutsche Jugendbegegnungen jährlich zeigen, wie beliebt der Austausch geworden ist

Ausbildungsgebäude einer Hochschule in Krywyj Rih, Oktober 2023

von Janina Bähre

Als der Bus vor dem Fenster des Klassenraumes der 9b hält, dauert es keine zwei Sekunden, bis die komplette Klasse am Fenster hängt und die Schüler*innen im Bus neugierig anstarrt, winkt und durch Rufe Kontakt aufnimmt. Unsere Gastschüler*innen aus der Ukraine sind eingetroffen. Dass Schüler*innenbegegnungen mit der Ukraine trotz Krieges möglich sind, ist unter anderem der Arbeit des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) zu verdanken.

Mit dessen Hilfe konnten wir unsere Partnerschaft mit Polen und der Ukraine trotz des Krieges wieder aufleben lassen. Doch wie fing alles an? Vor sechs Jahren schrieb mir eine Schule aus Zbąszyń, als ihnen ihre Partnerschule abgesprungen war. Sie hatten bereits ein Projekt beim DPJW beantragt und haben uns mit ihrer ukrainischen Partnerschule aus Ternopil nach Zbąszyń eingeladen. Da wir in Osteuropa noch keine festen Partnerschulen hatten, aber viele unserer Schüler*innen und Kolleg*innen Polnisch oder sogar Ukrainisch sprechen, sagten wir zu. Ich bat noch um ein persönliches Kennenlernen, da dieses unerlässlich für gute Projektarbeit ist.

Zwei Wochen später sollte die Fahrt schon stattfinden. Schüler*innen zu finden, die spontan teilnehmen wollten, ging schnell. Die zwei Lehrkräfte, die die Reise nach Polen antraten, übernahmen den Papierkram und das Einsammeln der Fahrtkosten, die mithilfe der DPJW-Förderung nur 20 Euro betrugen. Das Programm und die Beantragung der Förderung erledigt die einladende Partei, in dem Fall der Elternverein der polnischen Schule.

Gemeinsam waren wir auf den Spuren des Ersten Weltkriegs und für den Naturschutz unterwegs. Obwohl ich anfänglich Sprachbarrieren befürchtet hatte, da die ukrainischen Schüler*innen weder Englisch noch Deutsch sprachen, stellte sich wieder einmal heraus, dass Teenager auch ohne Worte jede Menge Spaß haben können. Sie haben jeden Tag nach dem Programm zusammen getanzt und eine gemeinsame Kommunikation hinbekommen.

Als wir die gemeinsame Arbeit nach Corona wieder aufnehmen wollten, brach der Krieg aus, doch dieser sollte uns nicht abhalten. Wir luden unsere Partnerschulen aus Ternopil und Zbąszyń im November 2022 nach Berlin ein, um gemeinsam zu Kultur und Diversität zu arbeiten. Durch eine Förderung des Auswärtigen Amtes war die Projektwoche für alle teilnehmenden Schüler*innen kostenlos. Die Schule übernahm als Eigenanteil die Kosten für einen Graffiti-Workshop, weitere Kosten kamen nicht dazu. Das ist wichtig, denn der Großteil unserer Schüler*innen ist armutsbetroffen, ohne solche Programme könnten sie an vielen Reisen nicht teilnehmen.

»Obwohl ich anfänglich Sprachbarrieren befürchtet hatte, da die ukrainischen Schüler*innen weder Englisch noch Deutsch sprachen, stellte sich wieder einmal heraus, dass Teenager auch ohne Worte jede Menge Spaß haben können.«

Bei Projekten in Deutschland plant die deutsche Schule das Programm. Sie beantragt den Zuschuss zu den Programmkosten für alle Teilnehmenden wie auch eine Förderung der Reisekosten der Gruppe aus dem Drittland. Die Beantragung ist unkompliziert und die Mitarbeitenden des DPJW sind eine große Hilfe.

Die ukrainischen Schüler*innen kamen mit dem Bus, da der zivile Flugverkehr eingestellt ist. Neu war, dass männliche Lehrkräfte nicht aus der Ukraine ausreisen durften. Die Busfahrer durften das schon und blieben mit dem Bus auch die Woche da. Mittlerweile gibt es einige Bildungsangebote der Museen auf Ukrainisch. Wenn es kein Angebot auf Ukrainisch gab, wählten die Schüler*innen dieses Mal Englisch, denn Russisch kam für viele nicht in Frage.

Es gibt viele ukrainische Schulen, die Partnerschulen suchen und das DPJW hilft bei der Vermittlung. Trilaterale Begegnungen stellen immer eine großartige Erfahrung für Schüler*innen dar. Neben thematischen Schwerpunkten in Geschichte, Kultur und Landeskunde fördern sie vor allem soziale und sprachliche Fähigkeiten sowie Vielfalt, Toleranz und Respekt. Wir können nur alle Lehrkräfte ermutigen: Traut euch, denn der Krieg ist kein Hindernis.

Janina Bähre, Lehrerin an einer Gemeinschaftsschule in Neukölln, Mitglied der bbz-Redaktion

dpjw.org
Das DPJW bietet neben Informationen zur Projektförderung auch einen trilateralen Sprachführer und diverse Materialien und Spiele zum Aufwärmen, Kennenlernen und zur Förderung sozialer Kompetenzen an.

triyou.dpjw.org
Das Online-Portal TRIYOU dient der Vernetzung und der gemeinsamen Projektplanung für trilaterale Jugendbegegnungen.

bredbeck.de/arbeitsfelder/likhtar
»LIKHTAR / Лихтар« ist ein Netzwerkprojekt für Fachkräfte des deutsch-polnisch-ukrainischen Jugendaustauschs, Online-Beratungen, Fachseminare und Workshops.

FOTO: HERMANN NEHLS

Ein Blick hinter die Kulissen der digitalen Pädagogik

Sylvia Werner und Swantje Frohriep sprechen mit uns über ihre Erfahrungen mit digitalen Tools im Kita-Alltag

Das Interview führte Antje Jessa

bbz: Sylvia, eure Einrichtung bezeichnet sich als »digitale Kita«. Wie kam es dazu und wie bist du mit den digitalen Tools in Kontakt gekommen?

Sylvia Werner: Die zunehmende Digitalisierung der Welt hat uns dazu bewogen, frühzeitig sicherzustellen, dass Kinder damit vertraut werden. Einige Kinder haben zu Hause keinen Zugang zu digitalen Geräten, andere nutzen sie zu oft oder zu unreflektiert. Wir möchten allen Kindern eine solide Grundlage für das Leben in der digitalen Gesellschaft schaffen. Dieses Bestreben begann bereits vor über 20 Jahren mit einem Computerkabinett. Im Jahr 2017 habe ich dann an einem Lab – einer interdisziplinären Denkwerkstatt – teilgenommen, das mein Arbeitgeber organisiert hat, um sich über neue digitale Möglichkeiten zu informieren und auszutauschen. Der Leitspruch unseres Geschäftsführers war damals: »Wenn kleine Kinder Smartphones freistreichen können und auch dürfen, müssen wir uns diesem Thema stellen«.

Du hast dich weiter damit beschäftigt und bist Multiplikatorin geworden?

Werner: Ja, genau. Nachdem ich bereits als Medienpädagogin tätig war, habe ich mich weitergebildet und bin nun auch für digitale Themen zuständig.

Wie sieht eure digitale Ausstattung aus?

Werner: Wir haben in unserer Kita verschiedene digitale Tools, die wir gezielt einsetzen. Zum Beispiel haben wir interaktive Sprachwände und Big Points, die die Kinder zum Sprechen, Singen und Interagieren anregen. Mit den Tiptoi-Stiften können sie interaktive Bücher erkunden, die ihnen spannende Themen näherbringen. Die Tablets bieten vielfältige digitale Lerninhalte, die wir je nach Bedarf und Interesse der Kinder auswählen. Die Leseeule Luka ist ein tolles Gerät, das die Kinder beim Geschichtenhören, -lesen oder -erzählen unterstützt. Und mit den digitalen Mikroskopen können die Kinder die Welt der Forschung und Experimente entdecken.

Swantje, wie ist es bei euch? Ihr seid noch relativ neu in dem Bereich, oder?

Swantje Frohriep: Ja, unsere Kita befindet sich aktuell noch in der Anfangsphase. Kürzlich haben wir an kids.digilab.berlin teilgenommen, einem Projekt zur frühkindlichen digitalen Bildung. Wir führen weiter, was wir dort angefangen haben, beispielsweise im Umgang mit iPads und Malrobotern. Neue iPads sind bestellt und die Kinder können sie nutzen, um eigene Geschichten zu gestalten und Fotos zu machen. Es ist erstaunlich, selbst die Zweijährigen wissen schon, wie man mit YouTube umgeht oder Lieder wechselt. Wir stellen uns dieser digitalen Welt. Wir setzen die Technologie bewusst und verantwortungsvoll ein. Wir haben zum Beispiel Robotermäuse, die die Kinder programmieren können. Das macht sehr viel Spaß. Ebenso nutzen wir Talker, das sind Sprachcomputer zur unterstützenden Kommunikation. Wir sind auch an einer Kita-App interessiert.

In letzter Zeit wird viel über Digitalisierung und neue medienpädagogische Ansätze gesprochen. Wie erlebt ihr diese Entwicklungen?

Frohriep: Medienpädagogik war bereits vor 20 Jahren ein Thema und ich war bei vielen Fortbildungen. Die Jüngeren haben jedoch noch ein ganz anderes Verständnis aufgrund ihres Aufwachsens mit Instagram und YouTube. Die Kluft zwischen den Generationen ist deutlich spürbar.

Werner: Es gibt jedoch auch junge Menschen ohne Interesse an digitalen Themen und ältere Menschen, die sehr versiert sind. Es hängt stark von den individuellen Interessen ab.

Welche digitalen Tools verwendet ihr im Kollegium für die Zusammenarbeit?

Frohriep: Wir nutzen bisher noch relativ wenige digitale Tools. Privat verwenden wir immer noch WhatsApp, allerdings für interne organisatorische Zwecke, nicht für kinderbezogene Inhalte. Dienstlich greifen wir auf ein Intranet zurück, auf dem wir Informationen für alle Bereiche bereitstellen können. Allerdings machen das bisher wenige Kolleg*innen. Die Kommunikation erfolgt größtenteils per E-Mail. Während der Corona-Zeit haben wir Zoom, Webex und Microsoft Teams für Meetings genutzt.

Werner: In unserem Team verwenden wir Microsoft 365 Office für die Kommunikation und Zusammenarbeit. Microsoft Teams nutzen wir für den Austausch, mit verschiedenen Kanälen für unterschiedliche Themen. Dort finden wir alles – von Handlungsabläufen im Kindergarten bis zu Studien- und Spätdienstaufgaben. Wir arbeiten immer noch daran, diesen Ablageort zu pflegen, zu sortieren und sicherzustellen, dass er von überall aus zugänglich ist.

Wie kommuniziert ihr mit den Eltern?

Werner: Wir nutzen KigaRoo, eine Eltern-App, mit der die Kinder an- und abgemeldet werden können. Außerdem schreiben wir einen monatlichen Newsletter, um die Eltern über den Kita-Alltag zu informieren. Manche Eltern bevorzugen die digitale Version der Aushänge, die wir vor den Gruppenräumen haben.

Frohriep: Während der Corona-Pandemie haben wir viel über Elternvertreter*innen und WhatsApp kommuniziert. Jetzt hängen wir auch wieder Aushänge aus und vieles ist wieder papierlastiger geworden. Es wäre schön, wenn wir mehr digitale Möglichkeiten nutzen könnten. Aber ich merke auch, dass wir durch den guten persönlichen Kontakt zu den Eltern oft direkte Gespräche führen und digitale Tools nicht mehr so nötig haben.

Wie sieht es mit dem Arbeitgeber aus? Welchen Nutzen hat er von der Digitalisierung?

Frohriep: Aktuell nutzen wir die Digitalisierung noch nicht intensiv. Allerdings bietet sie klare Vorteile, insbesondere in Bezug auf effiziente Kommunikationswege. Derzeit verwenden wir hauptsächlich mündliche Absprachen, obwohl der Arbeitgeber auch E-Mails schreibt. Für mich persönlich ist das Öffnen des Laptops morgens anstrengender als ein kurzer Gang ins Büro. Wenn wir jedoch alle Informationen auf dem Handy erhalten könnten, wäre das für alle Beteiligten praktischer. Sowohl Eltern als auch Mitarbeiter*innen könnten so stets auf dem Laufenden sein, selbst wenn sie zu Hause sind.

»Ich sehe die Digitalisierung als eine Chance, um schnelle Kommunikation zu ermöglichen, die Kinder in der heutigen Welt zu begleiten und einen Bezug zu praktischen Tätigkeiten herzustellen.«

Werner: Dann gibt es wieder Rückmeldungen von Eltern, dass sie überflutet werden von E-Mails. Der Arbeitgeber hat bei uns was davon, weil wir uns auf den Weg gemacht haben, die Arbeitszeit digital zu erfassen. Mit KigaRoo werden die Eltern erreicht und auch die Mitarbeiter*innen, weil sie alle hinterlegt sind. Das muss alles erstmal eingepflegt werden, aber dann geht es ganz gut. Wenn die Leitung die Fachkräfte mit anklickt, erhalten wir auch die Mails, die die Eltern informieren. Manchmal kommt es vor, dass sie es vergisst. Insgesamt könnte die Digitalisierung dazu beitragen, Personal zu gewinnen und die pädagogische Arbeit zu unterstützen. Vielleicht ist es sogar ein Anreiz für Fachkräfte, sich für die Kita zu engagieren, wenn sie ein Arbeitstablet erhalten.

Nutzt ihr digitale Tools für die Dokumentation?

Werner: In naher Zukunft ist geplant, digitale Instrumente zur Beobachtung und Dokumentation in der Kita einzuführen. Wir wollen mit Kitalino arbeiten und befinden uns derzeit in der Vorbereitungsphase. Ich habe es mir bereits angesehen, und es bietet vorgefertigte Formulare für die Beobachtung der Kinder. Sobald wir alle Tablets haben, wird die Beobachtung der Kinder damit viel effizienter.

Frohriep: Ich möchte noch einen Aspekt ansprechen, der uns die Arbeit erleichtern könnte: die Erstellung von Dienstplänen. Wir machen das selbstständig. Dafür wünsche ich mir eine digitale Lösung, die allen zugänglich ist. Das würde nicht nur der Kitaleitung die Übersicht erleichtern, sondern auch das Zeit- und Urlaubsmanagement verbessern. Wie macht ihr das bei euch, Sylvia?

Werner: Wir nutzen eine eigene Plattform und App für die Arbeitszeitverwaltung, die von unserem Träger entwickelt wurden. Dort kann ich meinen Dienst und den der anderen sehen, aber nicht die kurzfristigen Änderungen.

Frohriep: Ich denke, es wäre ideal, wenn wir auch kurzfristige Änderungen im Dienstplan eintragen könnten. Das würde helfen, dass flexibler auf Krankheitsausfälle oder andere unvorhergesehene Situationen reagiert wird.

Inwieweit berücksichtigt ihr die Datenschutzgesetze und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Auswahl und Anwendung der digitalen Instrumente?

Frohriep: Erstmal müssen die Tools kommen, dann wird der Betriebsrat eingebunden. Das wird auf jeden Fall passieren. Da ist unser Chef hinterher. Bei Fragen wird auch die Rechtsabteilung zu Rate gezogen.

Werner: Wir sind datenschutzrechtlich sehr gut aufgestellt und schauen in alle Richtungen. In unserer Rechtsabteilung arbeitet eine Rechtsanwältin, die Schulungen zum Thema Datenschutz für alle Fachkräfte anbietet. Die Eltern fragen ebenfalls nach und sind achtsam.

FOTO: IMAGO IMAGES/FUNKE FOTO SERVICES

»Wir möchten allen Kindern eine solide Grundlage für das Leben in der digitalen Gesellschaft schaffen.«

In der Arbeit mit den Kindern gibt es sicher viele Situationen, in denen digitale Medien eine Erleichterung sind. Könnt ihr uns ein paar Beispiele nennen?

Frohriep: Ich finde es toll, wie die Kinder ihre eigenen Musikwünsche mitbringen. Sie erzählen mir von zu Hause, welche Lieder sie gerne hören, aber oft wissen sie nicht mehr, wie die heißen. Dann suchen wir gemeinsam im Internet nach Schlagwörtern, die sie sich gemerkt haben. Wenn wir die Lieder gefunden haben, hören wir sie uns zusammen an und singen mit. Das macht den Kindern viel Spaß und fördert ihre Sprachentwicklung. Ein weiteres Beispiel ist, wenn die Kinder neugierig nachfragen, wie die Stimme eines Wals klingt. Das im Internet nachzuschlagen und abzuspielen ist einfach genial. Es ermöglicht uns, den Kindern zu zeigen, wofür solche Medien da sind. Im Anschluss malen wir dann gemeinsam das Tier. Diese Verknüpfung ist für uns der größte Nutzen.

Werner: Das stimmt, digitale Medien sind eine Bereicherung zu den bestehenden Angeboten und ersetzen sie nicht. Bei mir in der Krippengruppe nutze ich oft YouTube Kids, um Kinderlieder zu finden. Dort gibt es eine große Auswahl an Liedern. Zum Beispiel haben wir neulich ein Lied über die Farben gehört und dazu gebastelt. Die Kinder lernen so spielerisch neue Wörter und Melodien.

Fortbildungen und digitale Medien. Geht das bei euch Hand in Hand?

Frohriep: Ich finde Inhouse-Fortbildungen gut, damit alle Kolleg*innen auf dem neuesten Stand sind, zum Beispiel bei Kita-Apps. Bei anderen digitalen Themen würde ich sagen, dass nicht alle teilnehmen müssen, sondern die, die Freude und Lust an verschiedenen kinderbezogenen Tools haben.

Werner: Wir haben auch viele Inhouse-Fortbildungen. Das digitale Thema rutscht allerdings oft nach hinten. Ich habe als Multiplikatorin die Aufgabe, die pädagogischen Fachkräfte zu schulen. Doch oft fehlt die Zeit und die Wissensspanne ist sehr groß.

Wie steht ihr persönlich zur Digitalisierung in der Kita? Was erhofft ihr euch davon und was bereitet euch Sorgen?

Frohriep: Ich sehe die Digitalisierung als eine Chance, um kurze Wege und schnelle Kommunikation zu ermöglichen, die Kinder in der heutigen Welt zu begleiten und immer wieder einen Bezug zu praktischen Tätigkeiten herzustellen. Ich habe keine großen Bedenken, solange wir die digitalen Medien sinnvoll und verantwortungsvoll einsetzen.

Werner: Ich mache mir Sorgen, dass einige Fachkräfte digital überfordert sind. Wir haben viele Bereiche, die digital funktionieren sollen. Eine Arbeitserleichterung kommt allerdings erst, wenn jemand zusätzlich da ist, der oder die die Kolleg*innen im Alltag begleitet, unterstützt und ihnen die digitalen Zugänge erleichtert. Hier fehlt eine neue Berufsgruppe. Für die Kinder finde ich die Digitalisierung eine Bereicherung, wenn sie vielfältig und kreativ genutzt wird. Ich beobachte immer noch, dass vieles nicht genutzt wird, weil die Fachkräfte sich nicht mal nebenbei die Tools beibringen können. Es fehlt die Zeit und jemand, der es ihnen zeigt und erklärt.

Frohriep: Wir profitieren noch von den Sprachfachkräften, die den Kindern viele digitale Angebote ermöglichen, wie zum Beispiel das Bilderbuchkino oder das Digi-Lab. Aber wenn sie wegfallen und der Personalschlüssel weiter knapp ist, dann wird es schwierig. ■

Antje Jessa, Grundschullehrerin und Redakteurin der bbz

FOTO: IMAGO IMAGES/LARSX HEIDRICH

SCHULKLASSENVORSTELLUNGEN SIND MÖGLICH.

Unterrichtsmaterial wird kostenlos auf www.gew-berlin.de zur Verfügung gestellt.

Nur mit Entlastung zu leisten

Lernprozessbegleitende Gespräche sind pädagogisch sinnvoll, können als verpflichtende Maßnahme aber nicht »on top« erwartet werden

von Nuri Kiefer

Seit diesem Schuljahr müssen an allen Grundschulen zweimal im Schuljahr »lernprozessbegleitende Gespräche« mit allen Kindern und Erziehungsberechtigten geführt werden. Dabei handelt es sich keineswegs um etwas Neues. An vielen reformpädagogischen Grundschulen und vor allem an den Grundstufen vieler Gemeinschaftsschulen finden diese zum Teil schon seit mehr als zehn Jahren erfolgreich und mit hoher Akzeptanz bei den Pädagog*innen und Eltern statt. An weiteren Schulen und Schularten wurden sie dann im Rahmen des Aufholprogramms »Stark trotz Corona« erprobt, gestützt auf wissenschaftliche Studien, dass Feedback eines der effektivsten Instrumente ist, um individuelle Lernergebnisse zu verbessern. Feedbackgespräche fördern die Lernentwicklung und tragen somit zur Stärkung der Kompetenzen und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei.

Nicht ohne angemessenen Zeitausgleich

Als GEW BERLIN und Vereinigung der Berliner Schulleiter*innen (VBS) in der GEW BERLIN, unterstützen wir ausdrücklich dieses wirkungsvolle und zukunftsweisende pädagogische Instrument. Aber keineswegs darf die Umsetzung zu erheblicher individueller Mehrarbeit an den Grundschulen führen. Eine schriftliche Anfrage der VBS ergab, dass man in der Grundsatzabteilung der Ansicht ist, dass es für die Vor- und Nachbereitung sowie die Durchführung der Gespräche keiner Entlastung der Lehrkräfte an anderer Stelle bedarf und verweist lapidar auf den Paragraphen 47 des Schulgesetzes, der das allgemeine Informationsrecht aller Beteiligten beschreibt.

»Wir widersprechen dem Eindruck, dass Grundschullehrkräfte im Rahmen ihrer bezahlten Arbeitszeit noch ungenutzte, freie Kapazitäten hätten.«

Dem haben wir als Vorstand des VBS widersprochen. Die neuen Pflichten der Klassenlehrkräfte gemäß Paragraph 3 der Grundschulverordnung sind nach unserer Auffassung wesentlich umfangreicher als die allgemeinen Pflichten der Lehrkräfte gemäß Paragraph 47 des Schulgesetzes. Es entsteht hier der Eindruck, dass Grundschullehrkräfte im Rahmen ihrer bezahlten Arbeitszeit noch ungenutzte, freie Kapazitäten hätten. Dem sollten gerade auch wir Schulleitungen an Grundschulen widersprechen und für eine angemessene Kompensation des zusätzlichen Arbeitsaufwandes sorgen.

FOTO: ADOBE STOCK/DRAGANA GORDIC

Es gibt bereits erprobte Modelle

An den Grundstufen der Gemeinschaftsschulen, die diese Gespräche teils schon seit vielen Jahren durchführen, hat sich bewährt, dass an ein bis zwei sogenannten »Bilanztagen« der reguläre Unterricht in Präsenz abgesagt und als Lernaufgabe zur selbstständigen Bearbeitung nach Hause verlagert wird. Es liegt nach Aussage des Leiters der Grundsatzabteilung in der Senatsbildungsverwaltung, rein in

der organisatorischen Gesamtverantwortung der Schulleitung gemäß Paragraph 7 Schulgesetz, wie sie die Gespräche organisiert. Dies gilt beispielsweise genauso für Wandertage, Bundesjugendspiele oder Prüfungen. Das sind alles Fälle, in denen regulärer Unterricht »umgewandelt« wird oder ausfällt.

Dennoch wurde in manchen Regionen von einzelnen für Grundschule zuständigen Schulaufsichten die Behauptung aufgestellt, dass es seitens der Referentin für die Grundsatzfragen der Grundschulen in der Zentrale, untersagt sei, Unterricht für die Umsetzung der Lernstandsgespräche ausfallen zu lassen.

Dies stellt jedoch eine eklatante Missachtung des Paragraphen 7 des Schulgesetzes dar. Die Gesamtkonferenzen sollten daher über Beschlüsse eine Kompensationsregelung abstimmen. Wichtig ist auch, die Elternschaft im Vorfeld ausreichend zu beteiligen und gegebenenfalls in einem Schulkonferenzbeschluss einen grundsätzlichen Modus für die jeweilige Schule festzulegen.

»Feedbackgespräche fördern die Lernentwicklung und tragen somit zur Stärkung der Kompetenzen und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei.«

Die Senatsbildungsverwaltung hat zum Thema auch eine Handreichung mit Beispielen zur ressourcenschonenden Umsetzung angekündigt. Sollte sich darin die Aufforderung an die Schulleitungen finden, die lernprozessbegleitenden Gespräche ohne Kompensation für die Pädagog*innen zu organisieren, muss und wird die GEW erneut ein deutliches Signal im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes senden.

*Nuri Kiefer, Rektor einer Grundschule und Co-Vorsitzender der Vereinigung der Berliner Schulleiter*innen in der GEW BERLIN*

Auch Feedback ist Arbeit

Der Personalrat Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für einen Ausgleich ein

von Nele Althoff

Das Thema »lernprozessbegleitende Gespräche«, zu denen die neue Grundschulverordnung verpflichtet, wurde von Kolleg*innen und Schulleitungen an uns als Personalrat herangetragen. Auch auf der Personalversammlung schilderten zahlreiche Kolleg*innen ihre Überlastung durch diese neuen Bestimmungen. Diese Gespräche müssen nicht nur geführt, sondern auch vor- und nachbereitet werden, Absprachen mit den Kolleg*innen müssen getroffen, Termine müssen organisiert werden. Das sind weitere zusätzliche Belastungen. Für Teilzeitbeschäftigte ist es nicht möglich, die Gespräche auf mehrere Nachmittage der Woche zu verteilen und gleichzeitig ihrer Care-Arbeit nachzukommen. Nicht zu vergessen: Auch die Mindestanzahl der Klassenarbeiten wurde erhöht.

Einige Schulen in unserer Region wollten die Gespräche so organisieren, dass Unterricht ausfällt, von der Schulaufsicht wurde dieses Vorhaben jedoch nicht genehmigt. Bei den Feedbackgesprächen während der Corona-Epidemie hatte der Personalrat in einer Einigungsverhandlung erreicht, dass für diese Gespräche auch Unterricht ausfallen durfte.

Wir stellten jetzt erneut einen Initiativantrag mit der Forderung, an allen Grundschulen in Charlottenburg-Wilmersdorf zwei unterrichtsfreie Tage pro Halbjahr einzurichten, an denen die lernprozessbegleitenden Gespräche durchgeführt werden. Ein Punkt, der uns wichtig ist: Keine Mehrbelastung für die Erzieher*innen! Es ist sinnvoll, dass Erzieher*innen an den Gesprächen teilnehmen, deshalb soll an den Gesprächstagen nur eine Notbetreuung angeboten werden.

Die Antwort der Behörde: Es werde keine bezirksweite Regelung dazu geben und es dürfe kein Unterricht ausfallen. Gleichzeitig wurden – ziemlich schwammig – Möglichkeiten für »kreative Lösungen« eingeräumt. So könnten zum Beispiel Projekttage stattfinden, in der Zeit könnten die Lehrkräfte die Feedbackgespräche führen. Wir fragen uns: Wer soll Projekttage organisieren und gleichzeitig lernprozessbegleitende Gespräche führen? Bei uns kam der Eindruck auf: »Macht irgendwas an den Schulen, aber nennt es um Gottes Willen nicht Unterrichtsausfall«.

Wir müssen gar nicht inhaltlich vom Sinn dieser Gespräche überzeugt werden. Wir wissen, dass sie eine sinnvolle pädagogische Maßnahme sein können, wenn sie aus dem Kollegium heraus eingerichtet werden. Allerdings kann das nicht durch eine Verordnung als weitere Pflichtaufgabe übergestülpt werden. Die Belastungen der Kolleg*innen, die mit der schlechter werdenden Personalausstattung der Schulen noch zugenommen haben, werden ein weiteres Mal gesteigert, die Behörde hat bis heute kein Angebot gemacht, was an anderer Stelle dafür wegfallen kann.

Unser Initiativantrag wurde von der regionalen Schulaufsicht abgelehnt. Eine Einigung darüber, dass die Schulen eigenverantwortlich über Unterrichtsausfall mit Notbetreuung entscheiden können, wäre mit uns möglich gewesen. Es mag auch Schulen geben, für die eine andere Lösung passt. Aber offenbar ist ganz wichtig, dass der schöne Schein gewahrt wird und auf keinen Fall Unterricht ausfällt.

Jetzt wird unser Initiativantrag auf Betreiben des Hauptpersonalrates vor der Einigungsstelle verhandelt werden – wir werden sehen.

Nele Althoff, PR-Vorsitzende Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Nahostkonflikt in der Schule

Wie eine pädagogische Auseinandersetzung mit israelbezogenem Antisemitismus gelingen kann

von Rosa Fava

Seit dem Überfall der Hamas am 7. Oktober letzten Jahres und dem Krieg zwischen Hamas und Israel sind auch fachfremde Lehrer*innen und andere pädagogische Fachkräfte verstärkt dazu aufgefordert, Austauschmöglichkeiten zur aktuellen Situation zu schaffen und dabei Orientierung zu geben. Auch fachdidaktisch versierte Lehrkräfte kommen angesichts der emotionalen und allgemein- und identitätspolitischen Aufladung dabei an ihre Grenzen. Wie in anderen konflikthaften Situationen sind vor allem allgemeine pädagogische Kompetenzen wie Kommunikation und Beziehungsarbeit gefragt. Dennoch ist es je nach Lerngruppe sinnvoll, näher auf die politischen und historischen Hintergründe einzugehen, um der Verbreitung von Fake News, falschen und Verschwörungsnarrativen sowie darauf basierenden Ressentiments Grenzen zu setzen.

»Was in der Gesellschaft kontrovers ist, gehört kontrovers in den Unterricht.«

Leitlinien des Senats und Beutelsbacher Konsens

Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung hat zum Ende der Herbstferien ein Papier mit sehr vielen Hinweisen für Materialien und externe Beratungsstellen für eine Auseinandersetzung mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zusammengestellt. Dessen zentrale Setzungen eigenen sich gut als gemeinsame Grundlage: Bei dem Angriff der Hamas handelt es sich um Terror und nicht um eine Befreiungs- oder Verteidigungsaktion, Israel ist legitimiert, sich zu verteidigen, und muss dabei das Völkerrecht einhalten.

Im Rahmen des internationalen Rechts, das wie alle demokratischen Rechtsgrundlagen die Meinungs- und Redefreiheit begrenzen kann, herrschen wie immer in der (politischen) Bildung die Prinzipien des Beutelsbacher Konsens: Was in der Gesellschaft kontrovers ist, gehört kontrovers in den Unterricht (Kontroversitätsgebot), Jugendliche dürfen nicht zu einer Position gedrängt werden (Überwältigungsverbot, oft als angebliches Neutralitätsgebot missverstanden) sowie die Adressat*innenorientierung in dem Sinne, dass die Lernenden ihre eigenen Anliegen wiederfinden und Impulse für eine emanzipative Entwicklung erfahren sollen.

Wie überall gibt es dabei Grenzen des Kontroversen: Niemand wird (noch) eine pro-contra-Debatte dazu veranstalten, ob Konzentrationslager nicht eine sinnvolle Einrichtung waren, und hoffentlich wird auch niemand im Unterricht eine Talkshow zur Frage simulieren, ob die russische Invasion der Ukraine berechtigt ist.

FOTO: IMAGO IMAGES/FUNKE FOTO SERVICES

Verzerrende Narrative zum Nahostkonflikt

Auch rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Äußerungen beschränken, was kontrovers verhandel- und diskutierbar ist. Dabei können verzerrende Sachaussagen rassistisch, antisemitisch et cetera wirksam werden. Pädagog*innen müssen daher angesichts der vielen falschen Narrative zum Nahostkonflikt und den vielfachen antisemitischen Implikationen in der allgegenwärtigen Kritik Israels Grenzen setzen können. Ebenso gibt es rassistische Deutungen und Umgangsweisen, wenn Palästinenser*innen das Recht auf nationale Identität abgesprochen, jedes palästinensische Symbol als islamistisches oder israelfeindliches gedeutet und jedes Leid und Unrecht in den palästinensischen Gebieten als selbstverschuldet interpretiert, sowie jegliche israelische Aggression ignoriert wird. Damit einher geht der ohnehin virulente antimuslimische Rassismus, der etwa auf Kundgebungen Personen und Artikulationen gar nicht mehr unterscheidet, sondern nur »den Islam/Islamismus« am Werk sieht. Vorherrschend ist aber eine einseitige Schuldzuweisung an Israel als eine Art kultureller Code.

Orientierungshilfe bei der Auswahl von Lernmaterialien und Medien

Medien- und Schulbuchanalysen zeigen, dass Lernmaterialien oder als solche einsetzbare mediale Beiträge oft verzerrendes vermeintliches Grundwissen über Israel und den Konflikt und die Kriege mit seinen vielen politischen Feinden teilweise auch subtil weitertragen. Die folgenden Leitfragen basieren in Teilen auf den Empfehlungen der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission und helfen, verbreiteten Fehldeutungen entgegenzuwirken:

Werden falsche Grundannahmen irritiert? Dazu gehört die Vorstellung eines (»ewigen«) quasi naturgemäßen Religions- und Kulturkrieges zwischen »Juden« und »Arabern« beziehungsweise »Muslimen«. Oder der Mythos, es habe einen Nationalstaat Palästina gegeben, auf dessen Territorium Israel errichtet worden sei (»Landraub«). Oft wird zudem die Besatzung des Westjordanlands und Blockade Gazas als Ursache aller Probleme verstanden, ohne die grundsätzliche Bedrohung Israels in den Blick zu nehmen.

Wird ein Konfliktverständnis korrigiert, das von einer alleinigen Aggression Israels oder des Zionismus gegen eine palästinensische Bevölkerung ausgeht, die nur als Opfer und ohne politische Strukturen dargestellt wird? Je nach Zeitraum müssen die beteiligten arabischen Staaten, palästinensischen Organisationen und andere politische Akteur*innen benannt werden.

Werden historische Entwicklungen und Veränderungen bei den unterschiedlichen Akteur*innen thematisiert? Die heute im Vordergrund stehende religiöse Begründung für den Anspruch auf Land seitens islamistischer Organisationen oder seitens religiöser israelischer Siedler*innen spielte lange Zeit nur eine nebengeordnete Rolle. Für das linke Spektrum wiederum waren lange der Kalte Krieg und nationale Befreiungsbewegungen zentral.

Wird die Wunschvorstellung hinterfragt, einfache Lösungen finden zu können? Wichtig ist zu verstehen, warum ein Ausgleich der Interessen immer wieder misslungen ist.

Werden verschiedene Akteur*innen mit ihren je unterschiedlichen Positionen sowohl in Israel als auch bei den palästinensischen Organisationen beziehungsweise den arabischen Ländern sichtbar?

Gibt es Anregungen dafür, Empathie mit den Menschen vor Ort in ihrer Vielfalt zu entwickeln?

Unterstützung geben in Berlin verschiedene Bildungsträger und andere Initiativen, die sowohl israelische als auch palästinensische Perspektiven auf den Konflikt und die große Rolle von Emotionen und Identifikationen in den Blick nehmen. Dazu gehören insbesondere die BildungsBausteine e.V., ibim e.V., die Israel-Palästina-Bildungsvideos, die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. und der Comic »Mehr als 2 Seiten«. Ergänzend seien die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main und die ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin genannt, letztere richtet ihre Angebote an Fachkräfte der Offenen und der mobilen Jugendsozialarbeit.

Islamistischen Antisemitismus adressieren

Die Massaker der Hamas sollten Anlass werden, ihre national-islamistische Ideologie und dementsprechende Praxis in den Vordergrund zu stellen. Anstatt den 7. Oktober lediglich als erneuten Kriegsbeginn in einem Dauerkonflikt zu sehen, müssen Hamas, Islamischer Dschihad, der Iran und andere Gegenstand der Kritik werden. Die Hamas kann den Krieg jederzeit beenden und begeht laufend Kriegsverbrechen an den Palästinenser*innen in Gaza. Anstatt die Feinde Israels in die Verantwortung zu nehmen und Israels Kriegsführung gegen terroristische Akteur*innen sachkundig auf mögliche Kriegsverbrechen hin zu untersuchen, wird international versucht, diese als Genozid zu delegitimieren. Nicht formelhaft »wegen unserer historischen Verantwortung«, sondern aus Verantwortung gegenüber der Wahrheit und den Israelis und den Palästinenser*innen sollten Pädagog*innen sich bemühen, den Konflikt zu verstehen und antisemitischen Deutungen entgegenzutreten.

»Medien- und Schulbuchanalysen zeigen, dass Lernmaterialien oft verzerrendes vermeintliches Grundwissen über Israel und den Nahost-Konflikt subtil weitertragen.«

Rosa Fava,
freiberufliche Dozentin
und Teamerin

Umgang mit rechten und rassistischen Anfeindungen auf Klassenfahrten

Eine gute Vorbereitung und klare Absprachen erhöhen den Schutz aller Teilnehmenden

von Klaudia Kachelrieß, Anna Schmidt, Bianca Klose, Felix Müller und Olenka Bordo Benavides

Eigentlich sollten Klassenfahrten, Schulausflüge oder schulische Ferienfahrten sowohl für Schüler*innen als auch für die begleitenden Pädagog*innen positive Höhepunkte im Schuljahr darstellen, an die sich alle gern erinnern. Das ist aber leider nicht immer der Fall. Viele junge Menschen of Color machen schon früh Erfahrungen mit Rassismus in verschiedenen Kontexten, auch in der Schule. Rechtsextreme, rassistische, LGBTIQ*-feindliche, antisemitische, menschenverachtende und antidemokratische Einstellungen sind in der gesamten Gesellschaft vorhanden.

Schulisch organisierte Fahrten können Schüler*innen und Pädagog*innen vor besondere Herausforderungen und Gefahren stellen. Sie begeben sich gemeinsam an neue, weniger vertraute und eventuell weniger geschützte Orte. Deswegen ist es notwendig, sich bereits im Vorfeld Gedanken zu machen.

Für Pädagog*innen ist es wichtig, sich mögliche Diskriminierungserfahrungen der Schüler*innen zu vergegenwärtigen. Über Diskriminierungserfahrungen selbst zu sprechen, ist für Betroffene nicht so einfach. Dennoch sollte im Schulkontext versucht werden, möglichst geschützte Räume für die Perspektiven und Erfahrungen der Schüler*innen zu schaffen. Hier kann beispielsweise besprochen werden, welche Situationen als bedrohlich wahrgenommen werden und welche Unterstützung als hilfreich und notwendig erachtet wird. Ein Austausch über Diskriminierung im Klassenverband kann im Idealfall die Betroffenen stärken und auch das Problembewusstsein bei denen fördern, die vielleicht selbst keine oder kaum Diskriminierung erleben.

Perspektiven der Schüler*innen wahrnehmen

Mit dem Wissen um die Diskriminierungserfahrungen von vielen jungen Menschen sollte der Zielort der Klassenfahrt mit Bedacht ausgewählt werden. Auch wenn es natürlich grundsätzlich wichtig ist, dass wir uns durch die Präsenz von rechten, rassistischen, antidemokratischen Einstellungen nicht die Räume nehmen lassen sollten, hat der Schutzaspekt Vorrang.

Bei der Wahl der Unterkunft können ein paar Aspekte berücksichtigt werden. Es kann zum Beispiel gefragt werden, ob die Unterkunft Erfahrungen mit divers zusammengesetzten Jugendgruppen hat, und es können Wünsche in Bezug auf einen diskriminierungssensiblen Umgang mit den Schüler*innen während des Aufenthalts formuliert werden.

»Es sollte bedacht werden, dass Schüler*innen of Color eventuell auch schon Diskriminierung oder Gewalt vonseiten der Polizei erlebt haben, was zu erhöhter Angst führen kann.«

Auch die Lage ist nicht unwesentlich. Liegt die Unterkunft im Ortszentrum, in einer belebten Gegend, oder befindet sie sich außerhalb? Welche Anbindung an den ÖPNV gibt es, und was befindet sich in der unmittelbaren Umgebung der Unterkunft? Bei der An- und Abreise oder bei Ausflügen in die Umgebung können beispielsweise Fußballspiele und Heimatfeste ein Risiko darstellen.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Aufsicht und Sicherheit bei der Fahrtenleitung und den begleitenden pädagogischen Fachkräften. Dazu gehört es, klare Absprachen, beispielsweise zu verlässlichen Kommunikationswegen zwischen Schüler*innen und Lehrkräften, zu treffen sowie zum Vorgehen in Situationen, in denen Schüler*innen zeitweise ohne pädagogische Begleitung unterwegs sind.

Absprachen für den Notfall treffen

Um im Notfall handlungssicher agieren zu können, ist es für Pädagog*innen entscheidend, die Abläufe und Zuständigkeiten zu kennen. Die Notfallpläne für Berliner Schulen enthalten Leitfäden zu einer Vielzahl unterschiedlicher Gewaltsituationen, die in der Schule und ihrer Umgebung vorkommen können. Für die akute Krisenbewältigung ist natürlich die Lehrkraft oder sozialpädagogische Fachkraft vor Ort zuständig und für weitergehende Schritte je nach Situation in der Regel die Schulleitung. Für jede Schule beziehungsweise in jedem Bezirk gibt es bei der Schulpsychologie ein Notfall- und Krisenteam mit einer Notfallnummer, die immer zu erreichen ist. Diese Nummer sollte die Fahrtenleitung am besten vor der Fahrt in Erfahrung bringen und mitführen.

Pädagog*innen können in Auseinandersetzungen auf ihre Erfahrungen und ihr Wissen über den Umgang mit Konflikten, Mobbing und Gewalt zurückgreifen. Allerdings sind beim Umgang mit rechtsextremen, rassistischen, LGBTIQ*-feindlichen und antisemitischen Bedrohungen und Gewalttaten ein paar Besonderheiten zu beachten. Solche Vorfälle müssen immer im gesellschaftlichen Kontext gesehen werden. Einerseits sind die Taten immer auch Botschaftstaten: Menschen soll ver-

mittelt werden, dass sie nicht Teil der Gesellschaft, nicht gleichwertig seien und dass sie sich in gewissen Räumen nicht gefahrlos bewegen können. Anderseits wird an Merkmale angeknüpft, die einen wesentlichen Teil der Persönlichkeit betreffen, der schwer oder gar nicht veränderbar ist. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu vielen anderen Formen von Angriffen, Beleidigungen und Mobbing.

Bei Grenzüberschreitungen sofort intervenieren

Kommt es auf der Klassenfahrt zu Anfeindungen, bedrohlichen Situationen oder gar einem Angriff durch externe Personen, ist je nach Schweregrad zu verfahren. Auftretende Störungen haben immer Vorrang vor der Weiterführung des vorgesehenen regulären Programmablaufs und müssen bearbeitet werden. Pädagogische Fachkräfte müssen ihre Schüler*innen schützen und haben eine wichtige Vorbildfunktion. Bei Anfeindungen und Beleidigungen ist grundsätzlich deutlich zu machen, dass sie eine Grenzüberschreitung darstellen und nicht geduldet werden. Für die Intervention ist ein selbstsicheres, bestimmtes und ruhiges Auftreten hilfreich. Gut sind kurze und eindeutige Aussagen oder Aufforderungen. Dazu gehört auch, einen Umgang mit der eigenen Nervosität, Überforderung oder auch Angst zu finden.

Die Aufmerksamkeit sollte sich nach der ersten Intervention auf die direkt betroffenen Schüler*innen richten. Es ist wichtig, parteiisch an ihrer Seite zu stehen und proaktiv Unterstützung anzubieten sowie einen Raum für die Wahrnehmungen, Einschätzungen und Bedürfnisse der Schüler*innen zu schaffen.

Im Anschluss sollte eine schnelle Information aller Anwesenden sowie der Schulleitung und der Erziehungsberechtigten über die Sachlage sichergestellt werden. Hierbei sollte das Notfall- und Krisenteam der Schulpsychologie als wichtige Stütze genutzt werden, damit die Kommunikation bestmöglich verläuft.

In bestimmten Situationen ist es sinnvoll, die Polizei hinzuzuziehen, um Hilfe zu bekommen oder eine Anzeige zu erstatten. Die Polizei ist verpflichtet, eine Anzeige aufzunehmen und die entsprechende Vorgangsnummer mitzuteilen. Niemand ist verpflichtet, vor der Polizei eine Aussage zu machen. Eine Aussage kann auch zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. In jedem Fall sollte ein Gedächtnisprotokoll zeitnah nach dem Vorfall angefertigt werden. Der Polizei muss nicht die Privatanschrift der Involvierten, sondern lediglich eine ladungsfähige Anschrift mitgeteilt werden. Dies kann auch die der Schule sein. Gerade nach einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremen ist es ratsam, auf den Schutz privater Daten zu achten. Es sollte auch bedacht werden, dass Schüler*innen of Color eventuell auch schon Diskriminierung beziehungsweise Gewalt vonseiten der Polizei erlebt haben, was möglicherweise zu erhöhter Angst bis hin zu Panik führen kann. Daher sind ein sicherheitsgebender Zuspruch und eine Begleitung für diese Schüler*innen besonders wichtig.

»Pädagogische Fachkräfte müssen ihre Schüler*innen schützen und haben eine wichtige Vorbildfunktion.«

Sollte es auf der Klassenfahrt zu einem Vorfall gekommen sein, ist eine gemeinsame Nachbereitung ebenso wichtig, wie es die gute Vorbereitung gewesen ist. Für die Betroffenen sollte eine notfallpsychologische Versorgung über die Schulpsychologie erfolgen. Auch eine längerfristige Begleitung kann erwogen werden. Gemeinsam mit den Schulpsycholog*innen könnte eine Nachbesprechung im Klassenverband und mit den Erziehungsberechtigten stattfinden. Zusätzlich können auch Opferberatungsstellen, wie ReachOut und andere, die sich insbesondere mit rassistischen Anfeindungen beziehungsweise rechter und antisemitischer Gewalt auskennen, hinzugezogen werden.

Dieser Text ist die leicht veränderte und deutlich gekürzte Variante eines Infoblattes der GEW BERLIN und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Die komplette Version kann hier heruntergeladen werden.

Klaudia Kachelrieß, Referentin im Vorstandsbereich Schule (GEW BERLIN) sowie Anna Schmidt, Bianca Klose, Felix Müller (MBR), Olenka Bordo Benavides (RAA BERLIN)

FOTO: ADOBE STOCK/LOTHARNAHLER

Sichere Orte für Geflüchtete schaffen

Wie der Healing-Classrooms-Ansatz zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung beitragen kann, erklärt Sophie Mrozynski vom International Rescue Committee

Das Interview führte Jessika Tsubakita

bbz: Ihr arbeitet mit dem Konzept der »Healing Classrooms«. Was ist das?

Sophie Mrozynski: Dieser pädagogische Ansatz richtet den Fokus auf die Schaffung sicherer Lernumgebungen, in denen junge Menschen mit Fluchterfahrung die nötigen sozialen, emotionalen, sprachlichen und fachlichen Kompetenzen erwerben, um einen deutschen Schul- oder Berufsabschluss zu erlangen, ihr Potenzial zu entfalten und eigenverantwortlich an der Gesellschaft teilzuhaben. Das Konzept findet bereits seit mehreren Jahrzehnten im internationalen Kontext Anwendung, wo pädagogische Fachkräfte durch sichere Lernorte einen Gegenpol zu den durch die von Krisen und Konflikten ausgelösten Bedrohungen und Verlusten schaffen. Begleitende Wirkungsforschung im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts in Niger und Libanon zwischen den Jahren 2016 und 2018 hat gezeigt, dass Resilienzförderung und psychosoziale Unterstützung nicht nur die Selbstregulierung und eine positive Einstellung zur Schule und zum Lernen insgesamt fördern, sie gehen auch mit besseren Mathe- und Lesekompetenzen einher.

*Welche Probleme benennen Pädagog*innen, die zu Fortbildungen zu euch kommen?*

Mrozynski: Wir stellen in unseren Workshops häufig die Frage, »Was machen die Belastungen meiner Schüler*innen mit mir als pädagogische Fachkraft?« Häufig werden daraufhin Begriffe wie Hilflosigkeit, Ratlosigkeit, aber auch Frustration genannt. Viele Teilnehmende kommunizieren, dass sie zu wenig Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen erfahren und sich damit allein gelassen fühlen. Den Schulen und den pädagogischen Fachkräften wird eine enorme Verantwortung aufgeladen, auf der anderen Seite gibt es jedoch nicht ausreichend zugängliche Beratungsangebote. Auch die Konzeptlosigkeit, beispielsweise beim Übergang von der Willkommens- in die Regelklasse ist regelmäßig ein Thema. Dafür gibt es häufig nur Zielvorgaben und unverbindliche Handlungsempfehlungen, die Art und Weise der Umsetzung bleibt den Fachkräften selbst überlassen.

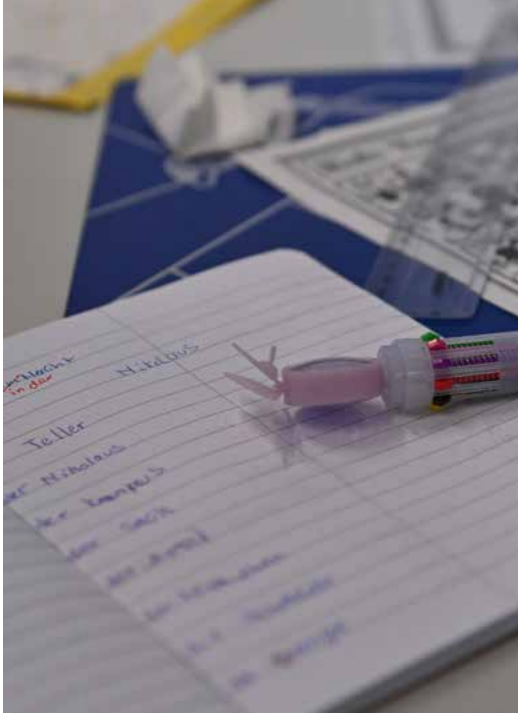
FOTO: IMAGO IMAGES/SVEN SIMON

Woran könnt ihr dann ansetzen?

Mrozynski: Unser Ziel ist es, im Austausch mit den Fachkräften ihren Blick in eine andere Richtung zu lenken und so einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Bewältigungsmöglichkeiten zu eröffnen: Wir blicken auf das, was bereits da ist, also das, was sie bereits alles unternehmen, um ihre Schüler*innen zu unterstützen. Auf diese Art kommt eine große und bunte Palette an Tools zusammen, die bereits in der täglichen pädagogischen Arbeit angewendet werden. Gemeinsam systematisieren wir diese und betten sie in das Healing-Classrooms-Konzept ein, das hier wie ein Rahmengerüst fungiert. Durch den Austausch mit den IRC-Referent*innen und Kolleg*innen, bekommen die Fachkräfte neue Impulse und erkennen, an welchen Stellschrauben sie nachjustieren können. Vor allem jedoch fühlen sie sich ermutigt und bestärkt, denn es wird deutlich, dass sie, trotz der fehlenden zeitlichen, räumlichen und personellen Ressourcen, bereits vieles sehr engagiert und richtig angehen.

*Was rätst du Schulen, die eine gute Lebens- und Lernumgebung für geflüchtete und andere neu zugewanderte Schüler*innen schaffen wollen?*

Mrozynski: Den Healing-Classrooms-Ansatz zu etablieren, ist eine Aufgabe für



»Auf lange Sicht wird die Vermittlung von Inhalten von der Förderung von Wohlbefinden, Stärken und sozial-emotionalen Kompetenzen profitieren.«

die gesamte Schulgemeinschaft, nicht nur für einzelne pädagogische Fachkräfte. Es handelt sich bei dem Konzept nicht um einen Ratgeber, der in schwierigen Situationen herangezogen werden kann. Vielmehr sind die Elemente, die wir in den Blick nehmen, die Basis dafür, dass inhaltliches Lernen überhaupt stattfinden kann. Die Voraussetzung für Bildungsteilhabe ist die psychosoziale Gesundheit der Lernenden.

Deshalb ist ein möglichst großes Netz an Verbündeten in der Schulgemeinschaft essenziell. Es muss ein Konsens darüber bestehen, dass der Blick stärker auf die Förderung von Wohlbefinden, Stärken und sozial-emotionalen Kompetenzen gerichtet werden muss und auf lange Sicht die Vermittlung von Inhalten davon profitieren wird. Uns ist bewusst, dass die Arbeit an einer Schule immer mit zeitlichen Zwängen verbunden ist. Deshalb muss hier generell die Bereitschaft entstehen, sich konstruktiv damit auseinanderzusetzen. Auch mit der Realität, dass neu zugewanderte Kinder und Jugendliche nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft zu uns kommen werden und ein Recht auf Bildung haben. Schulen und die dort arbeitenden pädagogischen Fachkräfte müssen grundsätzlich darauf vorbereitet sein, von Anfang an Orientierung zu geben und das Gefühl von Sicherheit und Zugehörigkeit zu stärken.

Welche Vorgaben und Hilfen sollten vonseiten der Politik und Verwaltung auf den Weg gebracht werden?

Mrozynski: Grundsätzlich bedarf die anspruchsvolle Arbeit von pädagogischen Fachkräften einer viel größeren Anerkennung und Wertschätzung. Dazu gehört auch, dass ihnen weitaus mehr Unterstützungs- und Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise durch regelmäßige Supervisionen an Schulen oder Weiterbildungsangebote, die keine zusätzliche Belastung darstellen. Das Wohlbefinden der Fachkräfte muss generell stärker in den Fokus rücken und durch Präventionsmaßnahmen gezielt gefördert werden.

Die Schulen benötigen außerdem praktikable Konzepte, die von Expert*innengremien ausgearbeitet werden, beispielsweise zum Übergang von Willkommens- in die Regelklassen. Nur Empfehlungen und Zielvorgaben sind hier nicht ausreichend. Des Weiteren muss die materielle Ausstattung der Schulen ausgeweitet werden. So brauchen neu zugewanderte Schüler*innen Tablets, um mithilfe von Apps Sprachbarrieren zu überwinden.

Zudem muss an Schulen generell mehr für die Themen Flucht und Migration sensibilisiert werden. Wir müssen nachvollziehen, was es bedeutet, sich als junger Mensch mit Fluchtgeschichte an eine neue Lebensumgebung anzupassen und welche Ressourcen benötigt werden, um diese Herausforderung zu bewältigen. Gleichzeitig muss allen pädagogischen Fachkräften bewusst sein, wo die Grenzen ihres eigenen Handelns liegen und weitere Unterstützung, beispielsweise durch Schulpsycholog*innen, herangezogen werden muss.

Damit trauma- und diskriminierungssensible Bildungsarbeit überhaupt stattfinden kann, muss dieses Thema stärker und verbindlich in die Professionalisierung von pädagogischen Fachkräften integriert werden. Hierfür müssen von Expert*innen die Grundlagen geschaffen werden.

*Inwieweit ist eure Arbeit auch für Schüler*innen ohne Fluchterfahrung relevant?*

Mrozynski: Healing Classrooms ist ein niedrigschwelliges Angebot, das durch Struktur und Orientierung, Beziehungsangebote oder auch die Einbindung von Achtsamkeit einen Lernort zu einem sicheren Ort macht. Davon, ebenso wie von einer expliziten Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen, zum Beispiel für den Umgang mit den eigenen Gefühlen und Konfliktfähigkeit, profitieren nicht nur einzelne, sondern die gesamte Lerngemeinschaft. Wir sprechen in diesem Zusammenhang auch von einem präventiv-universellen Ansatz, der sich an eine breite Zielgruppe richtet.

INTERNATIONAL RESCUE COMMITTEE

Das International Rescue Committee unterstützt weltweit in über 40 Ländern Menschen, die von Katastrophen und Konflikten betroffen sind. Seit dem Jahr 2016 ist das IRC in Deutschland aktiv und setzt bundesweit Bildungsprojekte um. Weiterbildungs- und Beratungsangebote sowie Materialien zum Konzept der Healing Classrooms werden aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert. *Weitere Informationen: https://healingclassrooms.de*

Jessika Tsubakita, Landesauschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung der GEW BERLIN

FOTO: IMAGO IMAGES/FRANK HOERMANN/SVEN SIMON

Über »Gendern« im Gespräch bleiben

In vielen Bereichen des Bildungssystems hat sich eine geschlechterinklusive Sprache als gelebte Praxis fest etabliert. Angesichts erster Verbote sprechen zwei Kolleg*innen über die Folgen für Schulen

von Conny-Hendrik Schälicke und und Tina Breidenich

Der Rat für deutsche Rechtschreibung ist eine zentrale Instanz in Fragen des Sprachgebrauchs und der Rechtsschreibung. Im Dezember 2023 hat er seine Auffassung bekräftigt, dass allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll. Er will die Schreibentwicklung weiterhin beobachten. Beschlossen wurde immerhin ein Ergänzungspassus im Amtlichen Regelwerk, der die Verwendung von Stern, Unterstrich und Doppelpunkt bei Personenbezeichnungen im Wortinnern erklärt. Gleichwohl wird deren Aufnahme in das Amtliche Regelwerk nach wie vor nicht empfohlen. Staatlichen Stellen wird eine »rezeptive Toleranz« nahegelegt.

Ungeachtet dieser Entscheidung haben einige Bundesländer, wie zum Beispiel Sachsen, bereits »Genderverbote« in der Schule eingeführt. Die Bundesländer Bayern und Hessen haben solche Verbote ebenfalls angekündigt. Dadurch wird die Position des Rechtschreibrates konterkariert. Wir wollen über aktuelle Phänomene wie Klagen und Verbote sprechen und auch die Position der GEW in den Blick nehmen.

Conny-Hendrik: Der Begriff »Gendern« bedeutet neutral betrachtet nichts Anderes, als Geschlechter in der Sprache sichtbar oder unsichtbar zu machen. Auch das generische Maskulinum ist so gesehen eine Form des Genderns.

Berlin zögert schon seit längerem, inklusive Sprachformen offiziell zu ermöglichen. De facto jedoch verwenden einige Stadtbezirke seit vielen Jahren offiziell Unterstrich oder Stern. Neukölln und die Senatskanzlei nutzen unter anderem auch den Doppelpunkt auf der Website, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es gibt also in der Verwaltung wie auch in der Schule eine gelebte Praxis, die nicht exakt den Vorgaben entspricht, aber das ursprüngliche Anliegen der Gleichstellung bereits weiterentwickelt hat. Tina, in Hessen wo du lebst und arbeitest, soll auf die Verwendung von Sonderzeichen in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen ganz verzichtet werden. Verbote oder die Ankündigung solcher haben aktuell Konjunktur. Auch in Berlin hat ein Vater bereits geklagt, weil er seine Kinder durch »Gendersprache«, »Identitätspolitik« und »Critical Race-Theory« im Unterricht indoktriniert sah. Wie ordnest du diese Phänomene ein?

Tina: Solche hitzigen Debatten verdeutlichen den Zusammenhang zwischen Sprache und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Es geht meiner Ansicht nach daher um weitaus mehr als nur eine Orientierung an schriftsprachlicher Korrektheit.

Angefeuert wird die Genderdebatte bundesweit durch populistische Parteien und Gruppen, die das Phantom eines bevorstehenden Genderzwangs heraufbeschwören und es für ihren Wahlkampf instrumentalisieren. Im vergangenen Wahlkampf um den hessischen Landtag im Herbst 2023 wurde die Angst vor einem vermeintlich drohenden Genderzwang außer von der AfD auch von CDU und FDP aufgegriffen. Der hessischen FDP gelang es beispielsweise mit einem Wahlplakat und dem Slogan »Vom Gendern kommen auch nicht mehr Lehrerinnen« sogar einen Bezug zu bestehenden Missständen im Bildungssystem herzustellen. Die neue Koalition aus CDU und SPD in Hessen geht nun einen Schritt weiter und kündigt mit ihrem Koalitionsvertrag direkt ein Ver-

FOTO: IMAGO IMAGES/STEINACH

»Angefeuert wird die Genderdebatte bundesweit durch populistische Parteien, die das Phantom eines bevorstehenden Genderzwangs für ihren Wahlkampf instrumentalisieren.«

bot von Gendern mit Sonderzeichen an.

Bemerkenswert ist dabei, dass diese Genderverbote, die nichts anderes als Sprachverbote sind, gerade von den Parteien und Volksbegehren gefordert werden, die zuvor noch lauthals gegen die konstruierten Sprechverbote, eine vermeintliche Sprachpolizei und Verbotsparteien wetterten.

Conny-Hendrik: Die Umsetzung dieser Genderverbote würde ja stark in das Handeln pädagogischer Fachkräfte eingreifen und ist zudem mit Blick auf die schulische Demokratieerziehung äußerst fragwürdig. Schüler*innen und Studierenden die Nutzung einer vielfaltsgerechten Sprache in Klausuren oder anderen Leistungsnachweisen zu verbieten, greift unverhältnismäßig weit in deren durch Sprache ausgedrückte inklusive Haltung ein. Wie siehst du das als Politik-Lehrkraft?

Tina: Ein solch ideologischer Eingriff in die individuelle Sprachverwendung von Lernenden und Lehrenden ist mit den Ansprüchen des Beutelsbacher Konsens und einer freiheitlichen Wertevermittlung nicht vereinbar.

Für verbeamtete Lehrende stellt es zusätzlich einen Widerspruch zur gesetzlichen Verpflichtung dar, sich zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und sich, wenn nötig, für deren Erhalt einzusetzen. Hierzu zählt eben auch das sprachliche Handeln der Beamt*innen.

Die Landesbediensteten haben außerdem eine Fürsorgepflicht, die sich auch auf Schüler*innen erstreckt, die sich der zweigeschlechtlichen Ordnung nicht zuordnen lassen. Durch die angeordnete sprachliche Ausradierung wird die Sichtbarmachung und Adressierung dieser Schüler*innen unmöglich, was eine weitere gesellschaftliche Ausgrenzung bedeutet und Gewalt gegenüber diesen Personengruppen begünstigt.

Das angekündigte Verbot stellt aber auch einen massiven Eingriff in die Wissenschafts- und Pressefreiheit dar. Deshalb haben sich sowohl viele Hochschulbeschäftigte, als auch der hessische Landesverband des Deutschen Journalisten-Verbands und der hessische Rundfunkrat gegen die geplante politische Einflussnahme positioniert.

Conny-Hendrik: Welche Position vertritt denn die GEW, wenn es um das »Gendern« und die aufkommenden Forderungen nach Genderverboten geht?

Tina: Die Vorsitzende der GEW, Maike Finnern, hat im Kontext der Berliner Klage bekräftigt, dass sich Sprache in einem ständigen Wandel befindet und der schulische Unterricht dies abbilden muss. Der Bundesausschuss Queer der GEW beobachtet die steigende Zahl an Eingriffen in den individuellen Sprachgebrauch mit Sorge. Deshalb haben wir einen Antrag im GEW-Hauptvorstand eingebracht, der von der GEW fordert, sich aktiv gegen Genderverbote im Bildungsbereich einzusetzen. Dieser Antrag wurde mit nur einer Enthaltung beschlossen, was die klare Ablehnung der GEW gegenüber ideologischen Eingriffen in die Sprache verdeutlicht, auch wenn sicher nicht alle Mitglieder des GEW-Hauptvorstands das »Gendern« mit Sonderzeichen bevorzugen.

Conny-Hendrik: Die Berliner Verfassungsrichterin Ulrike Lembke schlägt vor, dass geschlechterinklusive Kurzformen als typografische Erscheinungen jenseits der formalen Sprachregelwerke eingeordnet werden könnten. Weil aber gerade solche Regelungen fehlen, setzt sich in den Berliner Schulen und Kollegien der Streit fort. Hier wäre es doch hilfreich, wenn verschiedene Positionen auch innerhalb des Lehrkörpers ähnlich wie im Unterricht nebeneinander bestehen oder sich weiterentwickeln könnten. Was zählt, ist doch im Gespräch zu bleiben und wie bei anderen Themen auch, sich selbst zu reflektieren und Unterschiede und Widersprüche auszuhalten. Was wir von den Schüler*innen erwarten, muss doch auch für uns gelten?

ZUM WEITERLESEN UND FÜR DEN UNTERRICHT

Rat für deutsche Rechtschreibung: Erläuterung vom 15.12.2023.

Dr. Max Kolter/LTO: Auf die Sprachkompetenz kommt es an, 31.03.2023.

Ulrike Lembke: Verfassungswidrige Sprachverbote, 24.11.2023.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hg.): Leitfaden Gender Mainstreaming, 2018.

LISUM (Hg.): Orientierungs- und Handlungsrahmen für das übergreifende Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter (Gender Mainstreaming), 2021.

Tina: Genau. Allerdings lassen sich diese Widersprüche in Anbetracht der durch »Gendergegner*innen« erzeugten Angstbilder von einer Sprachpolizei und zukünftigen Sprechverboten nur schwer aushalten. Das Schüren von Verunsicherung und Angst funktioniert in einer ohnehin als unsicher empfundenen Zeit leider besonders gut. Solch ein Politikmachen auf Kosten marginalisierter Gruppen sollte daher dringend beendet werden.

Conny-Hendrik Schälicke, Grundsatzangelegenheiten u. a. geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, Senatsverwaltung für Bildung
Tina Breidenich, Leitungsteam Bundesausschuss Queer der GEW und Personengruppe Frauen Mittelhessen*

Komm zur Demo am 8. März: feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich

Gewerkschaften und das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung rufen wieder zur Demonstration am Internationalen feministischen Kampftag in Berlin auf

vom Sprecherinnenrat der GEW BERLIN

Wir wollen endlich die Umsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender Menschen (FLINTA) in unserer Gesellschaft. Es gibt viel zu tun: FLINTA verdienen im Schnitt 18 Prozent weniger als cisgeschlechtliche Männer und übernehmen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung und Pflege. Sie arbeiten branchenübergreifend häufiger in Teilzeit und in prekärer Beschäftigung. Trotzdem werden große Löcher in den Sozialstaat gespart. Unsere Kolleg*innen, zum Beispiel in sozialen Berufen, arbeiten weit über ihre Grenzen hinaus, werden krank und scheiden oftmals aus.

Am Ende des Erwerbslebens erhalten wir im Schnitt ein Drittel weniger Rente als cis Männer. Inflation, Sparpolitik und steigende Mieten treffen viele von uns daher mit besonderer Härte – insbesondere als alleinerziehende, geflüchtete und migrantische FLINTA. Viel zu viele von uns sind betroffen von sexueller Belästigung oder Gewalt bis hin zu Feiziden – am Arbeitsplatz, in der Schule, in Unterkünften, auf der Straße, im Club oder in den eigenen vier Wänden. Wir sagen: Ni una menos!

Weltweit beschneiden rückwärtsgewandte, autoritäre Regierungen unsere Rechte. FLINTA, die sich dagegen wehren, gilt unsere Solidarität. Konflikte, Kriege und Diskriminierungen nehmen zu. Wir fordern Frieden, Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven für alle Menschen.

Am Internationalen feministischen Kampftag gehen seit über 100 Jahren weltweit FLINTA und ihre Unterstützer*innen auf die Straße und fordern bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Antisemitismus, Rassismus und Transfeindlichkeit haben auf unserer Demo keinen Platz. Nationalflaggen aller Art sind unerwünscht.

FOTO: IMAGO IMAGES/SNAPSHOT

TERMINE RUND UM DEN FEMINISTISCHEN KAMPFTAG

- Di, 5.3., 18.30 Uhr, GEW-Haus: **Der feministische Kampf gegen den Aufstieg der Rechten in Argentinien** Veranstaltung der jungen GEW mit Nathalia Gonzalez Seligra (Buenos Aires)

- Fr, 8.3., 11.30 Uhr, Oranienplatz: **Demo zum feministischen Frauenkampftag** von der GEW, verdi, DGB, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und anderen, für alle Geschlechter

- Mi, 13.3., 18 Uhr, GEW-Haus: **Erfahrungen von ukrainischen und russischen Frauen mit der Invasion Russlands.** Veranstaltung von *bbz* und Sprecherinnenrat der Frauen. Mit Kateryna Danilova und Sasha Talaver, *siehe Seite 14*

INTERNATIONALER FEMINISTISCHER KAMPFTAG – 8. MÄRZ

Feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich gehen wir zusammen auf die Straße

- Wir bekämpfen gemeinsam Antifeminismus und Rechtsextremismus
- Wir kämpfen für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung
- Wir kämpfen für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und die Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung
- Wir kämpfen dafür, dass Sorgearbeit gerecht verteilt wird
- Wir bekämpfen gleichstellungspolitische Rückschritte und die Diffamierung von Genderpolitik
- Wir lassen uns nicht spalten – gemeinsam sind wir stark

Wir fordern:

- Endlich ernst machen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Gute Löhne durch Tarifbindung – überall! Solidarität mit den streikenden Kolleg*innen
- Bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Soziales
- Gleichberechtigung und selbstbestimmte Lebensweise für alle
- Weg mit der Bevormundung durch den Paragraph 218
- Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und sexueller Gewalt

Komm mit zur Demo: Gemeinsam sind wir stark – komm am 8. März mit Kolleg*innen, Freund*innen, Nachbar*innen und Familie auf die Straße!

Zeitzeug*innen für Interviews gesucht

»Radikalenerlass« und »Berufsverbote« in den 1970er/80er Jahren in West-Berlin

von Jan-Henrik Friedrichs

Waren Sie selbst oder Ihnen nahestehende Personen aufgrund des sogenannten Radikalenerlasses in West-Berlin von Disziplinierungen bis hin zum Berufsverbot bedroht oder betroffen? Wurden Sie als Bewerber*in für eine Stelle im öffentlichen Dienst zu einer Anhörung geladen, um Zweifel an Ihrer Verfassungstreue auszuräumen? Wurden Ihnen Erkenntnisse mitgeteilt, dass Sie nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ständen? Vermuten Sie, dass Sie eine Stelle nur aufgrund Ihres politischen Engagements nicht erhielten? Haben Sie von sich aus entschieden, eine Stelle im öffentlichen Dienst gar nicht erst zu suchen, da Sie fest mit einem Berufsverbot rechneten? Wurden Sie aus politischen Gründen zu Dienstgesprächen geladen? Dann sind Sie die passende Person für ein Forschungsprojekt an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Freien Universität Berlin!

Am 2. September 2021 hat das Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert, »sicherzustellen, dass die auf der Grundlage des Radikalenerlasses vom 28. Januar 1972 erteilten Berufsverbote und deren Folgen für die Betroffenen wissenschaftlich aufgearbeitet und die Ergebnisse in geeigneter Weise öffentlich zugänglich gemacht werden.« Das Forschungsprojekt »Der Radikalenerlass in West-Berlin: Entstehung – Wirkung – Folgen« unter Leitung von Gabriele Metzler, Paul Nolte und Martin Sabrow kommt diesem Auftrag seit Januar 2024 nach.

Wer an der Befragung teilnehmen möchte, kann sich – vorzugsweise per E-Mail – mit dem Historiker Jan-Henrik Friedrichs in Verbindung setzen, der bereits zum Radikalenerlass in Bremen geforscht und publiziert hat. »Mich interessieren auch die vermeintlich kleinen Disziplinierungsversuche und die ganz unterschiedlichen Versuche, diese zu vermeiden oder darauf zu reagieren«, so Friedrichs. Die Interviews werden auf Wunsch anonymisiert.

Kontakt:
Jan-Henrik Friedrichs
Email: jan-henrik.friedrichs@hu-berlin.de
Tel.: 030-20 93 70 61

Jan-Henrik Friedrichs, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Radikalenerlass in West-Berlin«

FOTO PORTRAIT: PIERO CHIUSSI, FOTO OBEN: IMAGO IMAGES/SABINE GUDATH

Recht auf politischen Streik

Eine neue Dissertation bezweifelt, dass die starken Einschränkungen des Streikrechts in Deutschland haltbar sind

von Anke Buhmann

Wenn in Frankreich Beschäftigte gegen die Rentenreform streiken, nehmen sie ihr in der Verfassung garantiertes Recht auf Streik wahr. In Deutschland würde ein Streik, der sich nicht an die Arbeitgeber*innen richtet, sondern Forderungen an den Staat stellt, als nicht rechtmäßig eingestuft werden. Wenn der Adressat eines Streiks der Staat ist, handelt es sich laut der juristischen Definition um einen politischen Streik. Die Folge wäre eine Klage auf Schadensersatz gegen die Gewerkschaft, die zum Streik aufgerufen hat. In den meisten europäischen Ländern gibt es eine solche Beschränkung des Streikrechts auf Tarifverhandlungen nicht. Wie kommt es dazu, dass Streiks hierzulande nur zulässig sind, wenn sie einen Tarifbezug haben?

Die promovierte Juristin Theresa Tschenker tritt dafür ein, das deutsche Streikrecht neu zu bewerten.

Kein gesetzliches Verbot

Im Grundgesetz ist mit dem Artikel 9 Absatz 3 die Koalitionsfreiheit und damit auch das Streikrecht garantiert. Es gibt allerdings nirgends ein gesetzliches Verbot von politischen Streiks. Das Streikrecht ist in Deutschland Richter*innenrecht, das heißt es wird von den Entscheidungen der Arbeitsgerichte genauer bestimmt. Die Auslegung des Artikels 9 ist umstritten und wurde bis heute in der Rechtsprechung immer auf eine Weise interpretiert, die Streiks nur innerhalb bestimmter Grenzen als legal wertet.

Im Dezember 2023 hat die AG für ein umfassendes Streikrecht in der GEW BERLIN eine gut besuchte Veranstaltung mit der Rechtswissenschaftlerin Theresa Tschenker organisiert. Etwa 80 Teilnehmer*innen diskutierten im GEW-Haus und online zugeschaltet über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, das restriktive deutsche Streikrecht auszuweiten. In der Diskussion ging es unter anderem um die Frage, wofür und in welchen Bereichen politische Streiks sinnvoll wären.

»Ein umfassendes Streikrecht ist völkerrechtlich begründbar.«

Tschenker hat sich in ihrer Dissertation mit dem politischen Streik auseinandergesetzt und die historische Entwicklung des Verbots untersucht. Die Einschränkung hat eine lange Tradition, die bis in die 1950er Jahre der Bundesrepublik zurückreicht. Eine zentrale Figur ist dabei der Arbeitsrechtler Hans Carl Nipperdey mit seinem Gutachten zum Zeitungsstreik 1952. Er legte damals die Kriterien für die Rechtmäßigkeit von Streiks fest: Der Streik muss gegen die Arbeitgeber*innen gerichtet sein, es muss um die Arbeitsbedingungen gehen und das Ziel des Streiks muss durch arbeitsrechtliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen verwirklicht werden können. Für Nipperdey waren Streiks generell ein unerwünschtes Übel und sollten möglichst vermieden werden. Das Streikrecht wurde vom Bundesarbeitsgericht erst 1980 als Grundrecht anerkannt, da Tarifverhandlungen ohne das Recht zum Streik nicht mehr als kollektives Betteln seien. Der Tarifbezug des Streikrechts blieb jedoch bis heute erhalten.

Vom Grundgesetz gedeckt

Tschenker geht jedoch davon aus, dass auch politische Streiks vom Grundgesetz gedeckt sind, wenn sie einen Bezug zu den Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen haben. Auch völkerrechtlich ist ein umfassendes Streikrecht begründbar. Die Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Europäischen Sozialcharta (ESC) haben einen weitergehenden Begriff des Streikrechts. In der ESC ist dieses als ein Menschenrecht konzipiert, das Streiks für Belange, die in einem Bezug zur Arbeit und der sozialen Wirklichkeit der Arbeitnehmer*innen stehen, umfasst.

In vielen Bereichen, wie zum Beispiel der Pflege oder Bildung, sind die Arbeitsbedingungen stark mit politischen Entscheidungen verknüpft. Deswegen reichen Tarifverträge mit den Arbeitgeber*innen oft nicht aus, um wirkliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erzielen. So muss zum Beispiel für eine bestimmte Personalbemessung im Krankenhaus auch die Finanzierung geändert werden. Tschenker betonte, dass deswegen Streiks auch gegen die Gesetzgebung, also gegen den Staat, notwendig und rechtlich möglich wären.

Der Vortrag kann hier nachgehört werden: https://rechtaufstreik.noblogs.org/2023/12/bericht-zur-veranstaltung-recht-auf-politischen-streik

Anke Buhmann, AG für ein umfassendes Streikrecht

FOTO: CHRISTOPH WÄLZ

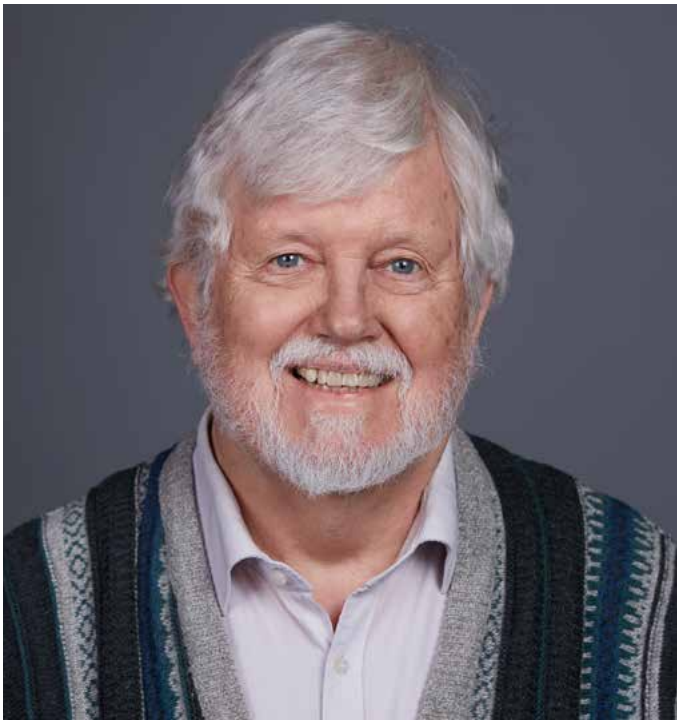


FOTO: FOTOSTUDIO CHARLOTTENBURG

Wir trauern um Folker Schmidt

Ein Nachruf auf unseren Kollegen

von der bbz-Redaktion und der Abteilung Wissenschaft

Erst vor wenigen Jahren, als Folker sich nach 20-jährigem Engagement aus der Redaktionsarbeit zurückzog, haben wir als *bbz*-Redaktion einen Abschiedstext geschrieben, um sein Engagement in der GEW BERLIN zu würdigen. Heute sitzen wir und schreiben seinen Nachruf und können nicht fassen, wie plötzlich Folker von uns gegangen ist.

Nächstes Jahr am 1. Mai wäre Folker 50 Jahre GEW-Mitglied gewesen. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität tätig und hat sich in der GEW in der Abteilung Wissenschaft engagiert. Zwei Jahre lang war er Vorsitzender der Abteilung und Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GEW BERLIN.

Von 1999 bis 2020 (mit einem Jahr Pause) war Folker Redakteur der *bbz*. Sein Hauptaugenmerk lag hier auf den Hochschulthemen und er betreute eine ganze Reihe von Titel-Schwerpunkten dazu. Darüber hinaus war er Mitglied der Landesdelegiertenversammlung und hat unter dem Titel »Die Landesdelegierten tagten« viele Male über die Veranstaltungen auf seine eigene launische Art geschrieben und der manchmal doch etwas trockenen Veranstaltung so etwas Würze eingehaucht. Mit seiner Rubrik »Gesichter der GEW«, in der zufällig gewählte Mitglieder fünf Fragen beantworteten, hat er außerdem dazu beigetragen, die Vielfalt unserer Gewerkschaft sichtbar zu machen.

Folker war bei uns vor allem für seinen Humor bekannt und für seine Großzügigkeit: Viele schöne Sommerfeste haben wir in seinem gemütlichen Garten in Tempelhof verbringen dürfen – auch als er gar nicht mehr aktiv in der Redaktion war, haben er und seine Frau Anne uns empfangen.

Anfang des Jahres haben wir in der Redaktion beraten, wann wir ihn endlich in der Senior*innen-Residenz besuchen wollen, in der er seit knapp einem Jahr lebte. »Er ist nicht mehr so mobil, aber ansonsten geht es ihm gut«, sagte uns seine Frau noch vor einigen Monaten. Aber etwas angegriffen war seine Gesundheit eben doch. Zwei kurz aufeinanderfolgende Krankheiten hat er nicht überstanden.

Das letzte Mal haben wir uns auf einem Autor*innen-Fest der Redaktion gesehen. Folker hielt eine kleine Rede, wie nur er das konnte, baute mit großen Worten einen Spannungsbogen auf, der mit der banalen Rückgabe einer vergessenen Tupperschale seine perfekte Pointe fand. Einmal mehr hatte Folker uns alle zum schallenden Lachen gebracht. Damit hat er sich von uns verabschiedet, an diesem Sommertag und wie wir heute wissen: auch für immer. Mach's gut, lieber Folker – so werden wir dich in Erinnerung behalten!

In tiefer Trauer und Verbundenheit.

Die bbz-Redaktion und die Abteilung Wissenschaft

Nachruf auf Armin Gutt

18. November 1945 bis 11. Januar 2024

von Ulrike Proske-Krieg und Christian Meyer

Inwieweit seine kurze Zeit auf der Schulfarm Scharfenberg Armin beeinflusste, ist ungewiss. Sicher aber ist, dass ihn nach seinem Studienbeginn 1966 an der Pädagogischen Hochschule in Lankwitz die Student*innenbewegung prägte. Armin wurde eines der »Gesichter«, aktiv arbeitete er im AStA als politischer Referent sowie als Konventspräsident. Bereits im Wintersemester 66/67 trat er dem damaligen BVL, der heutigen GEW, bei.

Armin war beispielsweise an Planung und Durchführung des ersten Seminars der »Kritischen Universität« an der PH beteiligt. Darüber hinaus wurde er nach der ersten Staatsprüfung einer der ersten Diplom-Pädagog*innen Berlins. Nach einer Assistentenstelle an der PH und Lehraufträgen an der FU und TU entschied er sich für den Schuldienst.

Damals wurde Armin erziehungswissenschaftlich produktiv: Er war 1972 Co-Autor einer soziolinguistischen Publikation. Dann arbeitete er in der Expert*innengruppe zur Erstellung des Team-Kleingruppen-Modells mit, einem mehrfach erprobten Konzept zur Weiterentwicklung der Gesamtschule.

In der GEW war er in Berlin wie in Hannover unter anderem in der Fachgruppe Gesamtschule aktiv und auch Mitglied der Landesdelegiertenversammlung. In Hannover wurde er an der Gesamtschule Linden Mitglied der kollegialen Schulleitung. Zurückgekehrt nach Berlin, war er bis zu seiner Pensionierung Schulleiter der Tempelhofer Hermann-Köhl-Oberschule. Er war maßgeblich an der Umwandlung der reinen Hauptschule in eine kombinierte Haupt-/Realschule beteiligt.

In langem Streit mit der Schulverwaltung um die Entwicklung beziehungsweise den Erhalt der Schule war er zeitweise erfolgreich. Allerdings wurde die Schule gleichzeitig mit seiner Pensionierung endgültig geschlossen. Anschließend zog er sich immer mehr ins Privatleben zurück. Am 11. Januar 2024 starb Armin im Kreuzberger Urban-Krankenhaus an multiplem Organversagen. Wir trauern um ihn.

Ulrike Proske-Krieg und Christian Meyer

Zur Erinnerung an Inge Bernsdorf

Unsere langjährige Mitarbeiterin ist mit 94 Jahren verstorben

*von ihren Kolleg*innen*

Lange Jahre, von 1970 bis 1990, organisierte »Berni« hauptamtlich die Landesrechtsschutzstelle und vergab die Beratungstermine und Rechtsschutzanträge in enger Zusammenarbeit mit den damals ehrenamtlich beauftragten Gewerkschaftskolleg*innen.

Als junges Mädchen hatte sie nach dem Krieg eine Ausbildung zur Bürokraft beim FDGB gemacht, dann beim DGB und viele Jahre in der GEW BERLIN gearbeitet. Sie ging Ende 1990 in die Altersrente.

Diejenigen von uns, die mit ihr zusammen beschäftigt waren, haben sie stets geschätzt, sowohl ihre fröhliche Grundeinstellung, ihre witzige, humorvolle und direkte Art als auch ihre Kompetenz und Erfahrung. Sie sagte immer, sie habe unter verschiedenen Systemen bei der Gewerkschaft gearbeitet, man müsse optimistisch bleiben und dürfe sich die gute Laune nicht verbrämen lassen!

Wir denken gerne an die gemeinsame Zeit in der GEW BERLIN und an die mit ihr stattgefundenen jährlichen Ehemaligen-Treffen, an denen sie gerne teilnahm, zurück.

Gabriele Kutt, Ellen Richert, Heike Engelmann, Thomas Thieme, Detlef Mücke, Klaus Büscher (†) und Karin Schaal-Büscher

FOTOS: PRIVAT

Leben, kämpfen und verhandeln

Ein Nachruf auf unseren Kollegen Klaus Büscher

von Katja Metzig und Ilse Schaad

Am 26. Dezember 2023 ist Klaus Büscher im Alter von 76 Jahren gestorben. Bis zu seinem Ruhestand 2011 prägte er maßgeblich das Profil der GEW BERLIN.

Klaus hatte es zunächst mehr oder weniger zufällig zur GEW BERLIN verschlagen. Er war Diplompolitologe, Absolvent des Otto-Suhr-Instituts an der FU Berlin und wurde 1978 – mitten in der Zeit der Spaltung – für die Mitgliederverwaltung in der GEW BERLIN eingestellt. Bald nach der Fusion der beiden GEWs arbeitete er mit halber Stelle schon für das damalige Referat A, ab 1981 wurde er dessen erster hauptamtlicher Referent.

Damit konnte sich Klaus von der – wie er sie nannte – »spanabhebenden Datenverarbeitung« abwenden und sich mit Haut und Haaren in die politische Arbeit stürzen. In dieser Funktion war er für eine ganze Generation erster Ansprechpartner in Sachen Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsrecht, für Arbeits- und Beamtenrecht.

Auch privat war die GEW BERLIN prägend: Er lernte hier Karin kennen, mit der er bis zu seinem Tode mehr als 40 Jahre verheiratet war und zwei Söhne großzog.

Wer immer die gewählte Leitung des Referates A (heute VBBA) war, Klaus prägte die »neue« Linie in der GEW BERLIN im Bereich der Personalvertretungen entscheidend mit.

GEW-Personalrät*innen sollten ihre Ehrenämter politisch ausüben, im Interesse der Kolleg*innen, die sie vertreten. Das ging (und geht) nur, wenn sie kämpferisch, gut informiert, untereinander gut vernetzt, formal unangreifbar, unabhängig von Schulaufsicht und Verwaltung, sicher in Verhandlungen und bei allen Beschäftigten bekannt sind. Dazu organisierte Klaus Grund- und Spezialschulungen und gab regelmäßig die »Aktuelle Rechtsprechung« heraus, zu deren Abonnent*innen neben der Verwaltung auch eine Reihe von Verwaltungsrichter*innen gehörten.

Seitdem treffen sich Vertreter*innen der örtlichen Personalräte alle zwei Wochen dienstags in der GEW-Geschäftsstelle und besprechen gemeinsam die Probleme vor Ort – von Einstellungen über Dienstliche Beurteilungen, Fristverträgen, Verbeamtungen, Disziplinarverfahren, Beamtenstreiks bis zu Kündigungen. In der PR-AG werden bis heute die Grundsätze diskutiert, die für alle GEW-Personalratsmitglieder gelten. Klaus hatte einen ganz großen Anteil daran, dass es die GEW BERLIN war, die durch einheitliches und abgestimmtes Verhalten »ihrer« Personalrats- und Betriebsratsmitglieder eine Interessensvertretung aus einem Guss garantierte.

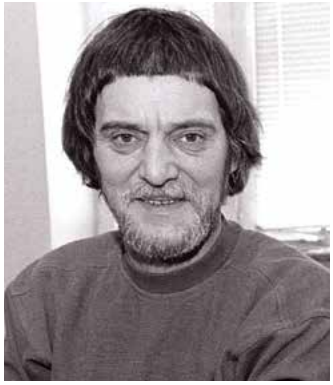


FOTO: PRIVAT

»Klaus behielt immer die Nerven und seinen trockenen Humor.«

Nach und nach organisierten sich auch Beschäftigte bei den Freien Trägern, Privatschulen und anderen privaten Bildungseinrichtungen in der GEW BERLIN. Der erste bundesweite Tarifkampf, der von Klaus maßgeblich mit organisiert wurde, fand in den 80er Jahren bei Berlitz Sprachschulen statt. Berlin war mit einer ganzen Reihe von Schulen ein Schwerpunkt der Auseinandersetzungen. Nach der Durchsetzung von Betriebsräten – gegen erbitterte Widerstände – kam es zu einem lang anhaltenden Tarifkampf, an dessen Ende der erste Tarifvertrag mit einer der großen Sprachschulen stand. Konsequent stand Klaus für eine gewerkschaftliche Linie von »kämpfen und verhandeln«.

1990 standen die GEW BERLIN – und Klaus – vor neuen Herausforderungen. Sie war plötzlich nicht nur die Bildungsgewerkschaft für Westberlin, sondern musste fast über Nacht in den Ostbezirken Fuß fassen. Dort gab es zunächst weder Personalräte noch funktionierende GEW-Gruppen an Schulen, Hochschulen oder Kitas.

In kürzester Zeit mussten vier Personalratswahlen organisiert, Wahlvorstände und Kandidat*innen geschult und Wahlen möglichst unfallfrei durchgeführt werden. Die Kommunikation funktionierte mangels Telefon und Faxgerät durch direkten Kontakt. Informationen wurden »abgenudelt« und mit Klaus altem, klapprigen Opel verteilt, bei Bedarf auch bis nach Brandenburg. Auch in dieser Situation behielt Klaus immer die Nerven und seinen trockenen Humor.

Klaus unterstützte und schulte aber nicht nur GEW-Personal- und Betriebsräte. Er war sehr viele Jahre Betriebsratsvorsitzender der Beschäftigten in der GEW BERLIN. Viele Betriebsvereinbarungen tragen noch immer seine Handschrift.

Ein besonderes Erlebnis war das Arbeitszimmer von Klaus. Es lag im Dachgeschoss links neben der Treppe. Sein Schreibtisch, überhaupt alle waagerechten Flächen, einschließlich des Fußbodens, waren übersät mit Stapeln von Papieren, die von Jahr zu Jahr wuchsen. Darüber stand meist eine dicke Rauchwolke. Er nannte sein Ordnungsprinzip »die Vulkanmethode«. Besucher*innen kamen häufig und immer mit dringenden Fragen zu ihm. Betraten sie sein Büro, gaben sie die Hoffnung auf eine schnelle Antwort manchmal auf. Zu Unrecht. Zielsicher griff Klaus nach Klärung der Fragestellung in irgendeine Sedimentschicht und zog das zur Fragestellung passende Rundschreiben, Info oder Urteil heraus. Sein Überblick im scheinbaren Chaos war legendär.

Wir vermissen ihn.

Katja Metzig und Ilse Schaad

Mit Fachkompetenz und starken Netzwerken

Der erste Personalrätekongress der GEW BERLIN stellte die Weichen für einen gemeinsamen Wahlkampf im Herbst 2024

von Ralf Schäfer, Anne Albers und Sara Ziegler

An welche Erfolge der Personalratsarbeit kannst du dich erinnern?« mit dieser Frage begannen am 14. Dezember 2023 rund 100 Personalrät*innen, Frauen- und Schwerbehindertenvertreter*innen aus dem Schul- und Kitabereich ihre Diskussion zur Vorbereitung der Personalratswahlen. Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand schon vor einigen Jahren in kleinem Kreis. Im Jahr 2018 wurde daraus ein Antrag an die Landesdelegiertenversammlung. Nach überstandener Pandemie konnte der Beschluss nun endlich in die Tat umgesetzt werden. Wozu der Aufwand? Wir sind GEW-Beschäftigtenvertretungen. Wir wollen gemeinsam, kompetent und durchsetzungsstark für unsere Kolleg*innen eintreten. Dazu bedarf es nicht nur Fachkompetenz, sondern auch starker Netzwerke. Auf dem Kongress wurde die Gelegenheit geboten, beides aufzubauen.

Vielfalt an Themen und Perspektiven

Schon die ersten Antworten zeigten die Bandbreite von Personalratsarbeit: Erfolgreiche Auseinandersetzungen mit der Dienststelle, die wirkungsvolle Vertretung von Kolleg*innen in Konflikten, Korrekturen von Verträgen, Eingruppierungen und förderlichen Zeiten zum finanziellen Vorteil der Beschäftigten, die Zusammenarbeit im multiprofessionellen PR-Team, mit anderen Beschäftigtenvertretungen und in der GEW. Einen Tag lang haben die Interessenvertreter*innen aus Schule und Kita zunächst Erfahrungen ausgetauscht und diskutiert, über Arbeits- und Sichtweisen, Probleme und Erfolge in den verschiedenen Bezirken und Abteilungen, mit ihren Perspektiven auf ihre Arbeit und die GEW.

Erkämpfte Beteiligungsrechte

In den Gesprächen stellten die Kolleg*innen fest, dass sie nicht nur vielfältig und multiprofessionell sind, sondern auch gute Gründe haben, warum sie ausgerechnet in der GEW organisiert sind. Danach bot der Kongress mit neun Fachworkshops Gelegenheit zu vertiefter inhaltlicher Arbeit und Vernetzung.

Den Blick über den Alltag der eigenen Arbeit hinaus schärfte auch Hartmut Simon, Historiker und Leiter des ver.di-Archivs, mit einem Beitrag zur Geschichte der Mitbestimmungsrechte. Er machte deutlich, dass die Beteiligungsrechte der Beschäftigtenvertretungen eine wichtige Errungenschaft sind, die hart erkämpft werden musste. Unser tägliches Ringen um wirksame Mitbestimmung hat also eine historische Dimension. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir mitbestimmen. Personalratsarbeit ist es auch deshalb wert, immer wieder neu mit Engagement angegangen zu werden, auch wenn die Mühen der Ebene manchmal endlos erscheinen.

Lassen wir uns durch alle Bürokratisierung nicht den Blick auf das Wesentliche verstellen: Unsere Kraft gehört dem Einsatz für die Belange der Kolleg*innen, seien sie tarifbeschäftigt oder verbeamtet. Alle Beschäftigten brauchen starke Personalräte, die in den Dienststellen klarmachen, dass vertrauensvolle Zusammenarbeit keine Einbahnstraße ist, sondern auch dem Dienstherrn Pflichten auferlegt. Dazu müssen wir uns gut aufstellen.

Aktiv für starke Interessenvertretungen

Ende 2024 stehen wieder Wahlen zu den Personalräten und Wahlen der Frauenvertreterinnen an. Daher diente der Kongress auch der Ideenentwicklung für unseren Wahlkampf. Mit der Fokussierung auf das Potential der GEW wurden Gelingensbedingungen für die Wahlen zusammengetragen und herausgearbeitet, dass ein gutes Wahlergebnis stark von einem aktiven Wahlkampf abhängt. In kleinen Diskussionsrunden wurde thematisiert, dass

FOTO: GEW BERLIN

gute Erklärungen zu der Bedeutung der Wahl für die Wähler*innen sowie eine detaillierte Planung in einer »AG Wahlen« und größere Mobilität, zum Beispiel mit fliegenden Wahlurnen, unbedingt vonnöten sind. Ein weiteres wichtiges Ergebnis war, dass die Frauenvertreterin in den Regionen bei den Wahlen mitbedacht und unterstützt werden muss.

In den Workshops am Nachmittag bekamen die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich zu wesentlichen Aspekte der Personalratsarbeit fortzubilden, sich aber auch über Vorgehensweisen zu verständigen. Ob es um Digitalisierung und Datenschutz, Beamt*innenrecht, Initiativrechte im Arbeits- und Gesundheitsschutz, Überlastung in Kitas, politische Personalratsarbeit, strategische Zusammenarbeit zwischen Beschäftigtenvertretungen, Beratungsgespräche und Kommunikationstechniken oder Öffentlichkeitsarbeit für Personalräte ging – es war für jede*n etwas dabei.

Weiter großer Austauschbedarf

Dabei sollte auch hier wieder der Austausch von Best-Practice-Beispielen, die überregionale Vernetzung und das Gewinnen an Sicherheit in (arbeits-)rechtlichen Fragen erreicht werden. Einige Mitglieder einer Region hatten sich strategisch auf unterschiedliche Workshops verteilt, um viel Input an ihr Gremium weiterreichen zu können. Eine wichtige Erkenntnis aus dieser Phase war, dass der Austauschbedarf weiterhin groß und die Zeit viel zu kurz erschien. Eigentlich ein Grund, einen Personalrätekongress in nicht allzu ferner Zukunft erneut zu organisieren.

Abschließend kann man sagen, dass der Personalrätekongress sich als ein gelungenes Format erwiesen hat. Der Austausch hat vor den Wahlen den Blick für die wesentlichen Stellschrauben eines aktiven Wahlkampfes geschärft und die Wichtigkeit der breiteren Vernetzung, nicht nur als Personalrät*innen, sondern auch als Frauenvertreter*innen und Schwerbehindertenvertreter*innen, in den Vordergrund gerückt. Ein Kongress, der gezeigt hat: Gemeinsam sind wir stark!

Ralf Schäfer, PR-Vorsitzender Tempelhof-Schöneberg, Anne Albers und Sara Ziegler, Leiterinnen des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN

Wahlen zu den Beschäftigtenvertretungen 2024

Im Herbst 2024 werden die Personalräte und Frauenvertreterinnen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin neu gewählt. Ob in den Schulen, den Kita-Eigenbetrieben, den Universitäten und Hochschulen oder den Bezirksämtern, ob auf örtlicher Ebene, bei den zentralverwalteten und berufsbildenden Schulen sowie zum Gesamt- und Hauptpersonalrat – zahlreiche GEW-Mitglieder werden erneut für starke Interessenvertretungen der Beschäftigten kandidieren.

Wer Interesse hat, zu kandidieren, sollte sich frühzeitig an den jeweiligen Personalrat oder die zuständige GEW-Bezirks- beziehungsweise Abteilungsleitung wenden. Informationen zu den Wahlen zur Frauenvertreterin bekommen Beschäftigte bei ihrer Frauenvertreterin.

Auf den kommenden Mitgliederversammlungen werden Beschlüsse über die Wahllisten gefasst. Alle Mitglieder in den jeweiligen Bereichen sind aufgerufen, unsere GEW-Kandidat*innen für die Listen aufzustellen.

Kontakt zu den Personalräten:
www.gew-berlin.de/beschaeftigtenvertretungen

Kontakt zu den GEW-Gliederungen:
www.gew-berlin.de/bezirke-und-abteilungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN ZUR AUFSTELLUNG UNSERER WAHLLISTEN

ABTEILUNG KINDER-, JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT

- **Kita-Eigenbetriebe**
  siehe Veranstaltungskalender
- **Bezirksämter**
  siehe Veranstaltungskalender

ABTEILUNG WISSENSCHAFT

- Montag, 18.3., 18 Uhr,
  GEW-Haus

ABTEILUNG BERUFSBILDENDE UND ZENTRAL VERWALTETE SCHULEN

- Dienstag, 19.3., 17 Uhr,
  OSZ LOTIS

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN

- **Charlottenburg-Wilmersdorf**
  Montag, 13.5., 18 Uhr,
  GEW-Haus
- **Friedrichshain-Kreuzberg**
  Donnerstag, 18.4., 17 Uhr,
  Aziz-Nesin-Grundschule
- **Lichtenberg**
  Donnerstag, 18.4., 17 Uhr,
  Café des MiteinanderWohnen e. V.,
  Volkradstr. 8
- **Marzahn-Hellersdorf**
  Dienstag, 28.5., 17.30 Uhr,
  Otto-Nagel-Gymnasium
- **Mitte**
  Dienstag, 14.5., 18 Uhr,
  GEW-Haus
- **Neukölln**
  Mittwoch, 22.5., 17 Uhr,
  Ort: *siehe Veranstaltungskalender*
- **Pankow**
  Donnerstag, 30.5., 18.30 Uhr,
  Grundschule am Wasserturm
- **Reinickendorf**
  Donnerstag, 18.4., 17 Uhr,
  Thomas-Mann-Gymnasium
- **Spandau**
  Donnerstag, 16.5., 17 Uhr,
  Peter-Härtling-Schule
- **Steglitz-Zehlendorf**
  siehe Veranstaltungskalender
- **Tempelhof-Schöneberg**
  Donnerstag, 14.3., 18.00 Uhr,
  GEW-Haus
- **Treptow-Köpenick**
  Dienstag, 23.4., 17 Uhr,
  Anna-Seghers-Schule

Ergänzungen und Aktualisierungen im Veranstaltungskalender: www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender

ABC – Alkohol, Benzos und Cannabis

Unser Autor erläutert, warum die Legalisierung des Canabis-Konsums für junge Erwachsene der richtige Weg ist und entkräftet Befürchtungen

von Florian Osuch

Die Entkriminalisierung von Cannabis steht kurz bevor, ein entsprechendes Gesetz tritt voraussichtlich im April in Kraft. Dann können Personen ab 18 Jahren in Deutschland straffrei Marihuana konsumieren, bis zu drei entsprechende Pflanzen zuhause züchten und maximal 25 Gramm der Droge besitzen.

Im Gegensatz zur vollständigen Legalisierung wie in Kanada bleibt kommerzieller Handel hierzulande verboten. Stattdessen dürfen Konsumierende in sogenannten »Cannabis Social Clubs« die Droge gemeinsam anbauen, ernten und an die Vereinsmitglieder abgeben. Da Verkauf weiterhin verboten bleibt, wird die Menge des abzugebenden Cannabis an einen gestaffelten Mitgliedsbeitrag geknüpft. Die Entkriminalisierung wird von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragen, mit Ausnahme von CDU/CSU und AfD.

Über die gesundheitlichen Gefahren des Cannabis-Konsum, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene, gibt es keinen Zweifel. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen befürchtet, dass eine Legalisierung »gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erhöhtem Konsum und den damit verbundenen Gesundheitsschäden« beitrage. Erfahrungen aus den USA und Kanada zeigen jedoch ein differenzierteres Bild.

Erfahrungen aus Kanada und den USA

In Kanada wurde Cannabis im Jahr 2018 legalisiert. In einer Evaluation der Legalisierung konnte in der Altersgruppe ab 25 Jahren ein Anstieg des Konsums festgestellt werden, in der Gruppe der 19- bis 24-Jährigen ging der Konsum dagegen zurück.

In den USA ist Cannabis zwar durch Bundesrecht verboten, trotzdem haben 25 der 50 Bundesstaaten die Droge ab dem Alter von 21 Jahren legalisiert, weitere dürften folgen. Für die USA hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einer Analyse festgestellt, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen Legalisierung und einem Anstieg des Konsums gibt. Zwar stieg der Konsum in US-Bundesstaaten mit liberaler Drogenpolitik, allerdings nahm er auch in jenen Staaten zu, die an einer Prohibition festhalten.

Cannabis ist keine Einstiegsdroge

Bislang ist Cannabis in Deutschland verboten, eine Ausnahme gilt für medizinische Zwecke. Im Zuge der Reform soll Cannabis nun aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen werden. Expert*innen bezweifeln, dass bisherige Regelungen erfolgreich waren. Laut Deutscher Hauptstelle für Suchtfragen könne »nicht festgestellt worden, dass ein strafrechtliches Verbot wirksam den Konsum und einhergehende gesundheitliche und soziale Folgen reduziert«.

Hartnäckig hält sich der Begriff der »Einstiegsdroge«. Dieser hält keiner wissenschaftlichen Überprüfung stand. Zwar haben viele Konsumierende sogenannter »harter Drogen« (beispielsweise Heroin) zuvor auch Cannabis geraucht. Allerdings konsumierten sie meist auch Alkohol und Nikotin – niemand würde diese Substanzen als Einstiegsdroge bezeichnen. Studien wie der Epidemiologische Suchtsurvey finden keinen Hinweis, dass jene, die Cannabis konsumieren, langfristig auch andere Drogen nehmen.

Die Reform bedeutet eine weitere Herausforderung für Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und andere Pädagog*innen, insbesondere an weiterführenden Schulen. Der Konsum in Nähe von Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche bleibt verboten. Aber es wird zu Diskussionen kommen, wenn etwa erwachsene Schüler*innen im Anschluss an einen langen Schultag, auf der Klassenfahrt oder bei Abschlussfesten einen Joint rauchen wollen – zumal beispielsweise bei Absolvent*innenfeiern vielerorts mit Alkohol angestoßen wird. Berauscht am schulischen Alltag teilzunehmen ist bereits jetzt keine Option – ganz unabhängig vom legalen Status einer Droge.

Unter Berliner Schüler*innen dominiert der Alkohol- und Nikotinkonsum

Doch in welcher Form und in welchem Umfang wird Cannabis von Berliner Schüler*innen überhaupt konsumiert? Um das herauszufinden, hat der Senat für Gesundheit eine Studie in Auftrag gegeben. Gut 2.400 Berliner*innen im Alter zwischen 16 und 27 Jahren wurden zu ihrem Konsumverhalten befragt. Ergebnis: Wei-

FOTO: ADOBE STOCK/WOLLERTZ

terhin dominieren legale Substanzen. Über 68 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten Alkohol konsumiert zu haben, bei Nikotin waren es fast 57 Prozent, gefolgt von Cannabis mit 29 Prozent. Zwölf Monate sind jedoch ein langer Zeitraum. Die Werte geben keine Auskunft über die Konsumhäufigkeit. Leider wurde nur für Cannabis ein regelmäßiger Gebrauch abgefragt. Über 6 Prozent aller 16- bis 27-Jährigen rauchen Cannabis an mehr als 20 Tagen im Monat. Bei dieser Frequenz kann von einem problematischen Konsum gesprochen werden. Daten zu anderen Substanzen fehlen.

»Ein illegaler Dealer fragt nicht nach dem Alter.«

Kommen wir nochmal zum Ziel der Entkriminalisierung zurück. Hauptargument der Bundesregierung ist fehlender Jugend- und Verbraucher*innenschutz. Bundesminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass der Konsum von Cannabis eine gesellschaftliche Realität sei und eine jahrzehntelange Verbotspolitik vor allem Probleme »zu Lasten unserer Kinder und Jugendlichen, der Gesundheit von Konsumierenden und der Strafverfolgungsbehörden« verursacht habe. Er ergänzt: »Niemand soll mehr bei Dealern kaufen müssen, ohne zu wissen, was man sich da einhandelt.«

Legaler Konsum schützt die Verbraucher*innen

Der Minister weist auf ein großes Problem des bestehenden illegalen Cannabis-Marktes hin. Meist wissen weder Verkäufer*innen, noch Käufer*innen wie hoch der THC-Gehalt der Ware ist. Das ist etwa so, als würde man in einer Bar ein alkoholisches Getränk bestellen und bekommt mal ein Radler, mal einen Wein, mal einen Schnaps – ohne je zu wissen, was man gerade trinkt. Marktübliches Cannabis ist zudem oft durch synthetische Cannabinoide und andere Giftstoffe angereichert. Ein weiteres Problem des illegalen Marktes: Ein Dealer fragt nicht nach dem Alter. Der aktuelle Modus ist das Gegenteil von Jugend- und Verbraucher*innenschutz. Hier besteht mit der Reform eine Chance. Zehntausende junge Erwachsene können erstmals bewusst Entscheidungen für oder gegen ein Produkt treffen. Jene mit problematischem Konsum könnten gezielt auf geringer dosierte Sorten wechseln. Dafür ist Konsumkompetenz nötig, eine Substanzkunde über Wirkung und Gefahren verschiedener Drogen, unabhängig vom legalen Status. Im Rahmenlehrplan Biologie ist dies bereits implementiert. Anknüpfungspunkte gibt es überall dort, wo es um Verbraucher*innen- und Konsumentscheidungen geht.

Die Senatsstudie weist (vielleicht ungewollt) auf ein anderes gravierendes Problem hin: Den missbräuchlichen Medikamentenkonsum in besagter Altersgruppe. Fast 14 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten »nicht-verschriebene Medikamente« genommen zu haben. Das heißt, sie haben Tabletten nicht aufgrund einer ärztlich angewiesenen Medikation genommen, sondern wegen der berauschenden Wirkung. In der Studie wird zwischen zwei Gruppen unterschieden. Zum einen aufputschende Medikamente (»Upper“), wie zum Beispiel das synthetische Opioid Tilidin. Das Präparat ist ein starkes und verschreibungspflichtiges Schmerzmittel, das zur gleichen Wirkstoffgruppe wie Opium und Heroin zählt. Zum anderen sind es sogenannte »Downer«, wie die unter Jugendlichen verbreiteten »Benzos«. Dieser psychoaktive Arzneistoff gehört zur Gruppe der Benzodiazepine.

Gefahr von Medikamenten wird unterschätzt

Es gibt Schüler*innen, die derlei Substanzen gezielt zur Leistungssteigerung nutzen. Andere nehmen sie, um Prüfungsangst zu lindern oder andere belastende Situationen durchzustehen. Wieder andere konsumieren Medikamente wie Alkohol oder Cannabis, um unterschiedliche Rauschzustände zu erleben. Neben akuten Gesundheitsgefahren besteht die große Problematik beim Medikamentenmissbrauch darin, dass Konsumierende, deren Angehörige und auch wir Lehrer*innen derlei Mittel in der Regel gar nicht als Droge wahrnehmen, sondern als Medizin. Möglichkeiten einer Abhängigkeit werden unterschätzt.

»Es braucht Konsumkompetenz, basierend auf Substanzkunde.«

In Berlin haben sich Expert*innen aus Suchtprävention, Beratungsstellen und Krankenkassen zur »Initiative gegen Medikamentenmissbrauch« zusammengeschlossen. Die Initiative fordert unter anderem, dass das Thema »verantwortungsvoller Umgang mit Medikamenten« in den Rahmenlehrplänen der Berliner Schulen ergänzt wird.

Zum Weiterlesen: Cannabiskonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Berlin: Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage, Hamburg 2023.

Florian Osuch, Lehrer für Medientechnik und Politik/Sozialkunde an der Ernst-Litfaß-Schule

Zwischen Selbst- und Fremdbestimmung

Was das Selbstbestimmungsgesetz für trans-, inter- und nichtbinärgeschlechtliche Menschen bringt und warum es auch Pädagog*innen betrifft

von Paulin Jorek

Viele zivilgesellschaftliche Gruppen mahnen schon seit längerer Zeit an, dass das »Transsexuellengesetz« eine Gesetzesruine sei, die ersetzt werden müsse, auch weil sich der wissenschaftliche und medizinische Blick auf Geschlechtlichkeit geändert hat. Am 1. November 2024 soll das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag nun in Kraft treten. Aktuell befindet sich das Gesetz in der Beratung des Bundestags. Das Selbstbestimmungsgesetz soll die bisher in verschiedenen Gesetzen geregelten Verfahren zur Änderung des Geschlechtseintrags im Geburtenregister vereinheitlichen und vereinfachen.

Damit reagiert die Bundesregierung auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das seit 2008 mehrfach Passagen des sogenannten »Transsexuellengesetzes« von 1981 als verfassungswidrig eingestuft und außer Kraft gesetzt hat.

Medizinische Beweispflicht wird durch Selbsterklärung ersetzt

Ein zentraler Kritikpunkt an der bisherigen Gesetzeslage betrifft die Voraussetzung einer medizinischen Diagnose, die bei transgeschlechtlichen Menschen durch zwei voneinander unabhängig erstellte Gutachten bestätigt werden muss. Diese medizinische Beweispflicht soll dem Gesetzesentwurf zufolge entfallen und durch ein Verfahren zur Selbsterklärung beim Standesamt im Bewusstsein der daraus erwachsenden Konsequenzen ersetzt werden. Die Dauer des Verfahrens wird verkürzt auf drei Monate. Eine erneute Änderung des Geschlechtseintrags im Geburtenregister, auch zurück zum vorherigen Eintrag, würde für Volljährige erst ein Jahr später wieder möglich sein. Für Kinder und Jugendliche würde keine Frist für die erneute Änderung des Geschlechtseintrags bestehen.

Mit dem Verzicht auf eine medizinische Diagnostik erklärt der Staat das eigene Gefühl der Betroffenen zum maßgeblichen Punkt dafür, wie er sich zur Frage des individuellen Geschlechts verhält. Er erwartet, dass die Betroffenen versichern, dass sie sich der daraus resultierenden Folgen bewusst sind. Auch Irrtümer der Betroffenen in Hinblick auf ihre Geschlechtsidentität akzeptiert er.

Kritiker*innen des neuen Gesetzes verweisen regelmäßig auf mögliche Missbräuche durch eine Vereinfachung des Geschlechtswechsels. Menschen könnten den Wechsel des Geschlechtseintrags nutzen, um sich Zutritt zu geschützten Räumen – insbesondere für Frauen, wie Frauenhäuser oder Frauenumkleiden – zu erschleichen. Eine Befürchtung, die von Frauenhausverbänden nicht geteilt wird. Vielmehr verweist der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe auf eine hohe Betroffenheit von trans-, inter- und nicht-binärgeschlechtlichen Personen im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt und sexistische Übergriffe.

Der Sauna-Verband will künftig den Zutritt zu geschlechtsspezifischen Umkleiden und Saunaangeboten an primären Geschlechtsmerkmalen festmachen. Dabei verweist er darauf, dass Frauen häufiger von geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt betroffen sind. Dies verdeutlicht das Spannungsfeld, in dem sich das Thema bewegt.

Lebensrealitäten von queeren Kindern und Jugendlichen im Fokus

Sehr wahrscheinlich werden sich auch Pädagog*innen in Zukunft noch mehr mit Konflikten von trans-, nichtbinär- und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen müssen, um diese angemessen auf ihrem Weg zu begleiten.

»Auch Pädagog*innen werden sich in Zukunft noch mehr mit Konflikten queerer Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen müssen, um diese angemessen auf ihrem Weg zu begleiten.«

Am 29. April findet um 18.30 Uhr im GEW-Haus eine Veranstaltung der LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen in Zusammenarbeit mit QUEERFORMAT e.V. – Fachstelle Queere Bildung statt. Nach einem Input zur Situation von LGBTQIA*-Kindern und -Jugendlichen folgt eine Vorstellung der Materialien von Queerformat sowie ein Überblick über Bücher ab sechs Jahren, die queere Themen aufgreifen.

Die Räumlichkeiten der GEW sind für mobilitätseingeschränkte Personen bisher leider nur bedingt barrierefrei zugänglich. Bitte schreibt uns eine E-Mail, wenn ihr barrierefreien Zugang benötigt, damit wir eine Teilnahme ermöglichen können: *queerinklusiv@gew-berlin.de*

Paulin Jorek, LGBTQIA AG queer-inklusive Pädagog*innen*

FOTO: IMAGO IMAGES/ZOONAR

Zu den Artikeln zum Nahost-Konflikt
bbz Januar/Februar 2024

Es hat mich sehr gefreut, in der letzten Ausgabe der *bbz* einen kleinen Schwerpunkt zur Umgangsweise mit den hiesigen Auswirkungen des Überfalls der Hamas auf Israel und dem Krieg zwischen Hamas und Israel zu finden. Als Leiterin der ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung stand ich bis Dezember im Austausch mit Fachkräften der Offenen oder mobilen Jugend(sozial)-arbeit sowie Schulsozialarbeiter*innen und finde deren Erfahrungen und Einschätzungen gut getroffen. Dennoch fehlt im Schwerpunkt der Blick auf hiesige jüdische Jugendliche. Jüdische Kinder und Jugendliche werden, genauso wie jüdische israelische Lehrkräfte, in einem eigenen Artikel genannt, aber allein als Besucher*innen der Berliner jüdischen Schulen. So werden Juden*Jüdinnen wieder einmal aus der Alltagsnormalität herausgehoben und ins Ausland bzw. an separierte Orte verlagert. Es ist eine Grunderfahrung von Juden*Jüdinnen in Schule, Kindergarten und anderen Bildungskontexten, nicht gesehen und nicht mitgedacht zu werden, so spiegeln es die Studien von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai oder Julia Bernstein zu Antisemitismus in der Schule, oder die Arbeiten von Leah Czollek und anderen zur Sozialen Arbeit. Silvia Stieneker geht zwar darauf ein, warum so viele Familien sich für eine jüdische Schule entscheiden, und nennt auch die aktuell gesteigerte Angst um die Kinder auf ihrem Schulweg – in eine jüdische Schule. Gerade weil es insgesamt wenige und oftmals wenig sichtbare jüdische Kinder und Jugendliche sind, die (noch) eine staatliche Schule besuchen, sind diese besonders gefährdet. Und wenige Tage nach den Massakern der Hamas kann die Kufiya von (palästinensisch-, spanisch-, deutsch-deutschen) Mitschüler*innen für jüdische Jugendliche oder Lehrkräfte äußerst bedrohlich wirken. Dies ist gerade die besondere Herausforderung, die an Schulen besteht, auch wenn viele Lehrer*innen wie etwa Konstantin Kieser dies im Alltag nicht erleben: Es geht nicht darum, einen abstrakten Antisemitismus abzuwehren, sondern einen ganz konkreten. Dass der LAMA dafür nur einen Halbsatz übrighat, ist enttäuschend. Und es geht darum, dass Antisemitismus sich oft als scheinbar berechtigte Kritik israelischer Politik äußert, gerade seit der israelischen Militäroffensive zur Bekämpfung der Hamas und Befreiung der Geiseln, während über die Hamas, den Islamischen Dschihad, den Iran, Katar sowie die anderen israelfeindlichen Akteure und deren Ideologie und Praxis gar nicht mehr gesprochen wird. Es wäre schön, wenn die *bbz* noch einmal für die besondere Situation der oft einzelnen jüdischen Schüler*innen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und anderen Involvierten sensibilisieren könnte, durchaus auch unter Berücksichtigung der großen Bandbreite der unter Berliner Juden*Jüdinnen vertretenen politischen Haltungen zum Konflikt. Wünschenswert wären auch Tipps dafür, wie der von Kieser genannte Spagat oder Balanceakt näher definiert und verstanden werden kann. Es geht nicht darum, zwischen »deutscher Verantwortung« plus »jüdischer Bevölkerung« in Israel und Berlin einerseits und andererseits dem »Einwanderungsland« als Chiffre für die Anliegen der von Rassismus Betroffenen zu balancieren oder einen Spagat zu machen, als seien politische Einschätzungen und Haltungen durch natio-ethno-kulturelle Identifikation bestimmt. Diese Ethnisierung des Politischen ist selbst Teil des Problems. Vielmehr geht es um historisch-politische Urteilsfähigkeit in Verbindung mit didaktischen und pädagogischen Kompetenzen, die einem selbst Orientierung geben und so dazu befähigen, mit den so unterschiedlichen Berliner Schüler*innen demokratisch umzugehen.

Rosa Fava

Zum einen ist es erfreulich, dass der Landesausschuss (LAMA) das Rundschreiben der Berliner Senatsverwaltung zum »Umgang mit Störungen des Schulfriedens« kritisiert. Die Art der Kritik und die daraus resultierenden Konsequenzen für das Schulleben bleiben jedoch recht vage und werden den zugrunde liegenden Problemen in keiner Weise gerecht. Denn die Probleme sind im Kern keine pädagogischen oder gar disziplinarrechtlichen Probleme, sie beginnen bei einer realistischen historisch-politischen Aufarbeitung. »Es muss in den Schulen dringend ausgewogen über den Konflikt gesprochen« werden, ist eine zentrale Aussage des Artikels und damit der entscheidende Aspekt der Probleme. Was heißt »ausgewogen« konkret, wenn die eine Partei die Besatzungsmacht ist und die andere von den Besatzern seit Jahren in ihrer Freiheit und Selbstbestimmung reglementiert wird? Kann man von beiden Parteien dann gleiches Verhalten erwarten? Was wäre hier eine »ausgewogene Betrachtung«? Ist die eine Seite – übrigens einst von der Bevölkerung gewählte – dann stets in all ihren Handlungen eine »Terrorgruppe« und die andere Seite stets Verteidigerin der Rechtsstaatlichkeit, wenn sie für jeden Menschen erkennbar monatelang auch schreiendes Unrecht (u.a. eindeutige Verstöße gegen das Völkerrecht) begeht? Wie soll man hier »ausgewogen« über den Konflikt reden? Deswegen gehen Sätze wie z.B. »Prävention in Form von Wissen und Fürsorge ist das beste Mittel gegen Gewalt« völlig an der Realität vorbei. Die Schüler sehen jeden Tag, das dies definitiv nicht die Maxime des Handelns der wichtigsten deutschen Parteien und Regierungen bei vielen internationalen Konflikten ist. Diese »Doppelzüngigkeit« der deutschen Politik kann nicht durch einen anderen »pädagogischen Ansatz« oder mehr »Fachkräfte aus den Bereichen Psychologie, Sozialpädagogik und Sonderpädagogik« gelöst werden. Schon gar nicht werden da »hilfreiche Materialien« der Schulsenatorin wirklich weiterhelfen. »Auffälliges Verhalten« wird daher weiterhin den »Schulfrieden« gefährden.

Dieter Isensee

Zum Artikel »So wie es ist, wird es nicht bleiben« von Klaus Will und Ilse Schaad
bbz November/Dezember 2023

Ironie der Geschichte, die Geschichte der GEW-Berlin erscheint in der *bbz* mit dem Titel »Schule neu denken«. Wir haben Unterricht und Schule in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht nur neu gedacht, sondern auch neu gemacht. So lobenswert die Aufarbeitung der Geschichte der GEW-Berlin ist, ist die Darstellung in dem Artikel von Ilse Schaad und Klaus Will zu sehr organisationsbezogen. Wir, das war, wenn man so will, ein neuer Akteur, die unabhängige Linke – auch oft die undogmatische Linke genannt – , frisch, fröhlich verändernd. Wir wollten eine andere Bildungspolitik. Wir, dazu gehörten auch große Teile der reformorientierten SPD

und des Arbeitnehmerflügels der CDU – Einheitsgewerkschaft. Der ganze Streit um die parteipolitisch motivierten innergewerkschaftlichen Konflikte fokussiert auf die GEW an sich. Aber wozu eine Gewerkschaft wie die GEW-Berlin? Adressiert an unsere jungen Kolleg:innen, aber nicht nur – erste Spaltung: Wenn frau/man, wie die Autoren, schon mit der Gründung der GEW-Berlin Ende der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts beginnt, muss gesagt werden, dass es sich um die Entwicklung in West-Berlin handelt – der Name GEW-Berlin assoziiert heute anderes. Im Ostteil der Stadt begann mit dem Aufbau des FDGB (bereits 1945 gegründet), der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung und deren späterer Eingebundenheit in die Strukturen der SED eine völlig andere Gewerkschaftsentwicklung, die erst nach 1989 wieder zu einer einheitlichen GEW und GEW-Berlin führte. Zurück in die siebziger Jahre: Worum ging es? Wir, die unabhängige Linke, wollten wie viele andere einen anderen Unterricht. Statt bevormundender eng gefasster Inhaltscurricula brauchte eine neue Schule offene Pläne mit pädagogischer Freiheit der Lehrer:innen – der spätere Kommentar von Knut Nevermann (Einleitung zum Schulverfassungsgesetz) im alten Berliner Schulrecht zur pädagogischen Freiheit versus beamtenrechtlicher Gängelung war wegweisend. Wir wollten eine Reform der Grundschulen, die Gesamtschulen gestalten, Team-Kleingruppenmodell, neue, den Unterricht aktivierende Methoden, Gruppenunterricht und vieles mehr. Die OSZ als breit angelegte durchlässige Bildungseinrichtungen für die Mehrheit der Jugendlichen – statt eindimensionaler Berufsschule – wollten aufgebaut werden. Es ging um Emanzipation. Jugendliche sollten ihre Rechte in Betrieb und Gesellschaft wahrnehmen lernen. Wir wollten, wenn man so will, die Schulgruppen-GEW mit allen Ebenen darüber, Bezirke, Fachgruppen, Landesvorstand als Gremien des Dialoges um die beste Bildung für Kinder und Jugendliche. Die SPD war nicht nur die »Schaeffer-SPD«. Neben den im Artikel benannten verkrusteten Strukturen, auch in den Schulen, traf ich viele reformorientierte, auch sozialdemokratisch organisierte, pädagogisch kompetente ältere Lehrer:innen (auch in Leitungsfunktionen), mit denen gemeinsam viel diskutiert, umgesetzt und erreicht wurde. Für all die Veränderungen brauchten wir eine starke GEW: Konsequente Interessenvertretung mit Rechtsschutz und guten Personalräten einerseits und bildungspolitisch aktiv andererseits, um im gesellschaftlichen Dialog um gute Bildung präsent zu sein. Das würde ich mir heute von der GEW-Berlin und GEW viel mehr wünschen. Die Gegenüberstellungen jung – alt, basisdemokratisch versus zentralistisch im Artikel greifen viel zu kurz. So gut wie niemand war gegen eine starke Bundesorganisation. Der Kern des Konfliktes, der an den UVB ausgetragen wurde, war die Finanzautonomie der Landesverbände, denn Bildung war und ist im föderalen Deutschland Ländersache. Das unterschied die GEW in struktureller Hinsicht von anderen Gewerkschaften. Und last but not least waren viele Lehrer:innen in den neuen sozialen und politischen Bewegungen aktiv. Die GEW-Berlin nahm Stellung. Stellvertretend sei die Anti-AKW-Bewegung genannt, die großen Demonstrationen in Brockdorf, Grohnde, Malville (Frankreich) – der Schnelle Brüter in Kalkar wurde nie zu Ende gebaut. Wir spürten und erfuhren, dass bildungs- und gesellschaftspolitisches, gemeinsam getragenes Engagement Veränderungen ermöglicht. Dafür brauchten wir eine Gewerkschaft wie die GEW-Berlin und in diesem Kontext ist die Geschichte der Spaltung der GEW-Berlin in den siebziger Jahren zu sehen und einzuordnen. Die Wiedervereinigung der beiden Verbände GEW im DGB und GEW-Berlin wurde keineswegs durch juristische Schritte erreicht, sondern Wahlen haben so ihre eigene Botschaft: Die GEW-Berlin hat die Personalratswahlen 1978 gewonnen und war als bildungspolitische Kraft in West-Berlin präsent und genoss das Vertrauen Vieler. Mit dem Ausschluss waren wir auch nicht ganz allein. Willi Hoss kandidierte mit der Plakatgruppe zu den Betriebsratswahlen bei Daimler in Stuttgart. Die Liste erreichte auf Anhieb ca. 28% der Stimmen und es folgte der Ausschluss von Willi Hoss aus der IG-Metall. Es war auch in den Vorstandsetagen an der Zeit darüber nachzudenken, dass das zentralistische Stellvertretermodell einer Gewerkschaft der Vielfalt gewerkschaftlichen Handelns partiell und mit der Zeit immer mehr weichen musste.

Hans-Juergen Lindemann

Die beiden Sätze zum Komplex Berufsverbote – »Im gleichen Zeitraum wurden staatlicherseits sogenannte ›linke Lehrer‹ mit Berufsverboten überzogen. Während die Berufsverbote vorwiegend gegen DKP- und SEW-Mitglieder gerichtet waren …« – sind sachlich nicht korrekt und verharmlosen das Problem: ein Blick in die von unserer AG vor zwei Jahren veröffentlichte Ausstellung »Berufsverbote und politische Disziplinierung in West-Berlin« – *www.gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-berufsverbote* – hätte sicherlich nützlich sein können. Wir haben in unserer Ausstellung dokumentiert, dass es gerade in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre in West-Berlin besonders viele Fälle von politischer Überprüfung und Disziplinierung gegeben hat, siehe z.B. Tafeln T 5 und T15, und gleichzeitig gab es einen intensiven Widerstand der GEW-Basis, insbesondere vom AjLE und einzelnen Fachgruppen. Wir haben (in T15) rund 200 Namen aufgeführt, von politischer Disziplinierung Betroffene in Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern oder sozialen Einrichtungen, die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen. Dabei ging es nicht nur um »linke Lehrer« und von Maßnahmen betroffen waren auch nicht »vorwiegend … DKP- und SEW-Mitglieder«. Abgesehen davon, dass die DKP in West-Berlin nicht zugelassen war – ob es DKP-Mitglieder aus Westdeutschland gegeben hat, die sich in Berlin beworben haben, ist uns nicht bekannt – waren viele K-Gruppen-Mitglieder und auch Unorganisierte von politischen Disziplinierungen betroffen. Zudem wirkte sich der Radikalenerlass nicht nur im staatlichen Bereich aus, sondern auch im kirchlichen und privatwirtschaftlichen. Eine ganze Generation sollte im Gefolge der 68er-Studierenden-Bewegung eingeschüchtert werden.

Eva Besler

SCHREIB UNS!

Willst du auch einen Artikel aus der bbz kommentieren? Dann schreib uns an bbz@gew-berlin.de *– wir freuen uns!*

FOTO: DAVID BALTZER/BILDBUEHNE.DE

In der Theateradaption »PRINCESS« von Karsten Dahlem setzen sich die Jugendlichen Ole und Lu mit Geschlechterrollen auseinander.

THEATER

PRINCESS

»Was ist ein typischer Junge? Jemand, der Fußball spielt und blaue Klamotten trägt oder seine Gefühle unterdrückt, was viele Männer heute noch machen? Warum irritiert es Eltern und Kinder, in der Klasse einen Jungen zu haben, der es liebt, sich manchmal zu schminken oder der gerne Prinzessinnenkleider trägt?« – diese Fragen beschäftigten Schauspieler, Autor und Regisseur Karsten Dahlem. 2016 entstand dazu sein mehrfach ausgezeichneter Kurzfilm »Princess«, fürs GRIPS hat er eigens eine Bühnenfassung geschrieben. Der Protagonist Ole spielt Fußball, sitzt breitbeinig, entschuldigt sich nie und schikaniert andere Kinder. Aber es gibt auch eine Seite, die Ole geheim hält, bis die selbstbewusste neue Klassekameradin Lu diese zu Gesicht bekommt. PRINCESS erzählt die Geschichte zweier Außenseiter, die sich auf eine Reise zu sich selbst begeben und lernen, dass es sich lohnt, mutig zu sein. Das Theaterstück wird für Menschen ab 11 Jahren empfohlen. Einzelkarten für Erwachsene kosten 14 Euro, ermäßigt 6 Euro.

ANZEIGE

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2024

- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Umgang mit unfairer Argumentation
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Lampenfieber als Herausforderung

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

BÜCHER

ZUM FEMINISTISCHEN KAMPFTAG

8. März ist alle Tage

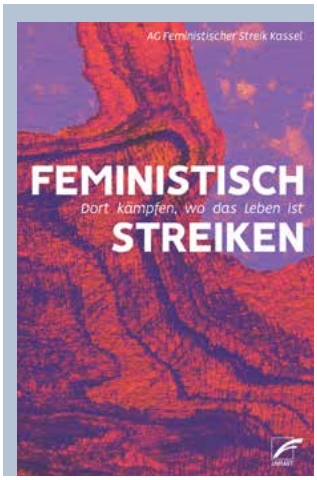
Von männlichen Arbeitern ausgegrenzt und bei der Sorgearbeit schon immer im Stich gelassen, haben Frauen und queere Menschen in den letzten Jahrzehnten Myriaden an Kämpfen gegen den patriarchalen, kapitalistischen Normalzustand geführt. Zu Hunderttausenden sind sie weltweit auf die Straße gegangen, um die Verhältnisse, die sie unterdrücken sollen, zu bestreiken. In dem Wissen darum, dass sie über den besseren Gesellschaftsentwurf verfügen, haben Frauen, trans*, inter und nichtbinäre Menschen dabei nicht nur ein neues Selbstbewusstsein entwickelt, sondern auch den Streik als Kampfform weit über seine klassische Bedeutung als Lohnarbeitskampf hinausgetrieben. Doch wie entfaltet sich das revolutionäre Potenzial des feministischen Streiks? Welche Wege müssen wir gehen, um Brücken zwischen allen lohnabhängigen, sorgearbeitenden und prekär Beschäftigten zu schlagen? In zwölf prägnanten Thesen zu Stand und Ausrichtung der feministischen Streikbewegung in Deutschland wird in »Feministisch streiken« diskutiert, wie es gelingen kann, die patriarchalen Verhältnisse ins Wanken zu bringen. Als Teil der bundesweiten feministischen Streikbewegung engagiert sich die AG Feministischer Streik Kassel in der Vernetzung rund um den 8. März und über diesen hinaus. Dabei verankert sie den feministischen Streikgedanken vor Ort durch Interventionen in Lohnarbeitskämpfe im Care-Bereich.

Benim Adım Yabancı

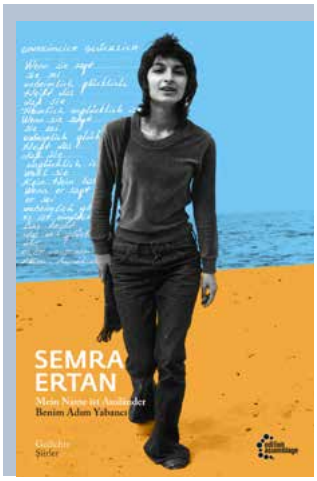
In ihrem posthum erschienenen Gedichtband »Mein Name ist Ausländer« schildert Semra Ertan ihr Leben und ihre Erfahrungen in Deutschland. Es geht um harte körperliche Arbeit, Armut, Wut sowie um Liebe, Hoffnung und Freundschaft, gesellschaftliche Gleichberechtigung, migrantischen Widerstand und ein menschlicheres Mit- und Füreinander. Semra Ertan, geboren 1957 in Mersin/Türkei, zog als Vierzehnjährige zu ihren Eltern, die in der Bundesrepublik Deutschland als Arbeitsmigrant*innen lebten. Sie arbeitete als technische Bauzeichnerin, Schriftstellerin und Dolmetscherin und schrieb über 350 Gedichte und einige Satiren. 1982 verbrannte sie sich öffentlich in Hamburg als Protest gegen die Behandlung von sogenannten Gastarbeiter*innen in Deutschland. Der Titel des Gedichtbands bezieht sich auf ihr wohl bekanntestes Gedicht:
»Ich arbeite hier
Ich weiß, wie ich arbeite,
Ob die Deutschen es auch wissen?
Meine Arbeit ist schwer,
Meine Arbeit ist schmutzig.
Das gefällt mir nicht, sage ich.
›Wenn dir die Arbeit nicht gefällt,
Geh in deine Heimat‹, sagen sie.«

Bildung als Praxis der Freiheit

bell hooks (1952–2021) war nicht nur als Schriftstellerin und Kulturkritikerin bekannt, die sich in zahlreichen Werken mit dem Zusammenwirken von Sexismus, Rassismus und Klassismus auseinandergesetzt hat, sondern auch als Literaturwissenschaftlerin, Dozentin und Lehrende, der eine besonders gewinnende Art nachgesagt wurde. In »Die Welt verändern lernen« plädiert bell hooks für eine neue Pädagogik, in deren Mittelpunkt die Veränderung der Dynamik im Unterricht steht und die weder Trauer und Wut noch Eros und Versöhnung ausblendet. Ihre praxisnahen Antworten auf immer noch ungelöste Fragen verändern unsere Vorstellungen davon, was Schulen oder Universitäten sein und tun sollten. Es ist der gesammelte Erfahrungsschatz einer kompetenten Lehrperson und Dozentin, die sich mit ganzem Herzen dafür einsetzt, dass Lernen funktioniert. Ihr Hauptanliegen ist es, Bildung als Praxis der Freiheit zu begreifen, als eine Art des Lernens und Lehrens, die jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet, rassistische, sexistische und klassistische Barrieren zu durchbrechen und Grenzen zu ›überschreiten‹ – für die Autorin die wichtigste Aufgabe, das vorrangige Ziel des Lehrens.



➔ *AG Feministischer Streik Kassel (2023): »Feministisch streiken«, edition assemblage, 240 Seiten, 16,80 Euro*



➔ *Ertan, Semra (überarbeitete Neuauflage 2023): »Mein Name ist Ausländer«, edition assemblage, 240 Seiten, 22 Euro*

➔ *hooks, bell (übersetzt von Helene Albers, 2023): »Die Welt verändern lernen« UNRAST VERLAG, 208 Seiten, 18 Euro*

MATERIALIEN

Antifeminismus weltweit bekämpfen

Das Dossier »Feminist Voices Connected« des Gunda-Werner-Instituts wurde kuratiert von Ines Kappert und Caroline Assad und fragt nach feministischen Strategien im Umgang mit globalen und lokalen Formen von Sexismus und Antifeminismus. Dazu wurden Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Anwält*innen und Künstler*innen aus der ganzen Welt eingeladen, von ihren Erfahrungen zu berichten. Entstanden ist eine Sammlung aus Analysen, Gesprächen und literarischen Essays, die antifeministische Mythen entzaubern möchten und Feminismus als westliches Konzept hinterfragen. Dabei wird über feministische Kämpfe und antifeministische Bewegungen in der Ukraine, Afghanistan, Lateinamerika, Deutschland, auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten gesprochen. Einsehbar unter: *www.gwi-boell.de/de/feminist-voices-connected*

Nie wieder ist jetzt

»Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war eine historische Zäsur. Viele Jüdinnen und Juden fühlen sich in unserem Land nicht mehr sicher. Das hat uns veranlasst, uns in diesem Dossier mit der aktuellen Realität jüdischen Lebens in Deutschland zu beschäftigen. Wir wollen unterschiedlichen Stimmen Raum geben, alten und neuen Ressentiments nachgehen und aufzeigen, was für ein ziviles, solidarisches und empathisches Miteinander getan werden kann.« Die Heinrich-Böll-Stiftung versammelt in »Nie wieder ist jetzt« verschiedene Perspektiven auf jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023, die hier auffindbar sind: *www.boell.de/de/nie-wieder-ist-jetzt*

AKTIVITÄTEN

Rojava auf dem Weg zur solidarischen Schule

Die Koordinierungsgruppe Nord- und Ostsyrien in der GEW plant den nächsten Onlineaustausch mit Kolleg*innen unserer Partnergewerkschaft Yekîtiya Mamosteyên aus Nord- und Ostsyrien (Rojava). Nach einem Input kann gemeinsam über positive wie negative Erfahrungen mit den Strukturen im Bildungswesen beider Regionen diskutiert werden, unter anderem zu folgenden Fragen: Mit welchen Maßnahmen und Methoden kann man ein Schulmodell aufbauen, das auf Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern basiert? Welche Rolle spielen dabei die Gewerkschaften? Wie ist das Verhältnis zwischen Bildungsgewerkschaften und Bildungsbehörden? *Anmeldung für die Online-Veranstaltung unter: sigrid.masuch@extern.gew-berlin.de*

Koooperation und Absprachen in der Schulsozialarbeit

Die GEW BERLIN organisiert eine Reihe von vier Themenabenden für Kolleg*innen der Schulsozialarbeit. Wir wollen euch informieren und Raum schaffen zum Netzwerken und Austauschen. Schulsozialarbeiter*innen müssen im Arbeitsalltag viele Kooperationen eingehen und mit unterschiedlichen Personen und Institutionen Absprachen treffen. Dabei geraten sie immer wieder in Situationen, in denen verschiedene Interessen von Träger, Schule und Profession Soziale Arbeit an sie herangetragen werden. Wie mit diesen Dilemmata umgehen? Ein kleines Buffet rundet den Abend ab. Wir bitten um Anmeldung an *ronny.fehler@gew-berlin.de*
Weitere Themenabende: www.gew-berlin.de/veranstaltungen/detailseite/kooperation-und-absprachen-in-der-schulsozialarbeit

Kunstausstellung »Läuft«

Das Museum Europäischer Kulturen präsentiert bis Oktober mit »Läuft. Die Ausstellung zur Menstruation« eine Geschichte des Pragmatismus und der Utopien,

ANZEIGEN

des Erfindungsreichtums und Aktivismus. Die Ausstellung entfaltet über persönliche und museale Objekte, Interviews, Musik, Film und Kunst die Diskurse und Debatten der letzten Jahrzehnte, zeichnet die Entwicklung der Menstruationsprodukte vom späten 19. Jahrhundert bis heute nach und gibt Stimmen von Menstruierenden Raum. Inhaltliche Schwerpunkte bilden die vier Themenbereiche »Geschichte der Unterwäsche und der Menstruationsprodukte«, »Aufklärung und aktuelles Wissen«, »Diskurse rund um die Menstruation« sowie »Popkultur und Kunst«.

Kunstausstellung »Mein Name ist Mensch«

Zum 75. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 zeigt die Ausstellung »Mein Name ist Mensch« in der MedienGalerie bis zum 19. April 32 vierfarbigen Einzeltafeln DIN A 1 des Kölner/Dresdner Grafikers und Zeichensteller Jochen Stankowski mit den Kerntexten der 30 Artikel der Menschenrechte, einem Titelplakat und einer Präsentation aller 30 Artikel auf einem Plakat. Mit einer Serie in etwa zeitgleich laufender Ausstellungen (2023/24) sollen in diesem Zeitraum 75 Ausstellungen realisiert werden – auch an sehr ungewöhnlichen Orten, um das Thema Demokratie und Menschenrechte präsent zu halten.

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an: seniorinnen-team@gew-berlin.de. Außerdem finden sich alle Termine im Veranstaltungskalender auf der GEW-Website: www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender/events/list. Das Leitungsteam der Senior*innen organisiert am 3. Mittwoch jeden Monats ein Treffen mit Vorträgen zu politischen und sozialpolitischen Themen mit anschließender Diskussion, Berichten aus dem Gewerkschaftsleben sowie einer aktuellen Viertelstunde.*

*Euer Senior*innen-Team*

Senior*innen Lichtenberg/ Mahrzahn-Hellersdorf

• Mittwoch, 17. April 2024 I 11 Uhr
Besuch und Führung auf dem »Jüdischen Friedhof« in Weißensee
Der Jüdische Friedhof Weißensee ist einer der größten und schönsten Friedhöfe Europas, auf dem auch heute noch bestattet wird. Zahlreiche Berliner Persönlichkeiten wurden hier beigesetzt. Näheres erfahren wir bei einer Führung. Bitte alle Männer an eine Kopfbedeckung denken. Treffpunkt: 11 Uhr vor dem Haupteingang, Herbert-Baum-Str. 45, 13088 Berlin, Fahrverbindung: M4, M13, M12 bis Albertinenstraße, Kontakt: Barbara Schütz, Tel. 030/47 27 477

Senior*innen Pankow

• Dienstag, 12. März 2024 | 14 Uhr
Frauentagsfeier in der Begegnungsstätte Am Friedrichshain 15
Treffpunkt: 14 Uhr, verantwortlich: Senior*innenausschuss

• Dienstag, 9. April 2024 | 11 Uhr
Rundgang in Alt-Stralau mit Herrn Dr. Nübel, Treffpunkt: 10.45 Uhr am Eingang des Inselfriedhofs, Tunnelstr. (S-Bahn bis Ostkreuz, dann M43, oder Treptower Park und Bus 347), Kosten: 5 Euro, verantwortlich: R. Lange

Chor

6. und 20. März, 10. und 24. April um 16.45 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: Peter Sperling und Christine Naumann, Tel. 030/28 43 25 01

Singkreis

13. März und 17. April um 16.30 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, 25. Oktober 13.45 Uhr Raum N009, Lette-Verein, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: Luis von Simons, Tel. 0170/544 60 76 und Ulfert Krahé, Tel. 030/833 33 63

Stammtisch GEW Ruheständler*innen

27. März und 24. April (Ausflug) um 14.30 Uhr im Café Ulrichs, schräg gegenüber dem GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 030/471 61 74

04. MÄRZ	16.30 UHR	**Vereinigung Berliner Schulleiter*innen**
04. MÄRZ	17.00 UHR	**GEW-Betriebsgruppe Kindergärten NordOst** (online)
05. MÄRZ	19.00 UHR	**AG Schwule Lehrer**
11. MÄRZ	17.00 UHR	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung** (online)
12. MÄRZ	17.00 UHR	**AG Quereinstieg**
12. MÄRZ	18.00 UHR	**Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
13. MÄRZ	17.00 UHR	**AG Frieden**
14. MÄRZ	18.00 UHR	**Wahl-Mitgliederversammlung der GEW Tempelhof-Schöneberg**
19. MÄRZ	16.30 UHR	**AG Gesundheit**
19. MÄRZ	17.00 UHR	**Wahl-Mitgliederversammlung Abteilung Berufsbildende und zentral verwaltete Schulen** OSZ LOTIS, Dudenstraße 35/37, 10965 Berlin
20. MÄRZ	19.00 UHR	**AG Lesbische Lehrerinnen** (online)
20. MÄRZ	18.30 UHR	**LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen** (hybrid)
21. MÄRZ	18.00 UHR	**Kita AG**
21. MÄRZ	18.00 UHR	**Koooperation und Absprachen in der Schulsozialarbeit** (siehe Aktivitäten)
27. MÄRZ	14.30 UHR	**Monatstreffen Senior*innen/Junge Alte**
01. APRIL	16.30 UHR	**Vereinigung Berliner Schulleiter*innen**
05. APRIL	18.00 UHR	**Fachgruppe Erwachsenenbildung** (hybrid)
08. APRIL	17.00 UHR	**GEW-Betriebsgruppe Kindergärten NordOst** (online)
09. APRIL	18.00 UHR	**Abteilung Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
10. APRIL	17.00 UHR	**AG Frieden**
15. APRIL	17.00 UHR	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung** (online)
16. APRIL	17.00 UHR	**AG Medienbildung**
16. APRIL	18.30 UHR	**Fachgruppe Gymnasium** Ort bitte erfragen bei Nele.Althoff@gew-berlin.de
16. APRIL	19.00 UHR	**AG Schwule Lehrer**
17. APRIL	14.30 UHR	**Monatstreffen Senior*innen/Junge Alte**
17. APRIL	19.00 UHR	**AG Lesbische Lehrerinnen** (online)
17. APRIL	18.30 UHR	**LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen** (hybrid)
18. APRIL	18.00 UHR	**Abteilung Wissenschaft Wahl-Mitgliederversammlungen**
18. APRIL	18.00 UHR	**Kita AG**
23. APRIL	17.30 UHR	**AG Inklusion** (online)
25. APRIL	15.00 UHR	**AG Jugendliteratur und Medien**
25. APRIL	18.30 UHR	**AG Lehrkräftebildung** (hybrid) Kontakt: Laura Pinnig
29. APRIL	17.00 UHR	**AG Quereinstieg** (online)
29. APRIL	17.00 UHR	**LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen**
30. APRIL	18.30 UHR	**Abteilung Berufsbildende und zentral verwaltete Schulen** (hybrid)
02. MAI	17.00 UHR	**Info-Veranstaltung für Studierende zum regulären Referendariat** (online)

Eine ausführliche Übersicht aller kommenden Veranstaltungen findest du auf unserer Webseite: *www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender*

Kinderbetreuung

Wir möchten die Vereinbarkeit von Gewerkschaft und Familie fördern, deswegen übernehmen wir einen Teil deiner Betreuungskosten in Höhe von 15 Euro pro Stunde.
kinderbetreuung@gew-berlin.de

RÜCKSEITE COLLAGE: GEW BERLIN

Gemeinsam sind wir stark

Kommt mit zur Demo am 8. März

Mehr Information:
www.gew-berlin.de/personengruppen/frauen

Wir treffen uns am 8. März, dem feministischen Kampftag, um 11.30 Uhr am Oranienplatz.

Gemeinsam kämpfen wir für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Alle Informationen zu unseren Veranstaltungen rund um den 8. März und weitere Informationen zum Sprecherinnenrat der GEW BERLIN findet ihr auf unserer Webseite und unter dem QR-Code.

GEW BERLIN

Telefon: (030) 21 99 93-0 | Mail: info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de